

1.6: -

Juni 19

Va

Sammlung Götschen

---

# Bevölkerungswissenschaft

Eine Einführung in die  
Bevölkerungsprobleme der Gegenwart

Von

**Dr. Otto Most**

Beigeordneter der Stadt Düsseldorf, Vorstand des Städtischen Statistischen  
Amtes und Dozent an der Akademie für Kommunale Verwaltung



Berlin und Leipzig

G. J. Göttschen'sche Verlagshandlung G. m. b. H.

1913

Geschenk von Dr. Brigitte Nassberg,  
Sommer 2003

Alle Rechte, namentlich das Übersetzungsrecht,  
von der Verlagshandlung vorbehalten.



Druck  
der Spamer'schen  
Buchdruckerei in Leipzig

# Inhaltsverzeichnis.

## A. Einleitung.

- § 1. Bedeutung, Begriff und Gliederung der Bevölkerungswissenschaft . . . . . 5  
§ 2. Literatur und Quellen zur Bevölkerungswissenschaft . . . . . 11

## B. Bevölkerungslehre.

### I. Die Bevölkerungszahl.

- § 3. Bevölkerungsstand . . . . . 19  
§ 4. Geburten und Sterbefälle . . . . . 36  
§ 5. Aus- und Einwanderung . . . . . 77

### II. Die Bevölkerungsart.

- § 6. Geschlechtsgliederung . . . . . 84  
§ 7. Altersgliederung . . . . . 89  
§ 8. Körperliche Entwicklung und Gesundheitszustand . . . . . 96  
§ 9. Geistesmängel und Bildungsgrad . . . . . 103  
§ 10. Eheschließungen und Ehesösungen . . . . . 107  
§ 11. Familienstand . . . . . 115  
§ 12. Sittenmängel . . . . . 118  
§ 13. Siedelungsweise . . . . . 126  
§ 14. Religions-, Sprach- und Staatsangehörigkeitsgliederung . . . . . 132

## C. Bevölkerungspolitik.

- § 15. Quantitätspolitik . . . . . 140  
§ 16. Qualitätspolitik . . . . . 163  
Register . . . . . 172

Literaturhinweise finden sich am Schlusse der einzelnen Paragraphen.

An Tabellen enthält der Band u. a. folgende:

- Tab. 1. Fläche und Bevölkerung der Staaten Europas . . . . . 24  
Tab. 2. Bevölkerung und Bevölkerungsdichte der preussischen Provinzen und der größeren deutschen Staaten . . . . . 34

Tab. 3.	Geburtenziffern 1851—1910 . . . . .	39
Tab. 4.	Sterblichkeit und natürliche Bevölkerungsvermehrung 1851—1910 . . . . .	60
Tab. 5.	Säuglingssterblichkeit in Preußen 1875—1910 . . . . .	74
Tab. 6.	Die überseeische Auswanderung aus den wichtigsten Staaten Europas . . . . .	83
Tab. 7.	Der Altersaufbau der Bevölkerung in sechs Ländern . . . . .	92
Tab. 8.	Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach Orts- größenklassen 1871 und 1910 . . . . .	127
Tab. 9.	Die Gebürtigkeit der Bevölkerung Preußens 1880 bis 1905 . . . . .	129
Tab. 10.	Wanderungsgewinne und -verluste der preussischen Provinzen im Jahrfünft 1905/1910 . . . . .	130
Tab. 11.	Religionsbekenntnisse im Deutschen Reich 1871 und 1910 . . . . .	133
Tab. 12.	Fremdsprachige in Preußen 1890—1910 . . . . .	136
Tab. 13.	Ausländer im Deutschen Reich 1871—1910 . . . . .	137

## A. Einleitung.

### § 1. Bedeutung, Begriff und Gliederung der Bevölkerungswissenschaft.

Ausgangs- und Endpunkt alles Wirtschaftens ist der lebendige Mensch. Träger wie Ziel der Volkswirtschaft ist die zu einem staatlichen Verbands zusammengefaßte Menschenmehrheit, das Volk. Dabei wird dieses Wort nicht im allgemeingebrauchlichen Sinne, etwa gleichbedeutend mit „Nation“, als Sprach-, Sitten-, Stammesgemeinschaft gebraucht, sondern das Entscheidende ist die staatliche Gemeinschaft. Spricht man von deutscher Volkswirtschaft, so ist damit nicht Gütererzeugung und Güterverbrauch der über den ganzen Erdball verstreuten Stammesgenossen gemeint, sondern vielmehr der von den Inhabern des Deutschen Reichs mannigfacher Nationalität getragene Wirtschaftsorganismus. Die Gesamtheit dieser Glieder der Volkswirtschaft ist die Bevölkerung. Sie stellt keine historisch-politische Individualität dar wie die Nation, entbehrt aber keineswegs neben der äußeren der inneren Einheit. Undauernder Staatsverband verkittet, um Alfred Kirchhoffs treffende Worte zu zitieren, selbst unverwandte Völker, falls nicht gehässige Zwietracht sie auseinanderreibt: er führt häufig zu Blut- und Sprachgemeinschaft, verbrüdert durch gemeinsame Schicksale und durch die Liebe zum Vaterlande, dessen Boden in Flur und Siedlung, in Straßen und Schutzwehren, in Denkmälern und Gräbern Bild wie Gedächtnis der ganzen Bevölkerung enthüllt, auch solcher ihrer Teile, die dem großen Ganzen noch minder fest angegliedert sind. Die innere Einheit fehlt um so weniger, als

gerade die letzte Epoche der Weltgeschichte in besonders ausgeprägtem Maße an Stelle von Mischvölkerstaaten Nationalstaaten gesetzt, d. h. in steigendem Umfange die Begriffe Nation und Bevölkerung, letztere nach dem Gesagten also gleich der Einwohnerschaft eines bestimmten räumlichen Gebiets, einander praktisch näher gebracht hat.

Die Bevölkerung ist nichts Starres; sie wird, stirbt und wird wieder, und mit ihr entstehen, vergehen und werden wieder in ewigem Flusse die Objekte der Volkswirtschaft, die gleichzeitig deren Subjekte sind. Daraus erhellt ohne weiteres, wie wichtig es ist, ihre Quantität und Qualität zu erforschen. Beides aber ist, von aller wirtschaftlichen Bedeutung abgesehen, auch entscheidend für die militärische und geistige, für die psychische wie physische Kraft des Staates (vgl. unten S. 21).

So ist die Bevölkerungswissenschaft, worunter die systematisch zusammengefaßte Gesamtheit aller auf die Bevölkerung als Produktionsfaktor bezüglichen Forschungen verstanden wird, die Basis zugleich der Nationalökonomie wie der praktischen Politik und schließlich auch jener noch wenig ausgebildeten Wissenschaft, die Schnapper - Arndt in Anlehnung an den berühmten französischen Statistiker Jacques Vertillon die Lehre von der Entstehung und Bewegung des geistigen Besitzes genannt hat.

Aus diesen gleichwertigen Beziehungen zu noch anderen Wissenschaften als zur Nationalökonomie ergibt sich schon ohne weiteres, daß die Bevölkerungswissenschaft ebenso wenig einen Teil jener darstellt, wie die Wissenschaften von Quantitäten und Qualitäten des zweiten Produktionsfaktors, der Natur, Meteorologie, Geologie u. dgl. Aber während letztere zu den Naturwissenschaften rechnen, hat die Bevölkerungswissenschaft mit der Nationalökonomie gemeinsam, daß sie zu den Gesellschafts- und innerhalb dieser zu den Staats-

wissenschaften gehört. Ihre Gliederung entspricht denn auch derjenigen anderer Staatswissenschaften; wie Volkswirtschaftslehre (theoretische Nationalökonomie) und Volkswirtschaftspolitik (praktische Nationalökonomie), Finanzlehre und Finanzpolitik einander gegenüberstehen und ergänzen, so auch Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik.

Die Bevölkerungslehre strebt darnach, die Regelmäßigkeiten und Ordnungen in Stand und Bewegung der Bevölkerung festzustellen, sie nach Ursache und Wirkung zu erforschen, allgemeine Sätze daraus abzuleiten.

Die Bevölkerungspolitik hat zu untersuchen, welche Aufgaben sich aus diesen Sätzen für ein ordnendes Eingreifen der Staatsgewalt ergeben.

Beide Ziele können nur erreicht werden auf Grund empirischer Tatsachen, da eben „Bevölkerung“ nichts Abstraktes, sondern ein nach Ort und Zeit Verschiedenes und Wandelbares ist. Diese Tatsachen werden teils mit Hilfe historischer Forschung, also der geschichtlichen Methode, teils und zwar vorwiegend mit Hilfe jener Forschungsweise ermittelt, die in der „exakten zahlenmäßigen Erfassung und Vergleichung von Tatsächlichkeiten“ besteht<sup>1)</sup>, d. h. mit Hilfe der statistischen Methode.

Die hohe Bedeutung der statistischen Methode und damit der Statistik als der Wissenschaft von Wesen und Handhabung dieser Methode für die Erkenntnis des Bevölkerungswesens hat zahlreiche und darunter hochangesehene Autoren dazu verführt — mit Rücksicht auf die gängigen Lehrbücher muß das hervorgehoben werden —, statt der Zweiteilung der Bevölkerungswissenschaft eine Dreiteilung vorzusehen, indem vor die Bevölkerungspolitik, über deren Inhalt und Zweckbestimmung Übereinstimmung besteht, und die Bevölkerungslehre (dann auch Populationistik nach Ver-noullis und Mohls Vorgang genannt), die Bevölkerungsstatistik tritt, die auch Demologie oder Demographie, von

<sup>1)</sup> Diese Begriffsbestimmung der Statistik hat ihre nähere Begründung in meinem Buche über „Die Gemeindefinanzstatistik in Deutschland“, Leipzig 1910 gefunden.

Georg von Mahr auch „exakte Bevölkerungslehre“ (im Gegensatz zur „theoretischen“) genannt und der als Aufgabe „Darlegung der Struktur und des Entwicklungsganges der Bevölkerung“ zugewiesen wird. Daß diese Dreiteilung unhaltbar ist, hat bereits vor Jahrzehnten von Rümelin dargetan, der es mit Recht als ohne weiteres einleuchtend bezeichnen konnte, daß solche Tatsachenfeststellung sich zu Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik nicht wie ein gleichberechtigtes, innerlich koordiniertes Glied verhält, sondern vielmehr in Darbietung des für die Untersuchung notwendigen Tatsachenmaterials zu ihnen in ähnlichem Verhältnisse steht wie zur Geschichte die Quellenforschung. Auch diese ist lediglich in ihrem methodischen, nicht aber in ihrem sachlichen Inhalt Gegenstand einer, von anderen, realen Wissenschaften (wie dies sowohl Geschichte als Bevölkerungswissenschaft sind) getrennten wissenschaftlichen Durchforschung und Ergründung.

Soweit also unter „Bevölkerungstatistik“ die Betrachtung der statistischen Ergebnisse verstanden wird, so handelt es sich um Bevölkerungslehre in dem vorhin festgestellten Sinne. Die Betrachtung der zur Gewinnung jener Ergebnisse anzuwendenden Methoden aber gehört zum Forschungsgebiete der oben schon gekennzeichneten Methodenwissenschaft der Statistik schlechthin, die in einem anderen Bändchen dieser Sammlung seitens eines anderen Autors eine eigene Darstellung finden wird.

Die weitere Gliederung der Bevölkerungslehre einerseits, der Bevölkerungspolitik andererseits ergibt sich aus näherer Betrachtung ihrer Forschungsgebiete, als welche oben 1. Zahl und 2. Art der Bevölkerung bezeichnet wurden. Letztere wird, soweit sie nicht Begleit- oder Folgeerscheinung, sondern vielmehr<sup>1)</sup> Voraussetzung des Wirtschaftsprozesses ist, durch die physische, geistige und sittliche Beschaffenheit, ferner durch das örtliche und ideelle Gemeinschaftsleben, d. h. also durch die Siedelungsweise, die Gruppierung nach Staatsangehörigkeit, Sprache und Religion bestimmt. Die Bevölkerungslehre hat zu durchforschen, wie, mit welchen Ursachen und Wirkun-

<sup>1)</sup> Angesichts der organischen Zusammenhänge aller Erscheinungen und Kräfte des Gesellschaftslebens, die (aller auch noch) so sorgsam ausgeklügelten Systematik zum Trotz nicht nebeneinanderlaufen, sondern kausal ineinandergreifen, wird man hinzusetzen müssen: „in erster Linie“.

gen alle diese Verhältnisse sind und werden, wie ihr Stand durch ihre Bewegung entsteht und sich ändert, wie letztere wiederum von jenem beeinflusst wird. Sie darf angesichts dieser Zusammenhänge nicht, wie in fast allen vorhandenen Lehrbüchern (in äußerlichem Anschluß an die in § 2 kurz zu streifenden rein technischen Vorgänge der Tatsachensefeststellung) erst den Bevölkerungsstand nach allen Richtungen und dann die Bevölkerungsbeziehung darstellen, sondern hat vielmehr beider Betrachtung organisch zu verbinden. Die Bevölkerungspolitik gliedert sich in analoger Weise, je nachdem es sich um die Beeinflussung der Bevölkerungszahl (sei es nach oben, sei es nach unten) oder der Bevölkerungsart nach den verschiedenen, bezeichneten Richtungen handelt.

Aus all dem resultiert für die nachfolgende Darstellung der Bevölkerungswissenschaft, bei der es sich, dem Plane dieser Sammlung entsprechend, naturgemäß um Herausarbeitung nur der Grundzüge handeln kann, nach kurzer Betrachtung ihrer Literatur und Quellen diese Disposition:

#### A. Bevölkerungslehre:

##### 1. Zahl der Bevölkerung:

a) Stand (§ 3);

b) Bewegung:

α) natürliche (Geburten und Sterbefälle; § 4),

β) örtliche (Aus- und Einwanderung; § 5);

##### 2. Art der Bevölkerung:

a) Physische Beschaffenheit:

α) Geschlechtsgliederung (§ 6),

β) Altersgliederung (§ 7),

γ) Körperliche Entwicklung und Gesundheitszustand (§ 8);

b) Geistige Beschaffenheit (Geistesmängel und Bildungsgrad; § 9);

- c) Sittliche Beschaffenheit:
  - a) Familiengliederung (Ehen, Eheschließungen, Unehelichkeit; §§ 10 und 11),
  - β) Sittenmängel (Kriminalität, Alkoholismus, Prostitution, Selbstmord; § 12);
- d) Siedelungsweise (Verteilung auf Stadt und Land; Binnenwanderungen; § 13);
- e) Ideelles Gemeinschaftsleben (Religions-, Sprach- und Staatsangehörigkeitsgliederung; § 14).

## B. Bevölkerungspolitik:

1. Quantitätspolitik (§ 15),
2. Qualitätspolitik (§ 16).

Sinn und Berechtigung der Unterabteilungen werden aus ihrer kommenden Besprechung von selbst erhellen. An dieser Stelle hat nur noch die allgemeine Bemerkung Raum, daß mit der vorstehend gegebenen Gliederung manches aus dem Bereich der Bevölkerungswissenschaft ausscheidet, was andere Forscher (insbesondere von Firkas, s. unten S. 14, auch Haushofer) ihr zuweisen, wie namentlich die berufliche, soziale und Wohlstandsgliederung. Die beiden letzteren sind ganz vorwiegend Ergebnisse und nicht Voraussetzungen der Produktion; diese ist aber auch der Berufsgliederung gegenüber das Primäre, selbst wenn Ausnahmen, wo Charakter und Anlage der Bevölkerung die Gestaltung der Berufsverhältnisse entscheiden, zuzugestehen sind. Die Zahl der landwirtschaftlich Tätigen geht z. B. in Deutschland zurück, nicht weil die innere und äußere Bevölkerungsgliederung eine andere wird — das spielt, wenn überhaupt, so nur eine sehr nachgeordnete Rolle —, sondern aus Ursachen, die mit der Gestaltung des Weltmarktes zusammenhängen. Die Erkenntnis und Durchforschung der beruflichen und sozialen Struktur ist darum Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, nicht der Bevölkerungslehre.

Andererseits muß es unlogisch erscheinen, wenn verschiedene Systematiker der Bevölkerungswissenschaft den Bildungs- und Gesundheitsverhältnissen einen Raum in der Bevölkerungslehre zuweisen, ihn aber in der Bevölkerungspolitik versagen. Die Bildungs- und Gesundheitspolitik als die Summe der Bemühungen um die intellektuelle und physische Qualität der Bevölkerung erscheint darum in dem

mitgeteilten System als Teil der Qualitätspolitik. Ebenso mußte nach den gleichen Grundsätzen, die bei den bisherigen Autoren ausnahmslos die geistige Beschaffenheit zum Gegenstand der Bevölkerungswissenschaft gemacht haben, auch die sittliche in ihren Aufgabekreis gezogen werden, denn sie ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus kaum weniger bedeutungsvoll als jene.

## § 2. Literatur und Quellen zur Bevölkerungswissenschaft.

Unter Literatur zur Bevölkerungswissenschaft sind die Werke zu verstehen, aus denen sich ihr systematischer Fortschritt und eine Orientierung über ihr ganzes Gebiet ergibt. Sie kann es daher erst geben, seitdem sich die mannigfachen Einzelforschungen und Erörterungen über das Bevölkerungswesen zu einem Lehrgebäude, zu einer „Wissenschaft“ gefügt haben. Als deren Quellen dagegen kommen alle Überlieferungen, Druckschriften, Aufzeichnungen in Betracht, die das Bevölkerungswesen behandeln. Sie fließen, seitdem nur überhaupt die Bevölkerung nach Zahl und Art Gegenstand öffentlichen Interesses geworden ist, d. h., wenn auch zunächst nur spärlich, seit Jahrtausenden.

Schon Plato und Aristoteles, auch die merkantilistischen Schriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts wie der berühmte Polyhistor Hermann Conring (1606 bis 1681), Veit Ludwig von Seckendorff (1626 bis 1692), Leibniz (1646 bis 1716) und Sir William Petty (1623 bis 1687), haben Einzelfragen des Bevölkerungswesens, und zwar insbesondere der Bevölkerungspolitik unter Gesichtspunkten behandelt, die weiter unten (S. 142) noch zu berühren sind. Das Verdienst, als erster dabei von höheren staatswissenschaftlichen Erwägungen ausgegangen zu sein, hat der große Vorbote der französischen Revolution Montesquieu (Esprit des lois, 1748). Der Ruhm der ersten systematischen Darstellung des gesamten Bevölkerungswissens seiner Zeit gebührt dem ältesten modernen Statistiker Deutschlands, dem

Feldkaplan und Berater Friedrichs des Großen Johann Peter Süßmilch (1707 bis 1767), der in seinem Werke „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechtes“ mit weitgehender Hilfe der Statistik eine fest in sich gefügte Bevölkerungstheorie stark theologischen Einschlags schuf und ein System der Bevölkerungspolitik darauf aufbaute. Weit übertroffen aber wurde sein Buch durch Weite des Blicks, Schärfe des Urteils, Konsequenz des Denkens und systematische Durchbildung von dem grundlegenden, heute weniger als je überwundenen Werk „Essay on the principle of population“ (1798) von Thomas Robert Malthus, der für die Bevölkerungswissenschaft eine noch weit tiefergreifende und anhaltendere Bedeutung gewonnen hat als selbst Adam Smith für die Nationalökonomie, und auf dem mutatis mutandis sich das Wort anwenden läßt, das Schmolter auf den „Bismarck des Deutschen Wirtschaftslebens“ Friedrich List geprägt hat: Er steht in der Pforte zur Epoche der streng wissenschaftlichen Behandlung des Bevölkerungswesens „als ein Hüne, der mit Riesenschlägen das Tor zu ihr gezimmert“. Eine gute Übersetzung des zu alledem auch außerordentlich anregend geschriebenen Werkes hat Heinrich Waentig, mit einer lesenswerten Einleitung versehen, 1905 (Jena, 2 Bde.) herausgegeben.

Malthus, dessen Lehre uns weiter unten (S. 144) näher beschäftigen wird, rief eine Flut bevölkerungspolitischer Schriften in Deutschland, England und Frankreich hervor, die sich aber so sehr lediglich im pro et contra Malthus erschöpften, daß in Deutschland fast ein halbes Jahrhundert bis zu neuer systematischer Behandlung der Bevölkerungswissenschaft durch Bernoullis heute vergessenes „Handbuch der Populationsistik“ (Wlm 1840) verging. Ihm folgte 1859/1861 des Göttinger Professors Wappaeus „Allgemeine Bevölkerungsstatistik“ als eine umfängliche, kritisch urteilende Sammlung

des der Bevölkerungswissenschaft aus der Statistik zufließenden Tatsachenmaterials, der sich aus der neuesten Zeit Georg von Mahrs „Bevölkerungsstatistik“ (2. Band von „Statistik und Gesellschaftslehre“, Freiburg 1897) zur Seite stellt. In begrenzterem Maße strebt gleiches Johannes Conrad in dem viel verbreiteten 1. Teil seines „Grundrisses zum Studium der Statistik“ (3. Auflage, Jena 1910) an, der im übrigen Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik von der Bevölkerungsstatistik (vgl. oben S. 7) trennt und ihnen einen nicht unbeträchtlichen Platz in seinem „Grundriß zum Studium der Volkswirtschaftspolitik“ (6. Auflage, Jena 1912) anweist. Conrad folgt damit dem Vorgange des Altmeisters Wilhelm Roscher, der schon in seinen 1854 erstmalig (1906 Stuttgart in 24. Auflage) erschienenen „Grundlagen der Nationalökonomie“ das Bevölkerungswesen in besonders gründlicher Weise abhandelte. Auch andere bedeutende, lebende Lehrer wie Schmoller (Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, I. Teil, 2. Aufl., Leipzig 1908), von Philippovich (Grundriß der politischen Ökonomie, 1. Bd., 9. Auflage, Tübingen 1911) und Veris (Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin 1910) widmen dem Bevölkerungswesen in ihren großen Darstellungen der Volkswirtschaftslehre Aufmerksamkeit, freilich ohne daß es dabei aus dem Gesamtsystem der Nationalökonomie besondere Hervorhebung erführe. Dagegen hat der ebenso geistvolle wie kenntnisreiche Gustav von Rümelin dem in § 1 dieses Buches gekennzeichneten Standpunkt von der Selbständigkeit der Bevölkerungswissenschaft durch deren wenn auch nicht umfangreiche, so doch sehr tiefgründige Behandlung im Schoenbergschen Handbuch der politischen Ökonomie (4. Auflage, Band 1, Tübingen 1896) als eines gesonderten Forschungsgebietes Rechnung getragen; ebenso im wesentlichen Adolf Wagner in den „Grundlagen der Volkswirtschaft“ (3. Auflage, Leipzig 1893). Als einziges,

völlig selbständiges Werk größeren Umfanges kommt die „Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik“ des Freiherrn von Firds (Leipzig 1898) in Betracht. Es verdient Beachtung wegen des trefflich geordneten statistischen Materials, während die weitere wissenschaftliche Verarbeitung zu wünschen übrig läßt. In der Sammlung „Natur und Geisteswelt“ (Leipzig) veröffentlichte außerdem der vor wenigen Jahren verstorbene Münchener Professor Max Haushofer 1904 eine für breitere Leserkreise bestimmte kleine „Bevölkerungslehre“.

Eine ausgezeichnete Orientierung über das Bevölkerungswissen der Gegenwart geben auch die verschiedenen, u. a. von Lexis, Rauchberg und Zahn herrührenden einschlägigen Artikel im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ (3. Auflage, Jena 1909 ff.), vor allem die kritische Geschichte der Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, die Ludwig Elster in dessen 2. Bande beigezeichnet hat. Die neueste Ausgestaltung der Bevölkerungstheorie hat ferner eine zusammenfassende Darstellung durch Ladislaus von Horkiewicz in der 1908 erschienenen Schmoller-Festschrift (Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert, Leipzig) erfahren. Von anderen neueren deutschen Autoren, die in bedeutendem Maße die Bevölkerungswissenschaft und ihre Weiterentwicklung gefördert haben, verdienen u. a. noch Julius Wolf in Charlottenburg, Heinrich Diezel in Bonn, Franz Oppenheimer in Berlin, Paul Mombert in Freiburg Erwähnung (vgl. Literaturangaben zu § 4), ferner der verstorbene Frankfurter Professor Schnapper-Urndt (Sozialstatistik, Leipzig 1908) und der gelehrte Jesuit Heinrich Pesch (Lehrbuch der Nationalökonomie, 2. Bd., Freiburg i. B. 1909), neuerdings auch, in einer interessanten Kontroverse stehend (vgl. unten S. 49 ff.), Lujo Brentano in München und Karl Didenberg in Greifswald.

wald. Das von dem bekannten Statistiker Friedrich Zahn in Verbindung mit zahlreichen Fachgenossen herausgegebene große Werk „Die Statistik in Deutschland“ (2 Bände, München 1911) schließlich unterrichtet eingehend über die Eigenart der bevölkerungsstatistischen Quellen.

Was letztere selbst angeht, so stehen unter ihnen in erster Linie die in besonderen laufenden Veröffentlichungen, statistischen Jahr- oder Handbüchern veröffentlichten Ergebnisse der bevölkerungsstatistischen Erhebungen. Diese werden mit nur wenigen gelegentlichen Ausnahmen von Amtswegen durchgeführt, weil gemeinhin weder der einzelne Privatbeobachter noch eine private Vereinigung statistische Massenaufnahmen zu bewirken vermag, wegen deren räumlicher und zeitlicher Ausdehnung sowie wegen des Mangels an Autorität gegenüber den Befragungsobjekten. Im einzelnen veranstaltet die Erhebung, je nach Lage der Dinge, das Reich, der Staat oder die Gemeinde, denen in „Statistischen Ämtern“ mit wissenschaftlich geschulter Leitung besondere Fachorgane zur Verfügung stehen. Durch internationale Vereinbarungen, die namentlich durch die jedes zweite Jahr stattfindenden Kongresse des Institut International de Statistique wesentliche Erleichterung und Förderung erfahren, wird die gerade für die Bevölkerungswissenschaft sehr wichtige, und, wie wir sehen werden, auch bereits recht ergiebige Vergleichbarkeit der in den verschiedenen Staaten über die gleichen Gegenstände angestellten Ermittlungen herbeizuführen gesucht.

Diese Ermittlungen selbst sind entweder Zählungen oder Verzeichnungen, je nachdem die statistische Beobachtung den Stand der Bevölkerungsverhältnisse in einem bestimmten Zeitpunkte, also stichprobenartig, ins Auge faßt oder aber ihre Bewegung durch fortlaufende Registrierung der Einzelfälle begleitet.

Das bekannteste, älteste und wichtigste Beispiel der ersteren Ermittlungsart ist die Volkszählung, die bereits im vorchristlichen China, bei den Juden, Persern und Griechen, vor allem aber bei den Römern im „Zensus“ Ausbildung erfuhr. Dann kam sie zu Beginn der Neuzeit, als die moderne Staatskunst die entscheidende Bedeutung der Volkszahl und -art für Staatsmacht und -wirtschaft erkannte, wieder in Aufnahme, um in ihrer quantitativen und qualitativen Ausgestaltung geradezu ein Gradmesser für Güte und Geist der Verwaltung, neuerdings eines von deren unentbehrlichsten Hilfsmitteln zu werden. Sie wird in Deutschland jedes fünfte Jahr wiederholt. Ihr bisher letzter Termin war der 1. Dezember 1910.

Aus den Ergebnissen der Volkszählungen, die heute kein Kulturstaat mehr entbehrt, schöpft die Bevölkerungslehre nicht nur ihre Kenntnis über die Volkszahl und durch Vergleich mit Resultaten vorausgegangener Erhebungen über deren Veränderungen, Ab- und Zunahme. Die moderne Volkszählung hat sich vielmehr, um mit Rauchberg zu sprechen, durch Einbeziehung der wichtigsten physischen, geistigen und kulturellen Momente in die Erhebung, zur Grundlage einer umfassenden Volksbeschreibung ausgewachsen. Sie lehrt die Ansiedelungsformen der Bevölkerung kennen, erschließt ihren sozialen Zusammenhalt in Familie und Haushaltungen, bildet die Basis für die Erfassung der Geschlechts- und Altersgliederung, führt in die Lagerung der Sprach- und Religionsverhältnisse ein, gibt Aufschluß über die Staatsangehörigkeiten und die Ergebnisse der Binnenwanderungen. Sie liefert nicht zuletzt das wichtigste Material zur Orientierung über die in der Bevölkerung vorhandenen Lücken an elementarer Bildung, über Mängel des Geistes wie des Körpers. Kurz, sie dient zur Feststellung einer Fülle demographischer Momente, die durch fortlaufende Anschreibung zu erfassen unmöglich ist.

Die fortlaufende Anschreibung kann nur Platz greifen, soweit die an sich ja dauernde Bewegung der Bevölkerungsverhältnisse in sinnlich wahrnehmbaren und einzeln gegeneinander abgrenzbaren Ereignissen an die Oberfläche kommt. So ist auf ihr die Statistik über Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle, Verbrechen und Selbstmorde aufgebaut. Eine wesentliche Voraussetzung für ihre Durchführbarkeit ist vielfach der Meldezwang, wie er z. B. für die natürlichen Bevölkerungsvorgänge bei den Standesämtern besteht.

Eine Mittelstellung zwischen Zählung und Anschreibung nehmen Ermittlungen ein, die zwar gelegentlich bestimmter Ereignisse vorgenommen werden, nach Methode und Inhalt aber Zählungscharakter tragen. Es sei z. B. an die demographischen Feststel-

lungen gelegentlich der Mehrenaushebungen erinnert, welche die Bevölkerungswissenschaft sich für die Behandlung der Wehrfähigkeitsfrage (vgl. unten S. 98) zu nütze macht.

Im einzelnen auf die Methode und Technik all dieser Erhebungen im Zusammenhang einzugehen, ist kein Raum innerhalb einer Darstellung der Bevölkerungswissenschaft. Diese hat es mit den Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik, nicht mit dieser selbst unmittelbar zu tun. Zur richtigen Bewertung jener kann freilich der Bevölkerungsforscher der Kenntnis auch der verwandten Wissenschaft der Statistik nicht entbehren. Auf sie wird darum auch auf den folgenden Seiten ebenso zurückgegriffen werden müssen, wie, wenn schon in geringerem Maße, auf die Hilfswissenschaften der Geschichte und Geographie.

Als handliche und auch sehr preiswerte Sammlungen bevölkerungstatistischer Daten mit Auszügen aus den wichtigsten größeren Quellenwerken zum praktischen Gebrauch, amtlichen Charakters, dürfen empfohlen werden: Das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (alljährlich, Preis 2 Mark), das die Statistik des Reichs, das „Statistische Jahrbuch für den Preussischen Staat“ (alljährlich, Preis 1,60 Mark), das die Statistik Preussens, und das „Taschenbuch des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf“ (5. Auflage 1913, Preis 75 Pfennig), das in gleicher Weise reichs-, staats- und kommunalstatistische Materialien beibringt. In diesen Jahrbüchern findet das Kapital der Bevölkerungsstatistik, seiner wissenschaftlichen wie praktischen Bedeutung entsprechend, durchweg bevorzugte Behandlung. Die an erster Stelle genannte Publikation bringt dankenswerter Weise seit mehreren Jahren auch einige, wenn auch nicht allzu umfangreiche internationale Vergleichszusammenstellungen. Für weitergehende Studien kommen als bevölkerungstatistische Materialsammlungen, abgesehen von den durch Conrad, von Mahr, von Fircks in ihren Grundrissen (vgl. oben S. 13f.) gemachten (z. T. naturgemäß schon veralteten) Zusammenstellungen in Betracht: die Musterleistung wissen-

schafflicher Akribie und rastlosen Gelehrtenfleißes „The Statesman's Year-book“, Scotts Kelties jährlich erscheinendes „Statistisches Jahrbuch aller Staaten der Welt“; weiter dessen kleinerer Vetter, der sich mit ihm zwar nicht an Vollständigkeit und Fülle des Inhalts, wohl aber an Genauigkeit des beigebrachten Zahlenmaterials messen kann, das ebenfalls jährlich neu herauskommende „Gothaer Genealogische Jahrbuch“, sowie Hübners Geographisch-Statistische Tabellen (jährlich; herausgegeben von J. von Juraschek und Hermann von Schullern zu Schrattenhofen). Leider nicht periodisch kommt heraus Brachelli-Jurascheks treffliche „statistische Darstellung“ „Die Staaten Europas“ (5. Auflage, Leipzig 1907). Als erstklassige Quelle für eines der wichtigsten Spezialgebiete bevölkerungstatistischer Forschung sei schließlich noch das 1907 von dem französischen Statistiker Lucien March mit Unterstützung des Institut International de Statistique (vgl. oben S. 15) herausgegebene Sammelwerk „Statistique Internationale du Mouvement de la population d'après les registres d'état civil“ genannt, das alle Materialien der amtlichen Statistik über die Bevölkerungsbewegung seit deren Anbeginn bis einschließlich 1905 zusammengetragen, geordnet und miteinander verglichen hat.

Aus all diesen Quellen schöpft auch die nachfolgende Darstellung der Bevölkerungslehre zum guten Teil ihre Zahlenangaben, ohne daß deren Fundstellen jedesmal besonders nachgewiesen würden.

---

## B. Bevölkerungslehre.

### I. Die Bevölkerungszahl.

#### § 3. Bevölkerungsstand.

Die beiden natürlichen „Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft“ (Philippovich) Land und Leute stehen zu einander in dem engen Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Sind die Länder einerseits nach den Worten eines berühmten Geographen stets das, was ihre Völker daraus machen, so wird andererseits die (tatsächliche oder mögliche) Bevölkerungszahl entscheidend bedingt durch die Fläche, die sich ihr zum Wohnen und zur Lieferung der notwendigen, tierischen wie pflanzlichen Lebensmittel darbietet. Dabei fallen — dies hat für die Bevölkerungspolitik besondere Bedeutung — Wohnfläche und Nährfläche nicht notwendig zusammen. Insbesondere ist dies überall dort nicht der Fall, wo der Produzent der Nahrungsmittel ein anderer ist als ihr Konsument. Auch ist die Fläche, die der Mensch zum Wohnen gebraucht, gemeinhin wesentlich kleiner als das zur Erzeugung seiner Nährprodukte notwendige Areal. Letzteres kann dem einzelnen Menschen und der Bevölkerung eines ganzen Landes nie zu Gesichte kommen, irgendwo auf der Erde aber muß es vorhanden sein.

Aus all dem ergibt sich schon, daß das Verhältnis zwischen der Wohn- und Nährfläche, deren Grenzen zwar elastisch sind, aber doch nicht über ein bestimmtes Maß erweitert werden können, ebenso wie jede andere beurteilbare Relation im Einzelfalle normal oder unnormal sein kann. Im letzteren Falle liegt Überbevölkerung oder Unterbevölkerung vor, je

nachdem ein Zubiel oder ein Zuwenig an Bevölkerung festzustellen ist. Unter welchen Voraussetzungen allgemein und in welchem Maße gegenwärtig Anlaß hierzu vorliegt, wird später Erörterung finden (vgl. S. 145 und 151). Hier bleibt zunächst zu betonen, daß die Territoriauxdehnung für dichtbevölkerte Länder naturgemäß früher oder später zu einer unübersehbaren Schranke der Entwicklung wird, für dünnbesiedelte dagegen ein Versprechen künftiger Größe darstellt, einen Wechsel auf die Zukunft, der um so sicherer ist, je weniger es sich dabei um noch öde, schwer kultivierbare Gebiete (Odländer, Steppen, Heide, Moor) handelt. Auch die Bedeutung solcher Gebiete für gegenwärtige und künftige Volkswirtschaften aber wächst mit dem voranschreitenden Siege des Menschen über die Natur. Dieser äußert sich vor allem in einer geradezu bewundernswerten Verbesserung der Technik der Urproduktion, die Karl von Rodbertus, dem 1875 verstorbenen Vertreter des „wissenschaftlichen Sozialismus“, schon vor einem halben Jahrhunderte kühnste Zukunftsausblicke gestattete, und in einer nicht minder bewundernswerten Ausgestaltung der gewerblichen Technik sowie der internationalen Arbeitsteilung, die dort, wo Fruchtbarkeit fehlt, Industrie erstehen läßt.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es sehr bedeutsam, daß von den rund 145 Millionen qkm der festen Erdoberfläche (Wasserfläche rund 365 Millionen) nur etwa ein Fünfzehntel mit 9,9 Mill. qkm auf Europa und davon wiederum nur wenig mehr als ein Drittel (mit noch nicht 3 Mill. qkm) auf West- und Mitteleuropa, d. h. die gegenwärtig vorwiegend von Germanen und Romanen besiedelten Gebiete entfällt. Fast genau ebenso groß wie das ganze Europa sind die Vereinigten Staaten von Amerika allein (9,7 Mill.), während es von dem gewaltigen Chinesischen Komplex (11,1 Mill.) schon beträchtlich, von der Gesamtheit des Russischen aber um

weit über das Doppelte (22,3 Mill.) übertroffen wird. Zusammen mit Großbritannien, das unter Einbeziehung all seiner, freilich im Gegensatz zu den dreilehrtgenannten Landkolossen über beide Hemisphären verstreuten Schutzgebiete, Kolonien und Besitzungen (30,4 Mill.), selbst Rußland noch um über 8 Millionen übertrifft, beherrschen diese Weltgebiete der Nordamerikanischen Union, Chinas, Rußlands und des Greater Britain mehr als die Hälfte der gesamten Landfläche der Erde. Das umfänglichste Reich Mitteleuropas, Deutschland, nimmt sich dem gegenüber mit seinem Stammlande von 540 858 qkm und selbst unter Einbeziehung aller Schutzgebiete (einschließlich des durch den französisch-deutschen Marokkovertrag hinzugekommenen Kongogebietes rund 2,7 Mill.) noch nicht sonderlich imponierend aus. Es ist in Europa um eine Kleinigkeit (rund 4000 qkm) größer, außerhalb Europas aber ganz bedeutend kleiner als Frankreich, so daß — da auch Brasilien mit 8,5 Mill. qkm noch weit voraussteht — das Deutsche Reich alles in allem in der Reihenfolge der Gebietsgrößen die siebente Stelle einnimmt.

Freilich sind jene gewaltigen Gebiete zum guten Teil noch unverarbeiteter Rohstoff, der es auch für die heutige Menschheit und die ihr nächstfolgenden Generationen ganz vorwiegend bleiben wird. Greifbarer und für die tatsächlichen Machtverhältnisse darum entscheidender ist die Bevölkerung, wie sie sich schon heute darstellt. Die Einwohnerzahl eines Landes bestimmt die Menge der arbeitenden Hände, der denkenden Köpfe und der schaffenden Lebensenergien, die seiner Volkswirtschaft, und der militärischen Kräfte, die zu deren Schutz zur Verfügung stehen. Mit der Bevölkerung wächst unter sonst gleichen Verhältnissen — und selbstverständlich nur bis zu der Grenze, wo jenes oben (S. 20) berührte Verhältnis zwischen Fläche und Volkszahl im Sinne einer „Überbevölkerung“ un-

normal zu werden anfängt — die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens und die Intensität in der Ausnutzung vorhandener Produktionsmittel, vollziehen sich in immer vollkommenerer Weise Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung, steigert sich nicht zuletzt auch infolge des schärferen Wettbewerbs das Tempo des Denkens und Handelns beim einzelnen, damit auch bei der Gesamtheit.

Die wirtschaftliche wie auch die politische Bedeutung der Volkszahl nimmt zu und muß noch weiter zunehmen, je mehr die Kultur Gemeingut aller Erdbewohner wird. Stolz schieben sich im Altertum die klassischen Völker von den Barbaren. Diese überragend durch die Segnungen einer jahrhundertalten Kultur, vermochte das kleine Volk der Römer den halben Erdball zu unterjochen. Die höhere Kultur weniger unterwarf fast mühelos die auf niederer Stufe stehenden Millionen. Und das gleiche Bild, in größerem oder geringerem Ausmaße, hat die Geschichte immer wieder gezeigt: als Gegensätze Herren- und Sklavenvölker. Die Kolonialgeschichte bietet unzählige Beispiele; Nordamerika, dessen Entwicklung noch gegenwärtig kolonialen Charakter trägt, erst neuerdings wieder in dem Gegensatz zwischen dem einheimischen Herrenvolk und den zuwandernden Sklavenvölkern der Slaven, Litauer, Ungarn, Irländer und Italiener (vgl. unten S. 161). Aber — und auch Amerika hat diese Entwicklung in der Regenerfrage bereits einmal durchgemacht —, langsam und allmählich vollzieht sich ein Wandel.

Durch den Aufstieg der auf niederer Stufe stehenden Völker in hohe und höchste Wirtschaftsstufen vermindert sich der Abstand zwischen den Nationen der alten und der jungen Kultur immer mehr. In ständig steigendem Maße gelingt es einstigen „Sklavenvölkern“, sich in die Reihe der „Herrenvölker“ emporzuschwingen. Nationen und Staaten, an die vor Jahrhunderten, ja noch vor Jahrzehnten kaum einer ge-

dacht hat, wenn er von Weltwirtschaftsproblemen sprach, stehen heute in der ersten Reihe der Kulturträger. Die Unterschiede in der Kulturhöhe, in der Qualität der einzelnen Völker, werden immer geringer, und entscheidend für Macht oder Ohnmacht der Volkswirtschaften wird immer mehr neben der Größe des Gebiets und der Fülle natürlicher Schätze die Quantität, die Volkszahl.

Die Gesamtheit der Erdbewohner ist auf 1,6 Milliarden anzunehmen, und zwar teils (für annähernd immerhin zwei Drittel) auf Grund wirklicher Volkszählungen, die freilich (darin schon liegt für eine Addition ihrer Ergebnisse eine Quelle der Ungenauigkeit) nicht etwa alle im gleichen Jahre, geschweige denn am gleichen Tage vorgenommen wurden, teils auf Grund von Schätzungen oder Berechnungen, die von Stichproben oder von anderen ermittelten Verhältnissen (z. B. Häuserzahl, Steuerertrag, Geburten-, Eheschließungs-, Sterbezahlen u. dgl.) abgeleitet werden.

Die Richtigkeit solcher Schätzungen und Berechnungen ist um so eher anzunehmen, je mehr sie von verschiedenen Seiten sowie nach verschiedenen Methoden für die gleichen Objekte angestellt werden und dann in ihren Ergebnissen einander nahekommen. So schwankte die Veranschlagung der Volkszahl Chinas, auf das etwa  $\frac{2}{3}$  der „geschätzten“ Erdbewohner entfallen, noch bis vor kurzem bei den einzelnen Forschern zwischen 250 und 430 Millionen; heute differieren die maßgebenden deutschen und englischen Quellen, „Statesman's Yearbook“ und „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“ nur noch um 1—2%.

Von den 1,6 Milliarden Erdbewohnern entfallen weit mehr als die Hälfte (rund 860 Mill.) auf Asien, weitere 450 Millionen auf Europa, rund 130 auf Afrika, 180 auf Amerika, zwischen 7 und 8 auf Australien und die Polargebiete. Die hohe Bedeutung Asiens, nicht minder aber Europas, das bei (wie oben S. 20 mitgeteilt) nur etwa einem Fünftel der Fläche über ein Viertel der Bevölkerung und damit ganz bedeutend mehr als die drei verbleibenden Erdteile zusammen

aufweist, läßt sich aus diesen Zahlen leicht entnehmen. In früheren Jahrhunderten überwog Asien noch weit mehr; daneben trat Afrika stark hervor. Im 19. Jahrhundert aber, mit dem so im vollen Sinne des Wortes eine neue Zeit anbrach, wiesen Amerika und das angeblich schon vordem längst greisenhaft gewordene Europa erheblich schnellere Volkszunahmen auf als alle anderen Erdteile. Europa insbesondere repräsentierte, legt man die Schätzungen Süßmilchs einerseits, des schwedischen Statistikers Sundbärg andererseits zu Grunde, Mitte des 18. Jahrhunderts mit rund 150 Millionen etwa 15%, um 1850 mit 265 Millionen nach Kolls Angaben erst 20, 1913 dagegen nach Jurafscheks genaueren Berechnungen 27,5% der Erdbevölkerung. Ob diese Verschiebung zugunsten Europas auch künftig anzuhalten verspricht, werden erst die Ausführungen in § 4 (S. 36 ff.) zu beurteilen gestatten.

Tabelle 1.

Fläche und Bevölkerung der Staaten Europas, sowie einiger Staaten des Auslandes 1913<sup>1)</sup>.

(Letzte Zählungen; nur die Stammländer ohne Kolonien. Ka. = Kaiserreich, K. = Königr., G. = Großherzogt., F. = Fürstent. R. = Republik.)

	qkm	Einwohner <sup>2)</sup>	
		überhaupt	pro qkm
Andorra R. . . . .	452	5 231	12
Belgien K. . . . .	29 455	7 423 784	252
Bulgarien K. . . . .	96 346	4 337 513	45
Dänemark K. . . . .	38 969	2 757 076	71
Außerdem Farö, Island, Grönland . . . . .	194 284	143 260	0,7
Deutsches Reich Ka. . . . .	540 858	64 925 993	120

<sup>1)</sup> Nach den leibvorausgegangenen Ermittlungen.

<sup>2)</sup> Ortsanwesende Bevölkerung.

	qkm	Einwohner	
		überhaupt	pro qkm
Frankreich R. . . . .	5 36 463	39 601 509	74
Griechenland K. . . . .	63 211	2 631 952	42
Großbritannien u. Irland K..	313 607	45 216 665	144
Außerdem Insel Man und Kanalinseln . . . . .	782	148 934	190
Britische Besitzungen (Europa)	9 590	521 895	54
Italien K. . . . .	286 682	34 671 377	121
Retra <sup>1)</sup> . . . . .	8 618	344 001	40
Liechtenstein F. . . . .	159	9 650	61
Luxemburg G. . . . .	2 586	259 891	100
Monaco F. . . . .	22 <sup>2)</sup>	15 180	690
Montenegro K. . . . .	9 080	250 000	28
Niederlande K. . . . .	34 186	5 858 175	172
Norwegen K. . . . .	322 909	2 357 790	7
Österreich Ka. . . . .	300 005	28 571 934	95
Außerdem Bosnien und Herzegowina . . . . .	51 027	1 931 802	38
Portugal R. . . . .	91 944	5 423 132	59
Rumänien K. . . . .	131 353	7 248 000	55
Rußland Ka. (Europa) . . . .	4 943 411	130 819 800	26
Außerdem Finnland . . . . .	373 604	3 115 197	8
San Marino R. . . . .	61	10 653	175
Schweden K. . . . .	411 012	5 522 403	13
Schweiz R. . . . .	41 324	3 765 123	91
Serbien K. . . . .	48 303	2 911 701	60
Spanien K. . . . .	504 530	19 611 334	39
Türkei Ka. (Europa) . . . . .	169 317	6 130 200	36
Ungarn K. . . . .	324 857	20 886 487	64
Bereinigte Staaten von Nord- amerika <sup>3)</sup> R. . . . .	9 728 264	101 944 324	10
China R. . . . .	11 138 900 <sup>4)</sup>	329 617 760	30
Japan K. . . . .	382 415	51 741 853	135

1) Oberkonsularat unter Souveränität der Hohen Pforte.

2) Nach Ritters Geographisch-Statistischem Lexikon.

3) Ohne Kuba.

4) „Eigentliches China“: auf 6 242 800 qkm 325 817 760 Einwohner gleich 52 pro qkm.

Wie sich nun weiter die Bevölkerung Europas auf die einzelnen Staaten verteilt, lehrt Tabelle 1, die für Länder mit auch außereuropäischem Besitze zunächst lediglich die europäischen Stammländer berücksichtigt und diesen vergleichsweise die amerikanische Union, China und Japan gegenüberstellt. Danach sitzen von den Einwohnern Europas, das gegenüber anderen Erdteilen eine besonders erhebliche Anzahl bevölkerungsreicher Staaten aufweist, 30% in Rußland, 15% in Deutschland, 12% in Osterreich-Ungarn, 10% in Großbritannien, 9% in Frankreich, 8% in Italien, 4% in Spanien, während sich der Rest von 12% auf 20 weitere Staaten und Staatlein verteilt. Dieses Bild ist ein wesentlich anderes, als es zu Beginn etwa des 19. Jahrhunderts war, auch ganz abgesehen von den durch politische Vorgänge großen Stils seitdem hervorgerufenen Änderungen der Gebietsausdehnung einiger Staaten, wie Osterreichs, der Türkei<sup>1)</sup> und der Niederlande (durch Verlust Belgiens). Wird diesen und ähnlichen Grenzänderungen durch Beziehung sämtlicher Daten auf die heutigen Territorien Rechnung getragen, so sind als die bedeutendsten Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur Europas im 19. Jahrhundert folgende hervorzuheben: Frankreich, das um 1800 mit 27 Millionen (gleich dem Siebentel der ganzen Europabevölkerung) als die wirklich „grande nation“ selbst das europäische Rußland und das heutige, damals politisch ja völlig desorganisierte Deutschland um je etwa 2 Millionen übertraf, in den letzten Dezennien aber mit seiner Bevölkerung fast stagniert hat<sup>2)</sup>, ist im Laufe des Jahrhunderts von der ersten in die fünfte Stelle ge-

<sup>1)</sup> Die Ergebnisse der Balkankriege 1912/13 in dieser Richtung waren bei Drucklegung noch nicht festzustellen, sind darum in Tabelle 1 unberücksichtigt gelassen.

<sup>2)</sup> Man unterscheidet — aus den Bezeichnungen erhellt der Sinn ohne weiteres — nach der Entwicklung ihres Standes stationäre, schwankende, zunehmende und abnehmende Bevölkerungen. Ein Beispiel für die letztgenannten ist Irland, dessen Volkszahl seit 1840 ständig abnimmt.

rückt, wenn Österreich und Ungarn zusammengefaßt werden. Seinen Platz hat dank einer gewaltigen Volkszunahme Rußland eingenommen, dessen Seelenzahl sich bis 1897 vervier-, bis 1910 rund verfünffacht hat und auch weit derjenigen Großbritanniens vorausgeeilt ist, das seinerseits von rund 17 auf mehr als 45 Millionen und damit hart an das früher weit überlegene Österreich-Ungarn herangewachsen ist. In die zweite Stelle ist Deutschland „ingerückt, innerhalb dessen namentlich Preußens Bevölkerungsgewicht Österreich sowie den deutschen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber so bedeutend gewonnen hat, daß nicht ganz mit Unrecht behauptet worden ist, dieses Moment habe die Lösung von 1866 bedingt und gewissermaßen herbeigeführt. Zur Veranschaulichung diene folgende kleine Zusammenstellung Jurafscheks:

Einwohnerzahl:	Preußen	Österreich	Deutsche Mittel- und Kleinstaaten
1815	7 923 439	9 482 277	12 117 859
1849/50	12 491 880	12 458 000	16 296 856
1900	23 148 062	17 549 000	20 175 199

Schließlich verdient noch Erwähnung die zwar absolute Vermehrung, aber relative Anteilsminderung der süd- und westeuropäischen Staaten einerseits, der Hinzutritt außereuropäischer Konkurrenten mit gewaltiger Volkszunahme andererseits, d. h. in erster Linie der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die 3,9 Millionen in 1790, 50,2 Millionen in 1880 und (vgl. Tabelle 1) 101,9 Millionen in 1912 zählten. Wie sich die Dinge während der allerletzten Zeit in den einzelnen Ländern gestaltet haben, lehrt eine von Rauchberg durchgeführte (z. T. durch neuere Daten ergänzte) Berechnung von Zuwachsqoten auf Grund einer längeren Reihe von Zählungen, die das Verhältnis des jährlichen Volkszuwachses von Zählung zu Zählung zu dem Anfangs-

stande einer jeden Zählungsperiode wie folgt (geordnet nach der Höhe der Zuwachssquoten) ausdrückt:

Rumänien . . . . .	1,94	Norwegen . . . . .	1,11
Vereinigte Staaten von Nordamerika . . . . .	1,80	Schweiz . . . . .	1,09
Bulgarien . . . . .	1,54	Schottland . . . . .	1,05
Griechenland . . . . .	1,52	Belgien . . . . .	0,98
Serbien . . . . .	1,51	Österreich-Ungarn . . . . .	0,93
Mexiko . . . . .	1,40	Großbritannien und Ir- land . . . . .	0,90
Deutsches Reich . . . . .	1,35	Spanien . . . . .	0,88
Japan . . . . .	1,32	Schweden . . . . .	0,71
Niederlande . . . . .	1,23	Portugal . . . . .	0,71
Europ. Rußland . . . . .	1,15	Italien . . . . .	0,69
Britisch-Nordamerika . . . . .	1,12	Frankreich . . . . .	0,15
Dänemark . . . . .	1,11		

Diese Zahlenreihe läßt erkennen, wohin die Reise, falls sich die Richtung nicht ändert, geht: wachsende Bedeutung Amerikas und Verschiebung des Bevölkerungsgewichtes innerhalb Europas selbst vom Westen nach dem Osten, Übergang von einem vorwiegend germanisch-romanischen Charakter in einen vorwiegend germanisch-slawischen. Welche Ursachen dieser Verschiebung zugrunde liegen und welche Zukunftsaussichten sich auf Grund ihrer Erkenntnis bieten, wird in § 4 und 5 zu untersuchen sein. Dagegen entgeht dem aufmerksamen Beobachter schon an dieser Stelle der Parallelismus nicht, der mit wenigen Ausnahmen zwischen der dargelegten Entwicklung der Volkszahl und dem tatsächlichen Wachstum oder der tatsächlichen Minderung wirtschaftlicher und politischer Macht besteht.

Unter diesem Gesichtspunkt lohnt noch ein Blick darauf, wie sich die Bevölkerungszahlen der großen Reiche insgesamt, also Stamm- und Kolonien zusammengefaßt, in der Gegenwart stellen. Annähernd die Hälfte der Erdbewohner umschließen das chinesische und das britische

Reich mit je rund 400 Millionen; weitere 170 Millionen gehorchen dem russischen Zaren; über 100 Millionen zählt die amerikanische Union; nicht weit dahinter kommen Frankreich und das Deutsche Reich, deren ersteres mit Kolonien und Schutzgebieten rund 90, deren zweites rund 80 Millionen Seelen umfaßt. Neben diesen 6 Weltreichen können sich von sonstigen Staaten der Bevölkerungszahl nach nur noch Japan (einschl. Korea annähernd 70 Millionen), ferner Österreich-Ungarn (51 Millionen), das Niederländische (fast 44 Millionen), und schließlich das Italienische Reich (mit rund 35 Millionen) sehen lassen. Alle übrigen 52 Staaten und Staatenbünde der Erde bringen nur rund 190 Millionen, also nicht viel mehr als Rußland in Europa und Asien allein, auf. Davon konzentriert sich überdies die Hälfte noch allein unter türkischer<sup>1)</sup>, belgischer, spanisch-portugiesischer Herrschaft. Das Überwiegen einzelner großer Staaten und Staatenverbände, die Machtstellung des britischen Reichs, Rußlands und Amerikas, vor allem aber die in einer halben Milliarde von Menschen schlummernde „ostasiatische Gefahr“: all das tritt in diesen Bevölkerungszahlen noch mit ganz anderer Wucht in die Erscheinung als in einer Betrachtung nur der Stammländer allein, aber auch als in der oben (S. 21) gegebenen Arealzusammenstellung. Dieser gegenüber schneidet auch das Deutsche Reich hier nicht unerheblich besser ab<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Bis zu den Balkankriegen von 1912/13 (vgl. S. 26, Anm. 1).

<sup>2)</sup> Eine gute Übersicht der wichtigsten Bevölkerungszahlen aus Altertum und Mittelalter (soweit überhaupt vorhanden oder schätzbar), auf die hier wegen Raum-mangels nicht eingegangen werden kann, gibt Schmoller in seinem Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre I. Band, 2. Auflage (1908, S. 171). Danach hat Deutschland heute etwa so viele Einwohner wie um die Zeit der Reformation ganz Europa; Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg zusammen etwa so viel als das ganze Imperium Romanum in seiner höchsten Blütezeit. Für Deutschland selbst im heutigen Umfange „wagt“ Schmoller folgende Schätzung: Zu Cäsars Zeiten 2 bis 3 Mill.; nach der Völkerwanderung starke Zunahme bis etwa 12 Mill.; um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts Stillstand oder gar Rückgang bis 1480 und nochmalige Zunahme bis 1620 auf etwa 15 Mill. Nach großen Verlusten im Dreißigjährigen Kriege wird diese Höhe erst wieder gegen 1700 erreicht; um 1800 22 bis 24 Mill., 1850 35 Mill., 1900 56 Mill., 1910 65 Mill.

Der Grund dafür ist in der erheblichen Bevölkerungsdichte unseres Vaterlandes zu suchen.

Unter Bevölkerungsdichte versteht man das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Flächen- und Bevölkerungsgröße eines gegebenen Gebietes, im allgemeinen (andere Berechnungsarten sind weniger anschaulich) ausgedrückt durch die Angabe, wieviel Menschen auf 1 qkm wohnen. Diese Feststellung illustriert im einzelnen Falle entweder vorwiegend den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung — nämlich soweit die Wohnfläche mit der Nährfläche (s. oben S. 19) ganz oder doch fast ganz zusammenfällt, wo die Bevölkerung also (nach Mischlers feiner Unterscheidung) im wesentlichen auf und aus dem Territorium, zu dem sie in Beziehung gesetzt wird, den unmittelbaren Unterhalt findet wie in Agrarländern —, oder aber vorwiegend die allgemein-kulturelle Entwicklung, für welche „eine größere Dichte geradezu Vorbedingung, vielfach auch Maßstab ist“. Letzteres trifft zu, soweit das Territorium, zu der eine bestimmte Bevölkerung „gehört“, dieser vorwiegend zum Wohnen und zu industrieller Arbeit auf engem Raum, in geringerem Maße dagegen zur Erzeugung der notwendigen Nahrungsmittel dient. Aus diesen Hinweisen erhellt gleichzeitig erstens, daß intensive Bevölkerungsdichte und Überbevölkerung zwar zusammenfallen können, aber durchaus nicht zusammenfallen müssen, also nicht etwa gleichbedeutend sind. Die Beurteilung, ob eine bestimmte Bevölkerungsdichte normal oder unnormal ist, kann nur unter sorgfamer Berücksichtigung der in jedem einzelnen Falle vorhandenen und ausnutzbaren Produktionsfaktoren erfolgen. Zum zweiten liegt in Anknüpfung an bereits Ungedeutetes auf der Hand, daß, so steigerungsfähig die Bevölkerungsdichte in einzelnen Ländern mit „unbegrenzten“ Möglichkeiten industrieller Entfaltung erscheinen mag, sie doch in der Gesamtheit der Kulturländer nicht über einen gewissen Grad

hinausgehen kann: Sehr große Volksdichtigkeit der einen Landesteile und ganzer Länder — so drückt Adolph Wagner diese Wahrheit aus — setzt geringere, selbst sehr geringe anderer Landesteile und Länder im In- und Auslande, mit denen Austausch von Produkten und Leistungen besteht, voraus.

Bevölkerungspolitische Folgerungen dürfen freilich aus den statistischen Tatsachen gerade hier nur mit besonderer Vorsicht gezogen werden. Dies liegt an den Schwierigkeiten, die aus der Eigenart der „Bevölkerungsdichte“, ihres Begriffs und ihrer Berechnungsweise resultieren.

Zunächst ist es zwar leicht, die Flächen verschiedener Staaten zu ermitteln und, wie oben (S. 24) geschehen, miteinander zu vergleichen, sofern nur die politischen Grenzen genau festliegen, genügende Vermessungen vorgenommen wurden und man sich darüber entschieden hat, ob Küstengewässer in die Fläche mit einzubeziehen sind oder — was sich mehr empfiehlt — nicht. Anders aber steht es bei der Berechnung der Bevölkerungsdichte, wo gewisse innere Beziehungen zwischen Landgröße und Leutezahl hergestellt werden sollen, wo die Frage sofort auftaucht: Wie ist mit solchen Gebietsteilen zu verfahren, die weder Wohn- noch Nährfläche sind, wie Gewässer, Unland u. dgl.? So pflegen z. B. Inlandseen meist ohne weiteres mitingerechnet zu werden, obgleich sie im Falle größerer Ausdehnung das Endergebnis recht erheblich beeinflussen und Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern oder Landesteilen, von denen der eine sehr reich, der andere sehr arm an Binnengewässern ist, irreführend gestalten können. Ähnlich steht es mit Odland, dessen größere oder geringere Ausdehnung bei sonst gleichartigen Verhältnissen ebenfalls das Bild oft genug verschiebt.

Die in diesen Verhältnissen gegebene Gefahr der Irreführung tritt natürlich umso mehr zurück, je größer die herangezogene Fläche ist, je mehr damit innerhalb ihrer Grenzen sich nach dem auch hier geltenden „Gesetze der großen Zahl“ ein Ausgleich zwischen unbewohnbaren Gegenden einerseits, aus verschiedensten Gründen für dichtere, ja dichteste Besiedelung prädestinierten Strichen andererseits

vollzieht. Unglücklicherweise tritt aber mit vermehrter Größe des Landes ein zweites Bedenken gegen Dichteziffern in den Vordergrund. Es beruht in der häufig nicht genügend beachteten Tatsache, wonach es nur sehr wenig Länder mit so gleichförmiger Gestaltung ihrer geographischen, wirtschaftlichen, sozialen und ethnographischen Verhältnisse gibt, daß ihr Gesamtdurchschnitt die wirkliche Sachlage auch nur einiger ihrer kleineren Verwaltungs- oder geographisch abgegrenzten Gebiete annähernd trafe. So schwanken z. B. in Preußen mit einem Landesdurchschnitt von 115 Einwohnern pro qkm schon die Provinzziffern, die Tabelle 2 (S. 34) wiedergibt, zwischen 56 und 264 und weichen im Durchschnitte um nicht weniger als 46% von jenem ab. Je größer das in Frage stehende Gebiet ist, um so vielgestaltiger sind seine einzelnen Teile, um so weniger auf die Wirklichkeit zutreffend wird die Durchschnittsberechnung.

Hiernach wird man einerseits auf Dichtigkeitsberechnungen für allzu große Gebiete wie die ganze Erdoberfläche, ja vielleicht auch für die einzelnen Erdteile in dem Bewußtsein, daß sie nur arithmetische, aber keine wirtschaftliche Bedeutung haben, ebenso verzichten wie auf ihre Aufstellung für allzu kleine Gebiete wie etwa einzelne Städte, sofern man nicht in der Lage ist, damit eine eingehende monographische Analyse zu verbinden. Im übrigen muß man sich stets vor Augen halten, daß auch die verbleibenden Berechnungen des Statistikers, der hier dem Geographen und seiner Methode das Feld räumen muß, nur einer Orientierung in ganz rohen Zügen und „gröberen Vergleichen“ (Wagner) dienen können.

Unter solchen Vorbehalten ist die Mitteilung aufzunehmen, daß man neuestens die Bevölkerungsdichte (hier wie im folgenden auf die Einheit des Quadratkilometers bezogen) für Europa auf 45,2, für Asien auf 19,5, für Amerika auf 4,5, für Afrika auf 4,1, für Australien auf 0,8 berechnet hat.

Mehr schon besagt die Bildung von Dichtigkeitsziffern für größere Gebiete innerhalb der Erdteile. Dabei zeigt sich, daß die beiden Halbkugeln eigentlich nur vier zusammenhängende größere Komplexe intensiverer Bevölkerungsdichte aufweisen: Zentraleuropa; die zwei südlichen Halbinseln Asiens (Ostindien und China) mit Japan; einen kleinen östlichen Küstenstrich Nordamerikas; Unterägypten. Nur in diesen Gebieten steht die Dichteziffer im allgemeinen über 50. Des weiteren gibt es außerhalb Europas neben dem mittleren Afrika, dessen nördlichem Küstensaum und einigen östlichen Territorien der nordamerikanischen Union nur noch ganz vereinzelt kleine Staaten wie Siam, Liberia, Guatemala, Haiti und Salvador, deren Dichte über 10 pro qkm hinauskommt. Die ganze übrige bewohnte Erde bleibt wesentlich dahinter zurück.

Für die einzelnen europäischen Staaten bietet Tabelle 1 (S. 25) auch die Dichtigkeitsziffern. Bei internationalen Vergleichen an ihrer Hand muß nach dem Ausgeführten besonders die Verschiedenheit der Flächenausdehnungen, welche den einzelnen Berechnungen zugrunde liegen, beachtet werden. Das trifft insbesondere auf exzeptionelle Fälle, wie den Stadtstaat Monaco auf der einen, Rußland auf der anderen Seite, zu. Rußlands Quote steht weit hinter Luxemburg zurück, und doch ist sein westliches Grenzgebiet für sich etwa gleich so dicht wie jenes Großherzogtum besetzt. Ebenso wird z. B. Belgiens anscheinend hohe Ziffer von 252 derjenigen Deutschlands (120) gegenüber im rechten Licht erst erscheinen, wenn ihr die Durchschnittsdichte eines ähnlich großen Gebiets, wie etwa der Rheinprovinz mit 264 Einwohnern auf den qkm entgegengestellt wird. Dagegen würde es wiederum nach der anderen Seite hin irreführen, wollte man etwa nur den 5475 qkm großen nördlichen Teil der Rheinlande, den Regierungsbezirk Düsseldorf, mit seiner

Monsterdichte von 624 zum Vergleich wählen. Alles in allem erhellt aus Tabelle 1 jedoch unzweifelhaft die Bevölkerungskonzentration im Herzen Europas, die ebenso wie das Abflauen namentlich nach Nord und West mit den Ergebnissen unserer Betrachtung der absoluten Zahlen (S. 26) übereinstimmt. Welche Dichtigkeitsunterschiede sich innerhalb des Deutschen Reichs, zwischen den preussischen Provinzen und den größeren (mehr als 1 000 000 Seelen zählenden) Bundesstaaten, vorfinden, läßt Tabelle 2 erkennen.

Tabelle 2.

Bevölkerung und Bevölkerungsdichte  
der preussischen Provinzen und der größeren  
deutschen Staaten.

Provinz (Staat)	Einwohner absolut	1910 pro qkm	1871 pro qkm
Hamburg . . . . .	1 014 664	2448	817
Königreich Sachsen . . . . .	4 806 661	321	171
Rheinprovinz . . . . .	7 121 140	264	133
Westfalen . . . . .	4 125 096	204	88
Hessen . . . . .	1 282 051	167	111
Brandenburg mit Berlin . . . . .	6 163 873	155	72
Baden . . . . .	2 142 833	142	97
Hessen-Nassau . . . . .	2 221 021	141	89
Schlesien . . . . .	5 225 962	130	92
Elßaß-Lothringen . . . . .	1 874 014	129	107
Württemberg . . . . .	2 437 574	125	93
Provinz Sachsen . . . . .	3 089 275	122	83
Bayern . . . . .	6 887 291	91	64
Schleswig-Holstein . . . . .	1 621 004	85	55
Hannover . . . . .	2 942 436	76	51
Posen . . . . .	2 099 831	72	55
Westpreußen . . . . .	1 703 474	67	51
Pommern . . . . .	1 716 921	57	48
Ostpreußen . . . . .	2 064 175	56	49

Die Übersicht zeigt, bei Betrachtung zunächst nur des Zahlenbildes von 1910, daß unter diesen Staaten und Bundesteilen, die von der gesamten Bevölkerung Deutschlands rund 19/20 repräsentieren, der Osten durchweg die geringste Bevölkerungsdichte aufweist, im übrigen aber zwischen Norden, Westen und Süden besonders hervorstechende Unterschiede nicht zu vermerken sind. Wohl aber ist dies der Fall, sobald zu historischer Vergleichung die Volksdichtigkeit früherer Zeiten, etwa diejenige von 1871, herangezogen wird. Abgesehen von dem exzeptionellen Hamburg hat sich danach die Bevölkerungsdichte seit der Reichsgründung in Königreich Sachsen, Rheinprovinz, Westfalen und Brandenburg mit Groß-Berlin etwa verdoppelt. In Hessen, Baden, Hessen-Nassau, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover hat sie sich um etwa die Hälfte verstärkt, in Bayern, Schlesien und Posen um wenig mehr als ein Drittel, in Ost- und Westpreußen sowie Pommern um noch weniger. Der Bevölkerungsschwerpunkt (Center of population) in Deutschland hat sich damit merklich vom Süden nach dem Norden, vom Osten nach dem Westen verschoben. Das ist die dritte große Tendenz in der neuerlichen Gestaltung des Bevölkerungsstandes, die ebenso wie die vordem festgestellten Schwergewichtsverschiebungen zwischen den Erdteilen (S. 24) und zwischen den europäischen Staaten (S. 26) nähere Betrachtung und, soweit möglich, Erklärung in den folgenden Paragraphen erfahren wird.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Naezel, Anthropogeographie, II. Bd., 2. Auflage. Stuttgart 1912. — Raueberg, Art. Bevölkerungswesen I; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, II. Band, 3. Auflage. Jena 1909. — Supan, Die Bevölkerung der Erde, X. bis XII. Heft. Gotha 1912. — Zahn, Die Bevölkerung des Deutschen Reichs im 19. Jahrhundert; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1902.

## § 4. Geburten und Sterbefälle.

Die Bevölkerungszahl der Erde verändert sich lediglich danach, in welchem Maße Menschen durch Geburt hinzu und durch den Tod in Abgang kommen. Die Bevölkerungszahl der einzelnen Erdteile, Staaten und Landesteile aber wird daneben auch wesentlich bedingt durch Aufenthaltsänderungen, Zu- und Abwanderung.

Beide Faktoren der Bevölkerungsbewegung stehen miteinander in kausalen Zusammenhängen. Immerhin ist die erstbezeichnete, die natürliche Bevölkerungsbewegung, unbedingt das Primäre, denn in ihr spiegeln sich die „dynamischen Kräfte“ der Bevölkerungsentwicklung am klarsten wider. Sie verdient daher auch die Behandlung an erster Stelle vor den Wanderungen, die auch als örtliche oder räumliche (weniger glücklich auch soziale) Bevölkerungsbewegung zusammengefaßt werden.

Auch die Art der beiderseitigen statistischen Unterlagen weist auf eine Behandlung der natürlichen Bevölkerungsbewegung an erster Stelle hin. Während, wie noch zu zeigen (S. 129), die Wanderungen, wenn überhaupt, so fast stets nur indirekt statistisch erfaßt werden können, steht für die Betrachtung von Geborenwerden und Sterben reichhaltiges eigenes Zahlenmaterial zu Gebote, das der Wanderungsstatistik noch dazu eine ihrer wesentlichsten Grundlagen bietet. Es ist die Frucht schon mehr als halbtausendjähriger Versuche, die Vorkommnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung, zu denen viele auch die Eheschließungen<sup>1)</sup> rechnen, fortlaufend zu registrieren. Die wesentlichsten Quellen sind für frühere Jahrhunderte die Kirchen-, für die neueste Zeit die Personenstandsregister, die von Staats wegen unter Statuierung des durch Androhung von Strafe und anderer Nachteile gesicherten Meldezwang in fast allen Kulturländern geführt werden. Die wesentlichste Ausnahme ist die nordamerikanische Union, für deren Gesamtgebiet (mit Ausnahme nur weniger Einzelstaaten) noch heute eine gesetzliche Regelung der Registrierung fehlt. Für Deutschland ist das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 maßgebend.

<sup>1)</sup> Mit Unrecht, weil die Eheschließungen ein rein soziales Element darstellen und unmittelbar nur die Qualität, nicht die Quantität der Betroffenen betreffen.

Als den grundlegenden der beiden Faktoren der natürlichen Bevölkerungsbewegung sieht ein neuerer Statistiker (Schnapper-Mundt) das Sterben an, von dessen früherem oder späterem Eintritt die Geburtenmöglichkeit vorwiegend abhängt, und betrachtet darum die Sterbefälle vor den Geburten. Der umgekehrte, sonst wohl von allen Seiten eingeschlagene Weg erscheint aber richtiger; bedingen doch die Geburten die Sterbefälle viel unmittelbarer. Ohne sie wäre „Bevölkerung“ überhaupt nicht vorhanden, und, wenn sie auch nicht ohne weiteres für das Endergebnis, die „Bilanz“ des natürlichen Menschenwechsels maßgebend sind: als Ausdruck des „Strebens der Volkskraft nach Erhaltung und Fortpflanzung“ gebührt ihnen das weitaus stärkere Interesse.

Geburt im freilich ungenauen, aber nun einmal eingebürgerten Sprachgebrauch der Bevölkerungswissenschaft ist nicht gleichbedeutend mit Entbindung. Unter Geburtenzahl wird die Zahl der Geborenen verstanden, die (infolge der Zwilling- und Mehrgeburten) etwas größer ist als die Zahl der Entbindungen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird dieser Sprachgebrauch — trotz des schon von manchem eifrigen Sprachreineren dagegen erhobenen Einspruchs — auch im folgenden beibehalten.

Die Geburten scheiden sich nach der Lebensfähigkeit in Tot- und Lebendgeburten; nach dem Geschlecht (vgl. unten S. 85) in männliche und weibliche; nach dem Familienstand (vgl. S. 116) in eheliche und uneheliche. Alle diese Unterscheidungen haben, da es vorerst nur gilt, den Wechsel der Bevölkerungszahl zu untersuchen, zunächst zurückzutreten, mit Ausnahme allein der ersten Differenzierung. Tot-, ebenso wie Fehlgeburten haben an sich, ähnlich der Vereinigung von Mann und Weib ohne Empfängnis, überhaupt kein bevölkerungswissenschaftliches Interesse und gehören in das Forschungsgebiet der Medizinalstatistik; höchstens ist der Einfluß, den ihre größere oder geringere Häufigkeit indirekt auf das Mehr oder Weniger der Lebendgeburten ausübt, hier

zu beachten. Nach dieser Richtung genügt aber der Hinweis darauf, daß dank der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und den Fortschritten der ärztlichen Kunst in allen Staaten, für die überhaupt zuverlässige Angaben vorliegen, die Totgeburten im Verhältnis zur Gesamtheit der Geburten wie auch meist absolut abnehmen. In Deutschland ist ihre Zahl von rund 75 000 gleich 4,1% aller Geburten in Mitte der 70er Jahre auf noch nicht 60 000 (1911: 56 310) gleich etwa 3% (1911: 2,92%) der Gesamtzahl gesunken. Wesentlich niedriger noch ist die Quote namentlich in den skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen, während sie sich in den westlichen Nachbarländern Belgien, Holland und Frankreich mit 4 bis 4½% wesentlich höher, in Japan gar auf 8,7% (1909) stellt. Es muß freilich dahin gestellt bleiben, ob diese internationalen Unterschiede nicht zum Teil lediglich auf Ungenauigkeit der Statistik (Zählung kurz nach der Geburt Verstorbener als Totgeborene u. dgl.) zurückzuführen sind.

Lebend kommen in Deutschland alljährlich rund 2 Millionen (1911: 1 870 729) Kinder zur Welt, d. h. nicht viel weniger, als das Großherzogtum Baden überhaupt Einwohner hat. Rußland produziert demgegenüber gegenwärtig beispielsweise rund 5, Österreich-Ungarn rund 1¾, Großbritannien und Italien je zwischen 1 und 1¼, Frankreich ¾ Millionen Menschen im Jahr. Diese absoluten Zahlen verdienen größere Beachtung, als man ihnen gemeinhin schenkt. Weit mehr freilich ist aus ihnen für die Erkenntnis von Wesen und Gestaltung der den Bevölkerungsstand bedingenden Faktoren zu entnehmen, wenn sie ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt, d. h. wenn die Geburtenziffern (Geburtenfrequenzen) berechnet werden. Die „Natalität“ (Geburtlichkeit) ist — zunächst ganz allgemein gesprochen — bedingt durch die Zahl der Zeugungsfähigen sowie den Willen und den Er-

folg der Zeugungstätigkeit. Sie stellt sich für die wichtigsten Staaten und im Vergleiche der Gegenwart mit der Vergangenheit wie folgt dar, wobei soweit angängig zwecks möglicher Auscheidung von Zufälligkeiten einzelner Jahre Durchschnitte von Jahrzehnten eingestellt worden sind:

Tabelle 3.

Geburtenziffern 1851 bis 1910.

(Punkte bedeuten das Fehlen zuverlässiger Daten.)

Staat	Auf je 1000 Einwohner entfielen jährlich						
	Lebendgeborene						
	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1910	1910 ins- besondere
Deutsches Reich . . .	35,3	37,2	39,1	36,8	36,1	33,4	29,8 <sup>1)</sup>
Frankreich . . . . .	26,2	26,1	25,4	23,9	22,1	20,7	19,7
Belgien . . . . .	30,4	32,2	32,7	30,2	28,9	26,7	23,8
Niederlande . . . . .	33,3	35,7	36,4	34,2	32,5	30,7	28,6
England . . . . .	34,2	35,4	35,5	32,5	30,0	27,2	24,8
Schottland . . . . .	33,9	35,0	34,9	32,3	30,7	28,0	25,2
Irland . . . . .	.	26,3	26,5	23,4	23,0	23,3	23,3
Dänemark . . . . .	32,5	30,7	31,5	31,9	30,2	28,7	27,5
Norwegen . . . . .	33,0	30,9	30,9	30,8	30,3	27,6	26,1
Schweden . . . . .	32,8	31,4	30,5	29,0	27,1	25,8	24,8
Europ. Rußland . . .	.	48,9	49,3	47,2	47,1	rd. 47 <sup>2)</sup>	.
Österreich . . . . .	36,9	38,2	39,0	38,0	37,1	35,0	32,4
Ungarn . . . . .	41,0	43,0	43,4	44,2	40,5	36,8	35,6
Schweiz . . . . .	.	.	30,8	28,1	28,7	27,4	25,0
Rumänien . . . . .	.	33,0	35,0	41,4	40,6	40,0	39,9
Serbien . . . . .	.	44,6	40,5	45,0	41,7	38,7	39,0
Bulgarien . . . . .	.	.	.	.	39,4	41,1	1909: 40,3
Griechenland . . . .	.	28,5	27,6	26,6	.	.	.
Italien . . . . .	.	37,6	36,9	37,8	34,9	32,5	32,9
Spanien . . . . .	.	37,6	37,9	36,2	34,8	34,5	33,1
Portugal . . . . .	.	30,7	32,4	33,2	30,6	31,7	1909: 30,7
Japan . . . . .	.	.	24,1	28,3	29,8	32,9	1909: 34,2
Australien . . . . .	.	40,9	36,8	34,8	29,4	26,6	26,7

Die während des behandelten Zeitraumes in den einzelnen Staaten erreichten Maximalquoten sind kursiv gedruckt.

1) 1911: 28,6. 2) Soweit bisher festgestellt.

Aus der Übersicht ist dreierlei zu entnehmen: Erstens zeigt sich, daß die moderne Kulturbefölkerung allgemein ihre Vermehrungsfähigkeit bei weitem nicht voll ausnutzt. Während als physiologisch möglich — bei voller Ausnutzung der männlichen Zeugungs- und der weiblichen Gebärkraft — eine Geburtenziffer von etwa 100‰ auch für europäische Verhältnisse nicht zu hoch gegriffen ist, hat sie sich tatsächlich im Höchspunkte des ganzen Jahrhunderts nirgends über 40 bis (in einzelnen Ländern und Jahren) 50‰ gestellt.

Zweitens lehrt eine internationale Vergleichung der Geburtenziffern des gleichen Jahres außerordentlich große Verschiedenheiten. Die Extreme sind z. B. rund 20 (Frankreich) und über 40‰ (Rußland und Bulgarien). Deutschland stand im Jahre 1910 unter 22 angeführten Staaten in der Mitte an elfter Stelle, übertroffen von Rußland, Österreich-Ungarn, Spanien, Portugal, Japan und den nördlichen Balkanstaaten, während die sonstigen Länder germanischer Kultur, z. T. recht erheblich, zurückstehen. Im Generaldurchschnitte ist die Natalität Südwesteuropas nach den letzten Berechnungen auf etwa 26, Mitteleuropas auf etwa 28, Nordwesteuropas auf etwa 25, Osteuropas auf etwa 40 anzunehmen. Die menschenproduzierende Kraft des Ostens tritt grell hervor.

Drittens und vor allem läßt eine historische Vergleichung erkennen (und bei weiterem Zurückgehen in die Vergangenheit findet dies Bestätigung), daß, während für das Mittelalter und ebenso z. B. für das 18. Jahrhundert eine ziemlich gleichbleibende Geburtenquote in den meisten Ländern anzunehmen ist, das 19. und das beginnende 20. Jahrhundert ganz bedeutende Schwankungen gebracht haben. Die erste Jahrhunderthälfte zeigte mit der Wiederkehr gesicherter Zustände in Wirtschaft und Politik nach den Napoleonischen Kriegen zunächst bis 1830 ein starkes Ansteigen der Geburtenziffern,

dann vorübergehend in den meisten Staaten ein Sinken und seit Mitte des Jahrhunderts (vgl. Tabelle 3) wieder ein Steigen der Kurve, bis etwa zur Zeit der Reichsgründung. Im Jahrzehnt 1871/80, im einzelnen auch teils früher, teils später, bricht sie ab, um einem starken, bis jetzt ununterbrochenen Sinken der Geburtenziffer Platz zu machen. Das ist, mit Abweichungen im einzelnen und nur mit wenigen, noch zu berührenden Ausnahmen, der typische Verlauf in nahezu allen Kulturstaaten gewesen.

Der moderne Rückgang der Geburtenziffern ist das wichtigste dieser Ergebnisse. Er bedeutet eine neue Periode in der Geschichte der zivilisierten Völker, eine Periode, in der bereits manche Soziologen den Anfang vom Ende der davon betroffenen Nationen und damit also auch Volkswirtschaften erkennen. In Frankreich ist er bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts wirksam und schon seit dessen Mitte Gegenstand öffentlicher Sorge. Lange Zeit hindurch sahen die französischen Bevölkerungspolitiker die „patriotisch-politische Angst vor der Erschöpfung der bevölkerungserhaltenden Volkskraft“ gewissermaßen als ihr Monopol an. Seit den 70er Jahren aber ist dieselbe Erscheinung zunächst in den angelsächsischen Ländern (England und Australien) und in der allerletzten Zeit in Nord- und Mitteleuropa so nachhaltig und wuchtig aufgetreten, daß es auch in Deutschland nicht mehr angeht, sich in allzu weitgehendem Optimismus nach dem Vorgange mancher im übrigen sehr angesehenen Theoretiker (z. B. Conrad, von Firds, Mischler und Wagner) über sie als eine lediglich vorübergehende Erscheinung zu trösten, die „nicht definitiv“ sei und ebenso bald einem neuen Ansteigen der Kurve Platz machen werde, wie etwa die sinkende Geburtenziffer um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Dieser Trost sinkt in sich zusammen, wenn festgestellt wird, daß jener Rückgang der Natalität vor einem halben Jahrhundert lediglich

auf den gleichzeitigen Rückgang der Eheschließungen zurückzuführen war. Trotz Herabminderung der Geburtenziffer lag also damals keine Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit vor, und jene mußte bei wieder zunehmenden Heiraten automatisch wieder steigen, sobald die Teuerungs- und Notjahre sowie die ungünstigen politischen Zeitverhältnisse überwunden waren. Heute liegen die Dinge ganz anders. Daß eine besonders ungünstige Wirtschaftslage für die gegenwärtige Entwicklung nicht maßgebend ist, liegt angesichts der allenthalben gerade in den letzten Jahrzehnten vor sich<sup>1)</sup> gegangenen Steigerung der Lebenshaltung namentlich der breiten Masse des Volks (vgl. unten S. 151) auf der Hand. Daß aber auch eine etwa hier und dort in mäßigem Umfange zu beobachtende Verminderung der Eheschließungen (vgl. unten S. 111) die Erklärung nicht bietet, lehrt die Berechnung der ehelichen Fruchtbarkeitsziffern, d. h. des jährlichen Verhältnisses der ehelichen<sup>2)</sup> Lebendgeburten zu je 1000 verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter, nach der Norm also unserer klimatischen Verhältnisse im Alter von 15 bis 49 Jahren. Allerdings eignet sich diese eheliche Fruchtbarkeitsziffer angesichts der in den einzelnen Länderstrichen verschiedenen Begrenzung der Gebärfähigkeit wenig für Vergleichen der Länder untereinander. Für den historischen Vergleich aber innerhalb derselben Länder — und um diesen handelt es sich jetzt — geben sie den besten Maßstab. Nach den Berechnungen der „Statistique Internationale du mouvement de la population“ (vgl. oben S. 18), ergänzt durch Angaben Oldenbergs, ist die eheliche Fruchtbarkeit ohne Aufenthalt, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt bis zu 1895/1905<sup>2)</sup> gesunken: in Deutschland von 268 in den 70er Jahren auf 243, in Frankreich von 179 in der Jahrhun-

<sup>1)</sup> Die Zahl und Bewegung der unehelich Geborenen, die ja in starker Minderheit sind (vgl. S. 116), fällt für die ganze Frage nur wenig ins Gewicht.

<sup>2)</sup> Daß seitdem die gleiche Entwicklung ihren ungestörten Fortgang genommen hat, lehrt ein Blick auf Tabelle B.

bertmitte auf 134, in Belgien von 276 auf 213, in Holland seit etwa 1870 von 294 auf 272, in England von 252 auf 203, in Schottland von 278 auf 235, in Dänemark von 244 auf 217, in Norwegen von 262 auf 247, in Schweden von 248 auf 219, in der Schweiz von 246 auf 225, in Ungarn von 234 auf 215, in Österreich neuerdings von 250 auf 245, in Neusüdwaales schließlich — um dies noch als typisch für Australien zu nennen — binnen nur zweier Jahrzehnte von 340 auf 227.

Das Problem der Geburtenabnahme wird so zum Problem des Rückgangs der ehelichen Fruchtbarkeit. Zu seiner Beurteilung ist vor allem die richtige Erkenntnis der Ursachen erforderlich. Über diese aber herrscht in der Literatur keineswegs Übereinstimmung, so daß darauf näher eingegangen werden muß.

Das Maß der Fortpflanzungsfähigkeit richtet sich, wie (S. 38) angedeutet, in erster Linie nach dem Anteil der jugend- und zeugungskräftigsten Elemente an der Bevölkerung, d. h. also nach dem Altersaufbau der Bevölkerung. Noch 1902 hat Adolph Wagner die Behauptung aufgestellt, daß dieser Altersaufbau zum mindesten in Deutschland sich während der letzten Jahrzehnte wesentlich zu ungunsten der Fortpflanzungsfähigkeit verändert habe und zwar einerseits infolge der eingetretenen Verschiebung des Schwergewichts der Bevölkerung in die höheren Altersklassen, andererseits infolge der Auswanderung vorwiegend männlicher und in voller Lebenskraft befindlicher Personen. Auf Grund dieser Anschauung gelangte der große Gelehrte dazu, in dem somit rein formal erklärten Geburtenrückgang eine „optische Täuschung“, einen harmlosen Vorgang, von dem die Fruchtbarkeit innerhalb der Ehen in keiner Weise berührt werde, zu sehen. Die beiden tatsächlichen Annahmen aber, auf denen Wagner fußte, haben sich als irrig erwiesen. Die Abnahme der Sterblichkeit ist in Deutschland und ebenso in anderen Staaten gerade den fort-

pflanzungsfähigsten Altersklassen am meisten zugute gekommen; deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ist nicht gesunken, sondern vielmehr gestiegen (vgl. unten S. 94). Ferner mag die Gestaltung der Auswanderung zwar, worauf u. a. Brentano hinweist, in manchen Ländern, wie z. B. Italien, Österreich, Ungarn, einigen Balkanstaaten, Spanien und Portugal, eine gewisse Wirkung nach der bezeichneten Richtung ausgelöst haben; in anderen Ländern ist die Auswanderung während der letzten Jahrzehnte nicht gestiegen, sondern gesunken. Und gerade für Deutschland, wo noch Anfangs der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts jährlich über 100 000, 1912 dagegen nur noch 18 545 Personen (vgl. unten S. 82) über See auswanderten, trifft dies zu. Also auch hier liegen die Dinge gerade umgekehrt, als wie sie Wagner annahm. Der Altersaufbau in Deutschland und in anderen Kulturstaaten hat sich somit allerdings in den letzten Jahrzehnten geändert, aber in einer Weise, die unter sonst gleich gebliebenen Verhältnissen nicht eine Geburtenabnahme, sondern eine Geburtenzunahme hätte erwarten lassen müssen. Wenn trotzdem jene eingetreten ist, so wiegt dies um so schwerer.

Auf den ersten Blick einleuchtender mag der von anderer Seite erfolgte Hinweis auf eine Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit infolge einer Verschlechterung der Rasse im allgemeinen erscheinen. Jedoch ist der Beweis dafür, daß eine solche Degeneration wirklich Platz gegriffen hat, bisher noch von keiner Seite, weder für das männliche, noch für das weibliche Geschlecht erbracht worden. Angesichts der Zunahme der mittleren Lebensdauer (vgl. S. 75) und der starken Minderung der Sterblichkeit dürfte er auch kaum Aussicht auf erfolgreiche Führung haben (vgl. unten S. 98). Vielleicht aber ist, wenn auch keine Verschlechterung der Rasse im allgemeinen, so doch eine solche in bezug auf die Fortpflan-

zungsfähigkeit insbesondere vorhanden. Dies ist schon vor geraumer Zeit von Thomas Doubleday (1790 bis 1870) in seinem „Bevölkerungsgesetz“ (1842) und von Herbert Spencer (1820 bis 1903) in seinen „Prinzipien der Biologie“ (1864 bis 1867) behauptet und in später vielfach auch von anderer Seite aufgegriffenen Theorien erörtert worden.

Doubleday stellt den, namentlich von sozialistischer Seite (Bebel) akzeptierten Satz auf: Überernährung ist beim Menschen ebenso wie im Tier- und Pflanzenreich ein Hindernis der Vermehrung. Die Richtigkeit dieses Satzes wird nicht bestritten. Für die Erklärung des Geburtenrückgangs aber, der darnach also auf die zunehmende Überernährung der Bevölkerung zurückzuführen wäre, ist sein Inhalt ohne Belang, weil die Schicht der durch Überernährung „Gefährdeten“ unter allen Umständen nur ~~eine~~ sehr dünne ist und darum auf die Geburtenziffer der Gesamtheit, hinsichtlich derer von Überernährung sicherlich keine Rede sein kann (vgl. S. 163), einen entscheidenden Einfluß nicht gewinnt. Ein mehrfach angeführtes Gegenbeispiel ist auch der englische Adel, der schon seit Jahrhunderten recht reichlicher Ernährung und, nach seinen genealogischen Handbüchern, dessen ungeachtet stattlicher Nachkommenschaft sich erfreut.

Spencers Grundlehre, die einen neueren Verfechter namentlich in Alfred Rössig gefunden hat, läßt sich wie folgt zusammenfassen: Je höher ein Organismus steht, um so geringer ist seine Fortpflanzungsfähigkeit. Dies trifft wie auf die Pflanzen und Tiere, so auch auf den Menschen zu. Diesem hat die Natur eine bestimmte Menge Kraft gegeben. Je mehr er von dieser Kraft für Hand- oder aber und vor allem für geistige Arbeit verwendet, um so weniger bleibt für die Fortpflanzungsfähigkeit übrig. Wäre diese Theorie richtig, so hätte damit allerdings der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte eine zum mindesten teilweise ausreichende Er-

klärung gefunden. Aber auch hier mangelt die Beweiskraft. Mit der Hypothese von dem die Fortpflanzungsfähigkeit schädigenden Einflusse körperlicher Arbeit will die Tatsache nicht zusammenstimmen, daß gerade in den östlichen Ländern Europas, wo die Arbeit der Frauen die härteste zu sein pflegt, die Geburtenziffern sich am höchsten stellen. Und was Deutschland angeht, so hat hier in den letzten Jahrzehnten die körperliche Anstrengung namentlich auch der Frauen infolge der Arbeiterschutzgesetzgebung (vgl. unten S. 166), der Mechanisierung des Gewerbes, der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit usw. eher ab- als zugenommen. Gegen die Hypothese von der Verursachung fallender Geburtenraten durch zunehmende Gehirnarbeit aber ist einmal anzuführen, daß ein schlagender Beweis für diesen Zusammenhang hat noch nicht erbracht werden können, da den oft angeführten Männern von außergewöhnlicher Leistungsfähigkeit mit nur geringer Nachkommenschaft nicht weniger Beispiele gegenüberstehen, die eine sehr große eheliche oder uneheliche Nachkommenschaft gehabt haben. Zum anderen trifft die Bemerkung Julius Wolfs zu, wonach, selbst wenn solcher Zusammenhang zwischen geistiger Arbeit und Fortpflanzungsfähigkeit bestünde, damit doch noch keine Erklärung für die so rasch sinkenden Geburtenziffern gegeben sei, da diese nicht nur die „Gehirnarbeiter“, sondern auch die in der weitaus überwiegenden Mehrzahl befindlichen „Handarbeiter“ betreffen.

Ohne Zweifel recht haben dagegen diejenigen, welche einen ungünstigen Einfluß der Geschlechts- und Geisteskrankheiten auf die Fortpflanzungsfähigkeit annehmen. Eine von Brownell durchgeführte Vergleichung der Geburtenziffern und der Zahl der Todesfälle infolge geistiger Umnachtung für die Staaten der Union ist nach dieser Richtung lehrreich. Deshalb ist es aber noch nicht berechtigt, den Geburtenrückgang — wie geschehen — großenteils aus der Zunahme dieser Er-

krankungen zu erklären. Die Zahl der Geisteskranken ist doch alles in allem allzu gering, als daß eine, in ihrem Ausmaß übrigens sehr unstrittene und nur schwer feststellbare Zunahme (vgl. unten S. 103) den Rückgang der Fruchtbarkeit auch nur zum erheblichen Teil erklären könnte, und hinsichtlich der Geschlechtskrankheiten ist eine Vermehrungstendenz überhaupt nicht erwiesen (vgl. S. 122), ganz abgesehen davon, daß diejenigen Geschlechtskrankheiten, als deren Folge eine nachhaltige Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit sich einzustellen pflegt, nicht so verbreitet sind, daß ganze Völker dadurch berührt würden. In ähnlicher Weise versagt auch der Hinweis auf den Alkoholismus als die Ursache der sich mindernden Geburtenziffern, da er neuerdings (vgl. unten S. 122) eher ab- als zugenommen hat.

Als letzte Ursache physischer Art kommen noch etwaige Rassenveränderungen innerhalb der einzelnen Staaten in Betracht. Dies Argument haben z. B. australische Optimisten zur Erklärung des dortigen Geburtensturzes verwandt. Abgesehen davon aber, daß diese Annahme gerade im Falle Australiens von Coghlan als den Tatsachen widersprechend ad absurdum geführt worden ist, muß allgemein bestritten werden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse ebenso wie zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft an sich die Fruchtbarkeit irgendwie wesentlich beeinflusst. Die nicht selten geäußerten Behauptungen, daß z. B. den Slaven als Rasse- und den Katholiken als Religionseigentümlichkeit eine besonders hohe, den Juden dagegen eine besonders geringe Geburtlichkeit eigne, erledigt sich schon durch folgende Feststellungen: Die Oberpfalz und Niederbayern mit rein germanischer Bevölkerung weisen ebenso wie der preussische Bezirk Münster eine höhere eheliche Fruchtbarkeit auf als der Regierungsbezirk Posen und die übrigen stark polnischen Gebiete des Ostens. Die ganze rückläufige Geburtenbewegung

hat ihren Ausgangspunkt in dem durch und durch katholischen Frankreich genommen und zwar schon zu einer Zeit, als dort die klerikale Macht noch im Zenit stand. | Ebenso ist der Geburtenrückgang in anderen katholischen Ländern, wie Belgien, Osterreich, Spanien, Italien und Ungarn stärker vor sich gegangen als z. B. im vorwiegend evangelischen Preußen. Die auffallend geringe Geburtenzahl der deutschen Juden schließlich ist erst eine ganz neue Erscheinung. Bis 1860 war in Preußen die Fruchtbarkeit bei den Israeliten höher als bei den Christen, und das gleiche trifft noch heute in anderen Ländern, wie u. a. in Bulgarien, zu.

Nach alledem ist eine Rückführung der Geburtenabnahme insbesondere Deutschlands auf eine Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit in jeder nur irgend möglichen Weise abzulehnen; es fehlt nicht am Können, sondern am Wollen. Wenn aber der Wille ganzer Nationen Jahrzehnte hindurch nach einem gleichen Ziele gerichtet ist, so muß dem auch, wenn auch vielleicht neben im einzelnen verschiedenen Nebenursachen geringerer Bedeutung — es sei z. B. an die zweifellos den „Willen zur Geburt“ beeinträchtigenden Schutzvorschriften hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit (vgl. unten S. 166) erinnert, auch an direkte Einwirkungen anderer Zweige der Gesetzgebung, insbesondere des Erbrechts, ferner an die zunehmende berufliche Tätigkeit der Frauen, die durch Geburt und Pflege von Kindern eine Hemmung erfährt, — eine gemeinsame Ursache zugrunde liegen. Bei der Erforschung dieser Hauptursache hat man geglaubt, bestimmte Regeln für die Entwicklung der Geburtlichkeit, experimentelle „Bevölkerungsgesetze“ finden zu können. Deren heute wichtigstes ist schon in den 60er Jahren, bezeichnenderweise in Frankreich, aufgestellt, seitdem vielfach rein theoretisch wie auch an der Hand scheinbar exakter statistischer Untersuchungen wieder und wieder

begründet und neuerdings gerade in Deutschland mit besonderem Nachdruck von Brentano in München und dessen Schülern (namentlich Mombert in Freiburg) vertreten worden. Es lautete in seiner weitesten und ältesten Fassung: „Mit fortschreitender Volksdichtigkeit, größerem Wohlstand und höherer Kultur geht die Zahl der Geburten zurück.“ Der erste Teil dieser These ist bald wieder aufgegeben worden, angesichts der Tatsache, daß mehrfach gerade Länder mit höchster Volksdichtigkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts besonders beträchtliche Geburtenquoten aufwiesen und noch heute aufweisen, wie ein Vergleich der beiden Tabellen 1 (S. 24) und 3 (S. 39) ohne weiteres ergibt. Dafür hat der verbleibende Teil der These eine um so schärfere Formulierung gewonnen, von Beroh-Beaulteus' ziemlich allgemeiner Fassung „La civilisation réduit considérablement la natalité“ bis zu der scharfen Pointierung Brentanos: „Mit zunehmendem Wohlstand nimmt die Geburtenziffer ab“ und Momberts: „Der Nachweis ist erbracht, daß das Sinken der ehelichen Fruchtbarkeit in den letzten Jahrzehnten auf die gleichzeitige Zunahme von Wohlstand und Kultur zurückzuführen ist“. Mit zunehmendem Wohlstand, sagen die Wohlstandstheoretiker, wächst die rechnerische Voraussicht und die Konkurrenz neuer Genüsse mit der Freude an einer großen Familie, die nicht mehr so hoch bewertet wird wie andere Freuden, die man sich mit den ersparten, sonst für Kindererziehung benutzten Mitteln verschaffen kann.

Zugegeben nun auf Grund täglicher Erfahrung, daß in diesen beiden Momenten in der Tat wesentliche Ursachen des Geburtenrückgangs gegeben sind, so bleibt natürlich noch zu beweisen — und zwar, da es sich ja um Massenerscheinungen handelt, auf breiter statistischer Grundlage —, daß ihre gegen früher gesteigerte Wirksamkeit gerade auf den vermehrten

Wohlstand zurückzuführen ist. Diese Beweisführung ist denn auch mannigfach versucht worden und wird von der noch bis in die allerletzte Zeit hinein herrschenden Theorie als erbracht angesehen auf Grund folgender statistischer Tatsachen und Erwägungen:

1. Zunächst allgemein betrachtet, fällt der Parallelismus zwischen dem Wachstum des Wohlstandes und der neuerlichen Abnahme der Geburten in allen Kulturstaaten in die Augen. Es liegt nahe, aus der Gleichzeitigkeit die Ursächlichkeit zu folgern.

2. Die Vermutung scheint zur Gewißheit zu werden auf Grund einer langen Reihe von Einzeluntersuchungen, die sämtlich in dem Ergebnis enden: Je größer die Wohlhabenheit, um so geringer die Geburtenzahl.

So hat Talquist für die französischen Departements einen umgekehrten Parallelismus der Geburtenhäufigkeit mit der Höhe der Mobiliar-, Tür- und Fenstersteuererträge, Brentano einen solchen mit der Höhe des Anteils der selbständigen Grundbesitzer an der Gesamtbevölkerung dargetan, bezgleichen Mombert für die einzelnen Gebiete Deutschlands mit der Zahl der Sparkassenbücher. Mit gleichem Resultate stellte Passy wohlhabende Bourgeois- und Fabrikstädte mit starker Arbeiterbevölkerung, Bertillon innerhalb Paris die Arrondissements mit großer und diejenigen mit geringer Dienstbotenhaltung, innerhalb einiger anderer Weltstädte die verschiedenen Stadtteile nach deren Wohndichtigkeit und Mietpreishöhe einerseits, Geburtenhäufigkeit andererseits gegenüber. In ähnlicher Weise — unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Mietwerte als des Maßstabes der Wohlhabenheit — hat Kiaer Berlin, Verrihn-Stuart Rotterdam, Dordrecht und 40 holländische Landgemeinden, neuerdings Mombert sieben deutsche Großstädte eingehend untersucht. Derselbe Autor hat geglaubt, auf Grund früherer Ermittlungen — hier waren Rubin und Westergaard mit ihrer Untersuchung von 34 075 Kopenhagener Familien vorbildlich — wie auch nach eigener Beobachtung eine im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsschichten geringere Geburtenhäufigkeit in Berufs- und Erwerbszweigen mit höherer sozialer Stellung und im allgemeinen höherem Einkommen feststellen und ebenso das stärkere Sinken der Geburtenziffern in den großen

Städten gegenüber dem platten Lande auf deren größere Wohlhabenheit zurückführen zu können. In gleicher Richtung bewegen sich die Untersuchungen Del Vecchio's, der für die Bezirke Italiens einen mit sinkender Zahl der Analphabeten (Steigen der sozialen Schichtung), und Leroy-Beaulieu's, der für die Provinzen Belgiens eine mit steigenden Durchschnittssätzen der Arbeiterlöhne abnehmende Geburtenquote ermittelt hat. Schließlich haben Sidney und Beatrice Webb, um noch auf eine besonders interessante Spezialarbeit hinzuweisen, an der Hand der Rechnungsergebnisse betreffend die Wochenbettunterstützungen der größten, 272 000 Mitglieder zählenden gewerkschaftlichen Unterstützungskasse Englands dargetan, wie innerhalb dieser besonders hochwertigen Arbeiterschicht die Geburten weit stärker abgenommen haben als im Landesdurchschnitte.

Wenn der aus all dem gefolgerte, ursächliche Zusammenhang zwischen Zunahme des Wohlstandes und Abnahme der Geburten wirklich als „Gesetz“ bestünde, so würde Deutschland ebenso wie andere Kulturländer — mag es nun die von Brentano auch in diesem Zusammenhang empfohlene Freihandelspolitik betreiben oder nicht — vor einem unabwendbaren Fatum stehen, wenn anders es nicht (ein absurder Gedanke!) auf weitere Hebung seines Nationalwohlstandes mit Bewußtsein verzichten wollte. Erfreulicherweise ist dem aber nicht so.

So schlagend und schlüssig jenes umfangreiche, mit manchem klangvollen Namen verbundene Material! auch erscheinen mag: strengerer Kritik hält die Wohlstandstheorie nicht stand, und ihr Beweismaterial muß für ungenügend erklärt werden. Schon vor Jahrzehnten hat Wagner die ersten Versuche der Wohlstandstheoretiker, als „einer gewissen Neigung, sich über unangenehme oder für unangenehm geltende Tatsachen hinwegzusetzen“ entsprungen, abgelehnt. Neverdings haben gegen die immer weitere Kreise ergreifende Anschauung gleicher Richtung in bedeutamen Veröffentlichungen vor allem (vgl. Literatur-

nachweis auf S. 76) Oldenberg und Wolf schlagende Einwände erhoben<sup>1)</sup>.

Stutzig macht schon die Tatsache, daß keiner der Wohlstandstheoretiker der Meinung ist, daß — wie doch nur logischer Schluß e contrario wäre — entsprechend der geburtenmindernden Tendenz steigenden Wohlstandes sinkendem eine geburtenvermehrende Kraft innewohne. Im Gegenteil, es wird hie und da gelegentlich auch Wohlstandsminderung (Teuerung u. dgl.), in unwillkürlichem Anklang an die frühere Doktrin von dem umgekehrten Parallelismus zwischen der Höhe der Getreidepreise und der Zahl der Geburten, als Ursache der Geburtenabnahme angenommen. Oldenberg hat recht, wenn er angesichts dessen folgert: „Wir kämen dann zu dem Resultate, daß sowohl Zu- und Abnahme, also jede Veränderung des Wohlstandes die Geburten beeinflusse“ und fragt: „Was soll ein Parallelismus von Geburtenrückgang und Wohlstand eigentlich noch beweisen, wenn der Geburtenrückgang nicht nur durch steigenden, sondern auch durch sinkenden Wohlstand verursacht werden kann?“ Weit gewichtiger aber als dieser Allgemeineinwand sind folgende Einzeleinwände:

Zu 1: Hier liegt der Fehler einerseits, wie besonders nachdrücklich von Diezel betont worden ist, in der Beobachtung eines zu kurzen Zeitraumes, eben nur der allerletzten Jahrzehnte, und anderseits in der Nichtbeachtung der so verschiedenen Tempos und Anfangstermine der Entwicklung in den einzelnen Ländern. England hat gerade in der Zeit seines mächtigsten wirtschaftlichen Aufschwungs, der nicht im min-

<sup>1)</sup> An dieser Stelle darf wohl bemerkt werden, daß ich bereits vor dem Erscheinen der Oldenbergschen und Wolffschen Arbeiten (1911 und 1912) in einer (ungebrachten) Antrittsvorlesung an der Universität Bonn (Mai 1910) mit gleichen Gründen wie die genannten Autoren die Wohlstandstheorie kritisiert und zurückgewiesen habe. Aus fast der gleichen Zeit stammt auch bereits das, seitdem nur auf Grund der neueren Erscheinungen mehrfach ergänzte, aber im wesentlichen doch unverändert gebliebene Manuskript der einschlägigen Ausführungen dieses Buches.

desten weniger „ständig“ und alles in allem weit stärker war als die heutige Emporbewegung, bis zum Jahre 1880 anhaltend steigende Fruchtbarkeitsziffern gehabt. Das gleiche trifft für Schweden, wird das ganze Jahrhundert in Betracht gezogen, zu; ferner für Holland in seiner großen Entfaltungsperiode von 1860 bis 1879<sup>1)</sup> und für Japan, das bei erheblichem Kulturfortschritte sich noch heute einer stark steigenden Natalität erfreut. Auch steht, worauf Wolf besonders hinweist, wie für andere Kulturländer so für Deutschland fest, daß erstens das Steigen der Wohlhabenheit bei der großen Masse der Bevölkerung viel früher eingesetzt hat als der Geburtenrückgang, also jedenfalls ein halbes Jahrhundert hindurch eine geburtenmindernde Wirkung nicht ausgeübt hat, und daß zweitens gerade seit Mitte der 70er Jahre die Zunahme der Wohlhabenheit bei all ihrer Bedeutung doch nicht so ungeheuer gewesen ist, daß daraus ein völlig anderes Verhalten der Masse bei einem so wichtigen Lebensvorgang, wie ihn die Fortpflanzung bedeutet, erklärt werden könnte. Allerdings wird versucht, derlei Hinweise durch die Behauptung zu entkräften, daß die geburtenmindernde Wirkung des Wohlstandes sich erst einstelle, wenn dieser ein bestimmtes Niveau erreicht habe. Wie ist es aber dann zu erklären, daß auch in Ländern, deren heutiger Wohlstand sich noch nicht entfernt mit demjenigen Deutschlands in den 70er und 80er Jahren messen kann, die Geburtenziffern stark gesunken sind und zwar zum Teil, wie z. B. in Australien, schon früher und weit schneller als in Deutschland und anderen diesem vergleichbaren Ländern? Das Ausmaß des Wohlstandes kann ebenfalls die Erklärung nicht bieten.

Zu 2: Die zahlreichen Einzeluntersuchungen leiden zu-

<sup>1)</sup> Der Versuch M o n b e r t s, für die ansteigende Geburtenziffer der Niederlande von 1860 bis 1879 lebiglich die Bewegung der Eheschließungen haftbar zu machen, scheitert daran, daß auch die ehelichen Fruchtbarkeitsziffern während dieser Zeit gewachsen sind.

nächst an einem logischen Grundfehler. Es wird übersehen, daß ein wesentlicher Unterschied darin liegt, ob es sich bei einem derartigen Vergleich um verschiedene soziale Schichten handelt, die ein durch historische, moralische und soziale Faktoren verschiedenes Maß von einander abgrenzender Berufsvorbereitung wie von geburtenhemmenden Standesrückichten aufweisen, oder ob die zeitliche Entwicklung einer sozialen Schicht oder gar eines Volkes in Frage steht. Die reichlich kritiklose Übertragung der Untersuchungsergebnisse aus dem Nebeneinander auf das Nacheinander ist unzulässig. Dies um so mehr, als selbst für das Nebeneinander der scheinbar zwingende Beweis für die geburtenmindernde Wirkung des Wohlstandes ernsthafter Nachprüfung nicht Stich hält.

Diese zeigt zunächst, daß all die dargelegten Parallelismen zahlreiche und recht bedeutsame Ausnahmen aufweisen, die schon bedenklich machen. Zweitens sind die Merkmale des Wohlstandes, die in den verschiedenen Untersuchungen zugrunde gelegt werden, anfechtbar. Was z. B. die prima vista so überzeugend scheinende Sparkassenstatistik anlangt, so ist deren Inkongruenz mit der Spartätigkeit, die je nach der Landessitte, nach der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Bevölkerung, nach der Ausgestaltung des Genossenschafts- und Kleinbankwesens auf der einen, des Sparkassenwesens auf der anderen Seite unter sonst gleichen Verhältnissen die Sparkassen in überaus verschiedenem Umfange in Anspruch nimmt, letzthin so überzeugend nachgewiesen worden, daß bereits Brentano in seiner im Literatur-nachweis S. 76 aufgeführten, 1909 erschienenen Schrift dieses Argument völlig aufgegeben hat. Auch der Schluß von der Höhe der Steuersumme auf das Maß des Wohlstandes ist irrig, weil dabei die Verschiedenheit des Geldwertes, namentlich zwischen Stadt und Land, sowie die nach der Lebensweise der Bevölkerung ganz verschiedene Bedeutung der einzelnen, zur Grundlage der Beweisführung gewählten Steuerarten übersehen wird. Daß noch weniger eine hohe Grundbesitzerzahl als Zeichen des Wohlstandes gelten kann, ergibt sich aus der Überlegung, daß sie ihren hauptsächlichsten Grund in weitgehender Bodenzersplitterung hat. Bei den Vergleichen zwischen einzelnen Stadtteilen wird weiter fast durchweg mit den gewöhnlichen Geburtenziffern (vgl. oben S. 38) oder den „allgemeinen“, d. h. nicht nur die verheirateten, sondern sämt-

liche weibliche Personen gebärfähigen Alters berücksichtigenden Fruchtbarkeitsziffern operiert, und es ist dann ganz selbstverständlich, daß diese in wohlhabenderen Stadtteilen allein schon durch die größere Zahl weiblicher Dienstboten, Erzieherinnen u. dgl. wesentlich herabgedrückt werden müssen. Völlig verkehrt ist es, die Bildungs- oder „soziale“ Differenzierung zur Stütze der Wohlstandstheorie heranzuziehen. Zu Del Vecchios Analphabetenstatistik bemerkt Wolf ironisch: „Wer über die Kenntnis des Lesens und Schreibens verfügt, ist gemeinhin noch kein wohlhabender Mann. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens genügt aber, um die Zahl der Geburten zu senken.“ Und was die von Rubin, Westergaard und Mombert festgestellte Tatsache anlangt, daß die Beamten (sozial höchststehende Schicht?) im allgemeinen die wenigsten, die Arbeiter (sozial niedrigste Schicht) dagegen im allgemeinen die meisten Kinder haben, während die Bürger in der Mitte stehen, so besagt auch diese Gegenüberstellung um so weniger, als die Beamtschaft sich nicht durch Wohlhabenheit auszuzeichnen pflegt, sondern im Gegenteil meist einen außerordentlich knapp gespannten Haushalt führt. Hier trägt höchstens umgekehrt die Knappheit des Einkommens im Verhältnis zur sozialen Stellung, die der Beamte als ein Erbteil aus früheren Jahrhunderten bedroht sieht, an der häufig niedrigen Kinderzahl Schuld. Auch der Bürgerstand ist gegenüber dem Arbeiterstande alles in allem keine steigende, sondern vielmehr eine sinkende soziale Schicht. Drittens und vor allem liegt fast durchweg eine geradezu erstaunliche Verwechslung von Ursache und Wirkung vor<sup>1)</sup>. Es ist doch viel natürlicher und liegt viel näher, anstatt eine Verursachung geringer Geburtenzahl durch den „Wohlstand“ umgekehrt anzunehmen, daß die aus irgendwelchen anderen Ursachen geringe Geburten- und Kinderzahl ihrerseits es ist, welche Ersparnisse ermöglicht und eine Erhöhung solcher, zum Teil Luxuscharakter tragenden Ausgaben erlaubt, die von den Wohlstandstheoretikern in, wie wir sahen, unborsichtiger Verallgemeinerung zu Maßstäben des Wohlstandes gewählt worden sind. Es ist im Grunde genommen nur ganz selbstverständlich, daß ein kinderarmer Familienvater bei gleichem Einkommen und Vermögen eine teurere Wohnung in weniger dicht besetzten Gegenden (Vertillon, Kiaer, Berrin-Stuart) sich leisten, eine größere Zahl Dienstboten (Vertillon) sich halten oder — wenn er Arbeiter ist — die nicht unerheblichen

<sup>1)</sup> Hingewiesen sei auch auf die Feststellung, die Silbergleit bei Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse Berlins und seiner Vororte in der Zeitschrift „Groß-Berlin“ (Jahrg. 1912, Heft 7) gemacht hat, wonach der stärkste Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit gerade in den arbeiterreichsten Distrikten vor sich gegangen ist.

Beiträge zur gewerkschaftlichen Organisation, die ja in Übereinstimmung damit stets verhältnismäßig mehr ledige als verheiratete Mitglieder zu zählen pflegt, zählen (Webb), schließlich auch gegebenenfalls leichter ein Sparkassenguthaben (Mombert) sich anlegen kann als ein kinderreicher.

Hält man all das zu 1 und 2 Ausgeführte zusammen, so wird man sagen dürfen, daß die Wohlstandstheoretiker den ihnen obliegenden Beweis für die Richtigkeit ihrer Anschauungen bislang nicht erbracht haben, daß vielmehr Kümeling's Wort „Alle sogenannten Gesetze über die Frequenz der Geburten sind unhaltbar“ auch in Ansehung ihrer noch heute gilt. Damit entfällt aber überhaupt die Erklärung des neuerlichen Geburtenrückgangs als einer anhaltenden, internationalen, alle Kreise erfassenden Erscheinung wie durch physische so auch durch wirtschaftliche Momente. Zur Erklärung übrig bleiben also nur physiologische Momente, die an Wirksamkeit zu- oder abnehmen, ganz unabhängig von der nach oben oder nach unten weisenden Richtung der Wohlstandsentwicklung. Diese Momente sind die mit der zunehmenden Bildung wachsende Fähigkeit zum Rechnen (Wolf) auf der einen Seite, Übertreibung dieses Rechnens und ausflügelnder Egoismus, Bequemlichkeit und Genußsucht, Baghaftigkeit und Schwinden des Gottvertrauens, Verfall der alten religiösen Vorstellungen überhaupt auf der anderen Seite — Folgen zum Teil einer die ganze Kulturwelt erfassenden Geistesrichtung, zum Teil einer fehlerhaften Erziehung, die beim männlichen Geschlecht die Freuden eines gesunden Familienlebens gering achtet läßt, im weiblichen aber jene „quälende Furcht vor dem Wochenbett“ erzeugt, von der einst Daubet schrieb und von der Roosevelt in Besorgnis um den „Massenselbstmord“ des eigenen Volkes ausrief: „Wehe der Nation, von der man solche Worte zu Recht schreiben kann.“ Diese Momente sind es, die, um mit Schmöller zu reden, die höchste Eltern-tugend, die erschöpfende Aufopferung für die Kinder, sowie

— und das ist in diesem Zusammenhange das Entscheidende  
 — die Anstrengung der ganzen Nation für ihre Zukunft vermindert.

Da dieser „Geist der Zeit“ aber in den Städten, die nach den Worten eines geistvollen Mannes dem übrigen Lande wie im Guten so auch im Schlechten noch immer voran waren, eine bevorzugte Stätte gefunden hat, so erklärt sich unter diesem Gesichtswinkel ohne weiteres, warum gerade in den Städten, namentlich in den Großstädten, die Geburten im allgemeinen weniger zahlreich sind und schneller abgenommen haben als auf dem Lande<sup>1)</sup>. Ebenso hängt damit die von Wolf und Borntraeger (s. Literaturnachweis S. 76) gleichzeitig beobachtete Tatsache zusammen, daß die Hauptwahlkreise der altüberkommener Tradition feindlichen Sozialdemokratie im allgemeinen besonders niedrige, die Hauptwahlkreise des durch das Festhalten an der Tradition charakterisierten Zentrums dagegen im allgemeinen verhältnismäßig hohe Geburtenziffern haben. Die Verschiedenheit all dieser und anderer einschlägiger Verhältnisse in den einzelnen Reichsteilen spiegelt sich wider in den erheblichen Differenzen ihrer Natalität.

Von den größten Bundesstaaten des Reiches hatten im Durchschnitt des Jahrzehntes 1896/1905 als eheliche Fruchtbarkeitssziffer: Preußen 25,0%, Bayern 25,9%, Sachsen 21,6%, Württemberg 26,2%. Nach den Ergebnissen der neuesten einschlägigen Reichsstatistik (1910) stellte sich die allgemeine Geburtenziffer<sup>2)</sup> (genauere Berechnungen liegen in dieser Allgemeinheit nicht vor) in den volkreichsten Bundesstaaten und in den preussischen Provinzen wie folgt: Posen 37,2 (1908: 38,5), Westpreußen 36,9 (37,4), Westfalen 35,9 (39,6), Schlesien 34,0 (35,5), Bayern 31,4 (33,6), Ostpreußen 31,4 (31,9), Rheinland 31,3 (34,5), Baden 29,7 (32,2), Württemberg 29,7 (32,2), Pommern 29,3 (30,7), Provinz Sachsen 28,9 (30,8), Hannover 28,0 (29,5), Schleswig-Holstein 27,8 (29,7), Hessen 27,2 (29,7). Königr. Sachsen 27,2 (29,8), Hessen-Nassau 26,4 (28,9), Elsaß-Lothringen 25,7 (27,3), Brandenburg ohne Berlin 24,5 (27,5), Hamburg 23,2 (26,2), Berlin 21,3 (23,0). Im allgemeinen sinkt die

<sup>1)</sup> In Preußen kamen auf je 1000 weibliche Personen im Alter von 15 bis 45 Jahren jährlich Lebendgeborene

	auf dem Lande	in den Städten
1881/90	179	145
1906/10	169	118

<sup>2)</sup> Lebend geborene.

Geburtenziffer mit wenigen Ausnahmen<sup>1)</sup> um so tiefer, je weiter wir sie von Nordost nach Südwest verfolgen.

Freilich, wie annehmbar auch diese Erklärung sein mag, die Beurteilung des ganzen Vorgangs mag zunächst noch einseitig erscheinen. Für die Volkswirtschaft kommt es ja letzten Endes nicht auf die Bruttozahl der Geburten, sondern vielmehr auf den damit zusammenhängenden Bevölkerungszuwachs an. Was hilft eine erstaunlich hohe Geburtenrate, wenn das Wirken des Würgengels Tod sie völlig ausgleicht?

Solche Gedankengänge waren es, die lange Zeit hindurch u. a. auch dem deutschen Geburtenrückgang alle Gefährlichkeit zu nehmen schienen. Man glaubte zunächst in ihm lediglich einen gesunden Kern zu entdecken, in der Richtung, die Schmollers berühmtes Wort wies: „Es ist vom Standpunkte des einzelnen wie der Gesamtheit, vor Gott und den Menschen verdienstvoller, wohlgefälliger und richtiger, weniger Nachkommen zu zeugen und auf deren Erziehung und Erhaltung größere Sorgfalt und materielle Opfer zu verwenden, als eine größere Anzahl einem baldigen Eingehen in erhöhtem Maße auszusetzen.“ Man führte gleichzeitig mit aller Tatkraft den Kampf gegen die Feinde der Volksgesundheit. Die Sterblichkeit sank und zwar noch stärker als die Geburtenzahl. Steigende Volksvermehrung bei niedriger Geburtenquote, hoher Nutzen bei geringer Kapitalanlage: das erschien als wertvolle Errungenschaft der neuesten Entwicklung.

<sup>1)</sup> Auf eine bemerkenswerte Ausnahme von dem sonst allgemeinen Rückgange der Geburten weist Byzka in einer Münchener Dissertation von 1911 über „Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit“ hin. Die Geburtenziffer der Bergleute, namentlich im Rheinlande, ist in den letzten Jahrzehnten ständig weiter gewachsen, wie sie überhaupt anderen Berufsbevölkerungen gegenüber höchste Fruchtbarkeit aufweist. Ein Einfluß der Konfession ist nicht nachweisbar. Der Grund dieser Erscheinung wird darin gesehen, daß die Schwierigkeit der Bergmannsarbeit, die mit ihr verbundene Lebensgefährdung, ihre Abgeschlossenheit vom Tageslicht, ihre Gebundenheit an bestimmte Plätze der Erde, ihre den Menschen abstumpfende Eigenart sowie die geographische und geistige Entfernung des Bergmanns von der Großstadt „dieser Bevölkerungsschicht andere, geburtenvermindernde Bedürfnisse verjagt“.

Aber die Rechnung war und ist nicht ganz richtig. Gegenüber dem Dithyrambus, den noch Raumann in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“ dem „Sieg des Lebens über den Tod“ weihet, ernüchtert der Hinweis des rechnenden Bevölkerungsstatistikers Böhmert auf die Wahrheit des alten Sprichwortes „Gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen“. Je näher wir einer gewissen Sterblichkeitsziffer kommen, um so geringer muß die Aussicht werden, sie weiter mindern zu können. Für das Herabgehen der Geburftlichkeit dagegen besteht, theoretisch wenigstens, überhaupt kein Hindernis, das nicht vom Willen des Menschen hinweggeräumt werden könnte. Gehen also beide Entwicklungen, rückläufige Sterblichkeit und rückläufige Geburftlichkeit, den einmal eingeschlagenen Weg ständig und ungehindert weiter, so muß früher oder später der Punkt erreicht werden, an dem der Geburtenrückgang den Sterblichkeitsrückgang ein- und überholt.

Wie die Dinge nach dieser Richtung hin sich im Laufe der letzten Jahrzehnte tatsächlich entwickelt haben und wie sie sich gegenwärtig stellen, zeigt Tabelle 4.

In dieser Tabelle ist die Zahl der Sterbefälle (unter Ausschluß der Totgeborenen) ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt und damit die allgemeine Sterbeziffer (Sterblichkeit, Mortalität) für die verschiedenen Länder und Zeiten berechnet worden. In ihr spiegelt sich die Summe des vom Leben dem Tode gebrachten Tributs wider. Ihre Bedeutung erhellt, wenn man berücksichtigt, daß beträchtliche Geburtenziffern oft nur einen relativen und zweifelhaften, durch hohe Mortalität gegebenenfalls völlig absorbierten Vorteil, geringe Sterbeziffern dagegen ein absolutes soziales Gut darstellen, das unbedingt Gewinn bringt. Dem entspricht es, daß die Todesfälle von jeher Gegenstand ganz besonders eingehender und vielseitiger Erforschung gewesen sind.

Die Statistik erhebt und bearbeitet sie nach ihrer zeitlichen und räumlichen Begrenzung, erfasst die Gestorbenen nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Beruf, Muttersprache und Todesursache, nach ihren Wohnungsverhältnissen und einer größeren oder geringeren Reihe von Symptomen der wirtschaftlichen Verhältnisse. Hier kann es sich aus äußeren Gründen um die Heraushebung nur des Allerwichtigsten handeln.

Tabelle 4.

### Sterblichkeit und natürliche Bevölkerungszunahme 1851 bis 1910.

(Die oberen Ziffern bezeichnen die auf je 1000 Einwohner jährlich entfallenden Sterbefälle ohne Totgeburten, die kursiv gedruckten Ziffern die in gleicher Weise berechnete natürliche Bevölkerungszunahme. Punkte bedeuten das Fehlen zuverlässiger Daten.)

Staat	1851/60	1861/70	1871/80	1881/90	1891 bis 1900	1901/10	1910 insbe- sondere
Deutsches Reich	26,4	26,9	27,2	25,1	22,2	18,7	16,2 <sup>1)</sup>
	<i>8,9</i>	<i>10,3</i>	<i>11,9</i>	<i>11,7</i>	<i>13,9</i>	<i>14,3</i>	<i>13,6<sup>1)</sup></i>
Frankreich	23,9	23,6	23,7	22,1	21,5	19,4	17,9
	<i>2,4</i>	<i>2,7</i>	<i>1,7</i>	<i>1,8</i>	<i>0,7</i>	<i>1,3</i>	<i>1,8</i>
Belgien	22,5	24,4	22,6	20,5	19,2	16,6	15,2
	<i>7,8</i>	<i>7,6</i>	<i>9,7</i>	<i>9,7</i>	<i>9,9</i>	<i>9,8</i>	<i>8,6</i>
Niederlande	25,6	25,4	24,3	21,0	18,4	15,2	13,6
	<i>7,7</i>	<i>10,4</i>	<i>11,9</i>	<i>13,2</i>	<i>14,1</i>	<i>15,4</i>	<i>15,1</i>
England	22,2	22,5	21,4	19,1	18,2	15,3	13,4
	<i>11,9</i>	<i>12,7</i>	<i>14,0</i>	<i>13,4</i>	<i>11,7</i>	<i>11,8</i>	<i>11,4</i>
Schottland	.	22,1	21,6	19,2	18,7	16,3	14,7
	.	<i>12,9</i>	<i>13,3</i>	<i>13,1</i>	<i>11,9</i>	<i>11,6</i>	<i>10,5</i>
Irland	.	16,6	18,4	18,0	18,2	17,5	17,1
	.	<i>9,7</i>	<i>8,1</i>	<i>5,4</i>	<i>4,8</i>	<i>5,9</i>	<i>6,2</i>
Dänemark	20,6	19,9	19,4	18,6	17,5	14,3	12,9
	<i>11,9</i>	<i>10,8</i>	<i>12,0</i>	<i>13,4</i>	<i>12,5</i>	<i>14,4</i>	<i>14,7</i>
Norwegen	17,1	18,0	17,0	17,0	16,3	14,3	13,5
	<i>15,9</i>	<i>12,9</i>	<i>13,9</i>	<i>13,8</i>	<i>14,0</i>	<i>13,1</i>	<i>12,5</i>
Schweden	21,7	20,2	18,3	16,9	16,4	14,9	14,0
	<i>11,1</i>	<i>11,2</i>	<i>12,2</i>	<i>12,2</i>	<i>10,7</i>	<i>11,9</i>	<i>10,8</i>

<sup>1)</sup> 1911: Siehe S. 64.

Staat	1851/60	1861/70	1871/80	1881/90	1891 bis 1900	1901/10	1910 inbe- sondere
Europ. Rußland . . . . .	.	36,9	35,7	33,2	33,5	28,0 <sup>1)</sup>	31,4 <sup>2)</sup>
	.	11,9	13,6	14,0	13,6	14,0	13,0
Österreich . . . . .	31,4	30,7	31,5	29,5	26,6	23,3	21,1
	6,2	8,0	7,5	8,4	10,5	11,6	11,3
Ungarn . . . . .	.	.	41,1	32,5	29,9	25,4	23,5
	.	.	2,3	11,5	10,7	11,3	12,1
Schweiz . . . . .	.	25,8	23,5	20,8	19,0	17,0	15,1
	.	.	7,3	7,3	9,1	10,3	9,9
Rumänien . . . . .	.	26,1	31,3	27,5	29,2	26,1	25,2
	.	6,9	3,7	13,9	11,4	13,9	14,6
Serbien . . . . .	.	30,7	34,3	25,2	27,0	23,4	22,4
	.	13,9	6,2	19,8	14,7	15,3	16,6
Bulgarien . . . . .	.	.	.	.	26,0	23,4	26,4 <sup>3)</sup>
	.	.	.	.	13,4	18,1	13,9
Griechenland . . . . .	.	21,1	19,6	.	.	.	.
	.	6,5	7,0	.	.	.	.
Italien . . . . .	.	.	29,9	27,1	24,2	21,5	19,6
	.	.	5,0	10,7	10,7	11,0	13,3
Spanien . . . . .	.	30,8	30,4	31,7	29,5	25,0	23,3
	.	6,8	7,5	4,5	5,3	9,3	9,8
Portugal . . . . .	.	21,4	24,2	22,6	21,3	19,8	19,4 <sup>3)</sup>
	.	9,3	8,2	10,6	9,3	11,9	11,4
Japan . . . . .	.	.	18,0	20,0	20,9	.	22,0 <sup>3)</sup>
	.	.	6,1	8,3	8,9	.	12,1
Australien . . . . .	.	16,1	15,1	14,3	12,4	11,2	10,4
	.	24,8	21,7	20,5	17,0	15,4	16,3

Wie die allgemeine Geburtenziffer, so begegnet auch die allgemeine Sterbeziffer gewissen Bedenken zu internationalen Vergleichen. Hier sind die Verschiedenheiten zwar weniger der Familienstandsgliederung als vielmehr des Altersaufbaus von Einfluß. Wollte man darum die wirkliche Lebensgefährdung und die tatsächliche Lebenskraft mehrerer Völker völlig genau vergleichen, so müßten nach Maßgabe rein theoretischer Erwägungen die „besonderen Sterbe-

1) Nur 1901/1905. 2) 1905. 3) 1909.

ziffern" der verschiedenen Altersstufen zu Rate gezogen werden. Zur allgemeinen Orientierung aber genügen doch die in Tabelle 4 gebotenen Ziffern, die den Vorzug weit größerer Einfachheit und Prägnanz des Ausdrucks haben. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als der hochangesehene schwedische Bevölkerungsstatistiker Sundbärg überzeugend dargetan hat, daß eine günstige Entwicklung stark vertretener Altersgruppen mit geringer Sterblichkeit durch ein gleichzeitig stärkeres Vorhandensein besonders gefährdeter Altersschichten und ebenso umgekehrt<sup>1)</sup> so wesentlich ausgeglichen wird, daß auch die allgemeinen Sterbeziffern in Ansehung ganzer Bevölkerungen und für praktische Zwecke als „hinreichend genauer Ausdruck der wirklichen Sterblichkeit" anzusehen sind.

Wie die Geburtenziffern (vgl. oben S. 40), so lassen auch die Sterbeziffern, bei Betrachtung zunächst der gegenwärtigen Verhältnisse, weitestgehende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern erkennen, wobei Skandinavien nach der einen, Osteuropa nach der anderen Seite hin die Reihe schließt; alles in allem sind die Differenzen allerdings nicht so groß wie in Tabelle 3.

Auch die bei Betrachtung der historischen Reihen hervortretende Tendenz ist ähnlich der hinsichtlich der Natalität beobachteten. Es ergibt sich für die letzten Jahrzehnte ein Rückgang der Sterbeziffern als Allgemeinerscheinung der Kulturwelt, und gleichzeitig gewinnt offensichtlich das Wirken der in den einzelnen Bevölkerungen waltenden Sterbekraft an

<sup>1)</sup> Sundbärg weist beispielsweise darauf hin, daß bei normaler Vertretung der lebenskräftigsten Altersschicht von 15 bis 50 Jahren es ohne wesentliche Bedeutung ist, ob im übrigen Kinder oder Hochbejahrte — beides Gruppen mit hoher Mortalität — stärker vertreten sind, denn das Mehr auf der einen Seite gleicht sich dann durch ein Weniger auf der anderen Seite aus. In den Fällen aber, wo die Gruppe 15 bis 50 Jahre selbst besonders niedrig vertreten ist, wird diese ungünstige Einwirkung durch die Verteilung nach dem Familienstande mit geringer Zahl Unverheirateter und unehelicher Kinder paralytisiert; unter entgegengesetzten Verhältnissen gleichen umgekehrt größere Zahlen Lebiger und Unehelicher die Einwirkung der an sich vorteilhaften Altersgliederung aus.

Regelmäßigkeit, indem Epidemien, Kriegs- und Hungerjahre die Mortalität nicht mehr zu solchen Sprüngen führen wie vor Jahrhunderten. Nachdem im Mittelalter und noch bis tief in die Neuzeit hinein eine durchschnittlich weit höhere Sterbeziffer als heute allgemein war — ist es doch sicher, wie Sch m o l l e r sagt, daß man bis Anfang des 18. Jahrhunderts überall erstaunt war, wenn nicht alle 10 bis 20 Jahre „ein groß Sterbede“ kam und aufräumte<sup>1)</sup> —, stellte sich die allgemeine Sterbeziffer Europas in den ersten zwei Dezennien des 19. Jahrhunderts mit den Napoleonischen Kriegen durchschnittlich auf etwa 32, 1821/1830 auf rund 30, um dann unter dem Einflusse der Epidemiejahre des vierten sowie der Not- und Revolutionsjahre des fünften Jahrzehntes wieder auf durchschnittlich 31 zu steigen. Von da zeigen die Jahrzehntdurchschnitte für ganz Europa einen ständigen Rückgang, so daß die Mortalität des Erdteils im vorletzten Dezennium (1891/1900) auf etwas über 25, des letzten (1901/1910) sicherlich nicht höher als auf 22 anzusetzen ist. Aber auch in dieser zweiten Beziehung fehlen wesentliche Unterschiede gegenüber der Bewegung der Geburtschaft nicht. Diese ist, wie wir sahen (S. 40), in den einzelnen Ländern seit den 70er und 80er Jahren in ziemlich glatter Kurve verlaufen. Der Rückgang der Sterblichkeit dagegen ist zwar, mit nur wenigen Ausnahmen, von bestimmtem, im einzelnen verschiedenem Zeitpunkte ab ebenfalls von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu beobachten gewesen, aber doch weit ungleichmäßiger, sowohl was den zeitlichen Verlauf als auch was die verschiedenen Länder im Vergleiche miteinander anlangt. In letzterer Hinsicht betrachte man etwa die Scandinavischen Staaten, Großbritannien und Frankreich auf der einen, die mitteldeutschen Länder, Holland und Italien auf der anderen Seite. Die Er-

<sup>1)</sup> Für einzelne Städte und Jahre sind Sterblichkeiten von rund 50% nachgewiesen.

Klärung für beides liegt auf der Hand und wurde schon oben (S. 59) angedeutet. Bereits verhältnismäßig geringen Sterbeziffern ist nur noch eine geringe Niederspannung möglich, und auch der größtmöglichen Voraussicht des Menschen gegenüber überspringt der Tod doch immer und immer wieder die ihm gezogenen Grenzen. Daraus resultiert dreierlei:

1. Der Rückgang der Sterblichkeit in Europa, bei dessen Beurteilung seine bisherige, für eine geschichtliche Betrachtungsweise doch nur gering zu erachtende Dauer meist unbeachtet bleibt, ist naturnotwendig nur eine vorübergehende Erscheinung und muß hier früher, dort später dem Beharrungszustand oder gar erneutem Steigen Platz machen.

2. In einigen Ländern scheint mit der unter gegenwärtigen Umständen geringstmöglichen Mortalität dieser Zeitpunkt bereits erreicht zu sein.

3. Da die natürliche Bevölkerungsvermehrung bei sinkender Geburttlichkeit nur durch stärkeren Rückgang der Sterblichkeit erhöht und nur durch mindestens gleich erhebliche Sterbeminderung hochgehalten werden kann, muß sie bei zeitweiliger Verlangsamung der letzteren ins Schwanken, bei dauernder ins Stocken und schließlich in einen ausgeprägten Rückgang geraten.

Ihre Bestätigung durch die Tatsachen findet diese Überlegung in den kurzob gedruckten Ziffern der Tabelle 4. In einer Reihe von Staaten steigert sich trotz sinkender Natalität die natürliche Vermehrungsrate (Geburtenüberschuß) noch immer weiter, in anderen aber ist sie bereits im absteigenden Akt: in Frankreich, das auch hier klassisches Beispiel ist und wo die drohende „Entvölkerung“ von Bertillon schlechthin als ein nationales Unglück bezeichnet worden ist, unter dem Volkvermögen, Industrie und Handel leiden, seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts; in Australien seit den 70er Jahren mit einem so rapiden Rückgang, daß er bereits ein Problem

staatlicher Sorge geworden ist, von dessen glücklicher Lösung es nach den Worten des Statistikers Coghlan abhängt, „ob dieses Land jemals berufen sein wird, einen Platz unter den großen Nationen der Erde einzunehmen“; ferner in den östlichen Staaten der nordamerikanischen Union, deren Präsident das Wort vom „Rassenselbstmord“ geprägt hat; in England und Schottland seit den 80er Jahren, neuerdings in Schweden und leider auch in Deutschland, das im Jahrfünft 1896/1900 noch 14,7, 1901/1905 aber 14,4 und 1906/1910 nur noch 14,2 mehr Geburten als Sterbefälle aufs Tausend der Einwohner jährlich aufwies. Neuerdings ist der Geburtenüberschuß auch in absolutem Rückgange begriffen; 1909 wurden 884 061 Personen mehr geboren als starben, 1910: 879 113; 1911: 740 431<sup>1)</sup>).

Auch Deutschland ist also, wie andere Länder der west- und mitteleuropäischen Kultur, in Gefahr, allmählich des bislang stets erfreulich stattlichen Zugangs an nationalwirtschaftlicher Kraft verlustig zu gehen — eine ernste Erkenntnis, die um so größere Beachtung verdient, als gerade der europäische Osten es ist, dessen menschenproduzierende Kraft im Gegensatz dazu sich vorläufig noch, wie Tabelle 4 erweist, statt zu erschaffen, ungestört weiter entfaltet. Und schon gibt es Propheten, die, wie z. B. Julius Wolf, gegenüber der optimistischen Annahme Steinmann-Bucher's, der unserm Volke für 1950 hundert Millionen versprach, meinen, es werde in absehbarer Zeit nicht über die achtzig hinauszuwachsen.

In diesen Tatsachen und Entwicklungen findet jene in § 3 (S. 28) festgestellte Verschiebung des europäischen Schwergewichts vom Westen nach dem Osten bereits einen wesentlichen Teil ihrer Erklärung. Sie erscheint in noch un-

<sup>1)</sup> Die Zahl der Sterbefälle in Deutschland betrug 1911 ausschl. der Totgeborenen 1 130 298 gleich 17,3 ‰ der Bevölkerung.

erfreulicherem Lichte, wenn den Ursachen des modernen Sterberückgangs mit wenigen Worten nachgegangen wird.

Auch hier hat man mannigfach versucht, scharf umrissene „Gesetze“ zu formulieren und insbesondere den Rückgang der Sterblichkeit in gleicher Weise wie den der Geburthlichkeit in ursächlichen Zusammenhang mit der Zunahme des Wohlstandes zu bringen. Auf den ersten Blick erscheint die Kombination hier plausibler als dort. Ist doch von vornherein anzunehmen, daß unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen in besserer Wohnung, bei besserer Ernährung und unter behaglicheren Lebensverhältnissen die Chancen längeren Lebens wachsen. Demgegenüber steht aber dahin, ob zunehmender Wohlstand tatsächlich stets ohne weiteres diese drei Bedingungen günstiger Mortalität zu steigern geeignet ist. Bringt er doch nicht selten verweichlichende Lebensweise, erschlassende Üppigkeit und damit statt Verlängerung Verkürzung der Lebensdauer beim einzelnen wie beim ganzen Volke mit sich. Darum mag zwar das vorsichtig negative Urteil von Mahr's unbeanstandet bleiben, wonach eine in breiten Schichten wirksame Verschlechterung der materiellen Lage ein Zurückgehen der allgemeinen Sterbeziffer unmöglich mache oder (setze ich hinzu) auf äußerste erschwere; darauf aber, daß die schon in den 30er Jahren mit den Forschungen des Franzosen Jvernois begonnenen Bemühungen, die Sterbeziffer als Maßstab der ökonomischen Lage der Massen zu benutzen und letztere als ganz vorwiegend, nach oben wie nach unten, maßgebende Bedingnis jener anzusehen, zu weit gehen, daß also der Zusammenhang zwischen Rückgang der Sterblichkeit und Wachstum des Wohlstandes tatsächlich nicht so groß sei, als man zunächst anzunehmen geneigt ist, haben schon Conrad und Prinzing (vgl. den Literaturnachweis auf S. 76) nachdrücklich hingewiesen. Ihre Zweifel an der Richtigkeit auch dieser Seite der „Wohlstandstheorie“ fin-

den vollauf Bestätigung in einer Reihe statistischer Tatsachen, von denen hier nur zwei besonders durchschlagende hervorgehoben seien: aus der Gegenwart, daß zwischen dem Tempo der Mortalitätsminderung (auch unter Berücksichtigung des oben erwähnten Einflusses des Sterblichkeitsgrades an und für sich) einerseits und dem Tempo wie Grad der Wohlstandszunahme andererseits der Parallelismus bei näherem Eingehen auf die einzelnen Länder sowie bei deren Gegenüberstellung untereinander fehlt; aus der Vergangenheit, daß z. B. im 15. und 16. Jahrhundert trotz der damaligen Wohlhabenheit, die sich mit der heutigen wohl vergleichen läßt, die Sterblichkeit keineswegs niedrig gewesen ist.

Angeichts dessen wählen andere Theoretiker einen Umweg, um zu gleichem Ergebnisse zu gelangen: Nicht im Gradunterschiede des Wohlstandes an sich, sondern in demjenigen der Geburtenziffern ist die Ursache höherer oder geringerer Sterblichkeit zu suchen. Für diese Ansicht scheint ebenso die theoretische Erwägung, daß wo weniger Leben sind, das einzelne höher bewertet und sorgfamer behütet wird, zu sprechen, wie auch das praktische Beispiel einerseits der skandinavischen Länder, andererseits etwa Rußlands, von dessen „großartig verschwenderischer Art, Menschenleben zu rufen und fortzuwerfen“ Friedrich Raumann redet. Aber schon vor Jahrzehnten hat Wagner auf sehr erhebliche Abweichungen von dieser scheinbaren Regel bei Betrachtung der europäischen Staaten hingewiesen, und M o m b e r t stellte neuerdings — in gewissem Widerspruch zu seinen sonstigen Anschauungen (vgl. oben S. 49) — fest, daß auch bei Untersuchung der deutschen Gebietsteile für sich von einem durchgängigen Zusammenhang beider Erscheinungen keine Rede sein kann. Eine eingehende kritische Durchprüfung der Tabelle 4 nach dieser Richtung hin — in historischer wie in international vergleichender Betrachtung — führt zu demselben Resultat.

Eine dritte Gruppe formuliert: „Die Sterblichkeitsminderung ist das Werk der Fortschritte der Hygiene“, wobei in Anknüpfung an oben Zitiertes angemerkt wird, daß letztere zwar nicht unmittelbar an eine Steigerung des Wohlstandes gebunden, wohl aber bei einer Wohlstandsminderung unwirksam sein müssen. Jedoch auch dieser These gegenüber stimmt eine eingehende Prüfung des Tatsachenmaterials bedenklich, denn aus ihr ergibt sich unzweideutig, daß die Gestaltung der Sterbeziffern zu dem Stand und der Entwicklung der hygienischen Bestrebungen in einzelnen Ländern vielfach ohne greifbare Beziehung ist.

Unter diesen Umständen ist in sachlicher Übereinstimmung mit den Altmeistern von Mahr, Rümelin, Schmöller und Wagner zu sagen: Zwar ist es gewiß, daß die allgemeine Steigerung des Wohlstandes, die Entwicklung der Geburtenziffern, die Fortschritte der Hygiene ihren erheblichen Anteil an der neuzeitlichen Gestaltung der Mortalität haben; das Material reicht aber nicht entfernt aus, um jedem einzelnen dieser Faktoren oder ihrer Gesamtheit den alleinigen, ja selbst nur den hauptsächlichsten Einfluß zuzuschreiben. Vielmehr tritt noch eine ganze Reihe anderer Momente in mannigfacher, die Einzelwirkungen bald verstärkender, bald abschwächender Verflechtung hinzu, wie Änderung der Lebenssitte, Verbreitung der Humanität und der naturwissenschaftlichen Einsicht in die Bedingungen von Gesund- und Kranksein, Ausgestaltung des Rechtsschutzes nach außen wie nach innen, größere Seltenheit und Menschlichkeit der Kriege, vor allem auch die ihrerseits wieder von der Technik des Verkehrs und der Verkehrswege abhängige Ausdehnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen mit ihrem zunehmenden Ausgleich von Ernteausfällen der wichtigsten Nahrungsmittel und damit Verhütung von Teuerung und Hungernot.

Die meisten dieser Momente gestalten sich, anders wie die

Faktoren der Geburteneinschränkung, ohne unmittelbaren Einfluß des Einzelwillens. Wenn sie also in den letzten Jahrzehnten, im allgemeinen einander verstärkend, einheitlich nach einer und derselben Richtung gewirkt haben, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß dies in Zukunft der Fall sein wird. Darum ist statt von naturgesetzlich wirkenden Ursachen des Sterberückganges nur von einer günstigen Konjunktur (von Mahr), insbesondere auch in der Gestaltung der allgemeinen natürlichen Lebensbedingungen zu reden. Trifft dies aber zu, dann ist auch eine frühere oder spätere Verschiebung dieser Konjunktur nicht unmöglich. Nach der Ebbe der Sterblichkeit kann auch wieder eine Flut und damit ein Sturz in den Bevölkerungsüberschüssen der heute noch kulturell führenden Völker eintreten, der die Folgen der gesunkenen Geburtenraten erst in voller Schärfe offenbaren würde. Und erst bei Berücksichtigung dessen wird man sich der ganzen Bedeutung der in diesem Paragraphen behandelten Tendenzen in der neuzeitlichen Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung bewußt werden.

Nicht viel greifbarer als die Faktoren, welche die Bewegung der Sterblichkeit bestimmen, sind die Momente, die ihren Stand zu gegebenem Zeitpunkt und in gegebenem Lande bestimmen. So der Einfluß, den Beruf, Familienstand, Siedelungsweise, Alter und Geschlecht darauf ausüben! Allerdings gibt es einige Berufe, die infolge der Art ihrer Ausübung eine unter sonst gleichen Verhältnissen höhere Mortalität als andere aufweisen. Dazu gehören z. B. infolge der Entwicklung von giftigen Gasen oder von Staub bei ihrer Arbeit u. a. die Müller, Stein- und Feilenhauer, Töpfer, Glasschleifer und Bläser, ferner (Alkohol!) die Bierkutscher, Brauer und Wirte, die Ärzte und Krankenpflegerinnen sowie die dem Wind und Wetter ausgesetzten Droschkenkutscher. Im allgemeinen aber muß man sich davor hüten, den Einfluß des Berufs auf die

Lebensdauer zu überschätzen. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, daß die verhältnismäßig hohen oder verhältnismäßig niedrigen Sterbeziffern bestimmter Berufe mindestens zum großen Teil ihre ungezwungene Erklärung in Momenten finden, die mit dem Charakter der beruflichen Arbeit selbst nicht zusammenhängen. Diese Momente sind vor allem: Weitgehende Verschiedenheiten in der Vorbereitungsdauer zu den einzelnen Berufen, infolge deren hier weit mehr schwächliche Individuen schon vor Eintritt in die Berufsarbeit ausscheiden und damit die berufliche Sterbeziffer günstiger gestalten als dort; ferner von vornherein unterschiedliche Körperbeschaffenheit der Angehörigen verschiedener Berufe, angesichts derer es nicht Wunder nehmen kann, daß z. B. die Schmiede und Schlosser als fast durchweg besonders kräftige Personen eine geringere Sterblichkeit aufweisen als etwa Schneider, Schuhmacher und Textilarbeiter; schließlich unterschiedliche Qualität der besonderen Arbeitsbedingungen, wie z. B. der Arbeitszeit, der Fabrikeinrichtungen, der allgemeinen sozialen Verhältnisse, infolge deren der gleiche Beruf in verschiedenen Ländern eine ganz verschiedene Sterblichkeit hat.

In ähnlicher Weise ist die oft aufgestellte Behauptung von der günstigeren Lage der Verheirateten gegenüber den Ledigen zwar insoweit zutreffend, als zweifellos die Ehe im allgemeinen eine vorsichtiger und regelmäßiger Lebensweise im Gefolge hat. Sie erfährt ihre Zurückführung auf das richtige Maß aber durch die Beobachtung, daß die Verheirateten in gewissem Umfang eine Auslese der Kräftigen darstellen, daß Geisteschwache und Geistesranke, körperlich Gebrechliche, Schwindsüchtige, Bagabunden und ähnlich Lebensgefährdete der Ehe vorwiegend fern bleiben.

Noch weit vorsichtiger wird man sich gegenüber den häufig auch aus politischen Beweggründen behaupteten Sterblichkeitsunterschieden zwischen Stadt und Land zugunsten des

letzteren verhalten müssen. Es braucht nur festgestellt zu werden, daß heute z. B. in den städte- und industriereichsten Gebieten Preußens geringere Sterbeziffern als in denjenigen stärkstausgeprägten agrarischen Charakters bestehen<sup>1)</sup>. Ferner ist statistisch niemals auch nur entfernt genau festzustellen, mit wie verschiedener Intensität all die anderen, oben behandelten Sterblichkeitsfaktoren in den verschiedenen Gegenden und Ortsgrößenklassen zur Wirkung gelangen. Auch der Einfluß des Klimas darf nicht unterschätzt werden. Dieses spielt namentlich in Ansehung der Infektionskrankheiten eine große Rolle und stellt neben einer Fülle anderer Momente wohl auch eine wesentliche Ursache der scheinbar hinsichtlich der Massen obwaltenden Sterblichkeitsunterschiede dar.

Unbestreitbar dagegen und mit nur unwesentlichen Abweichungen der einzelnen Länder voneinander ist die Verschiedenheit der Lebensgefährdung in den einzelnen Altersstufen. Am Lebensanfang ist sie am höchsten. Dann nimmt sie in zunehmendem Maß ab, erreicht ihr Minimum im Alter von 10 bis 15 Jahren und steigt wieder langsam, aber unaufhaltbar, um in den letzten Lebensaltern ähnlich hoch wie am Lebensbeginn zu sein. Diesen Entwicklungsgang zeigt das weibliche Geschlecht ebenso wie das männliche. Die Kurve des Mannes ist jedoch, wie Jurascsek sich ausdrückt, kräftiger ausgebildet, indem die Lebensbedrohung des Weibes am Lebensanfang geringer ist, in den ersten Jugendjahren aber nicht so rasch abnimmt wie beim Manne, um sich dann im mittleren Lebensalter, also zur Zeit der Gebärfähigkeit und

<sup>1)</sup> 1910 stellten sich die allgemeinen Sterbeziffern (Sterbefälle ohne Totgeburten auf je 1000 Einwohner) für die preussischen Provinzen und die größeren Bundesstaaten in folgender Reihe dar: Schlessen 19,5; Bayern 19,1; Westpreußen 18,5; Ostpreußen 18,5; Posen 17,8; Pommern 17,2; Württemberg 17,2; Baden 16,7; Prob. Sachsen 16,4; Elsaß-Lothringen 15,6; Brandenburg ohne Berlin 15,1; Agr. Sachsen 15,1; Rheinprovinz 14,6; Berlin 14,5; Westfalen 14,5; Hannover 14,2; Hessen-Nassau 14,2; Hessen 14,1; Hamburg 14,0; Schleswig-Holstein 13,6.

Gebärtätigkeit, häufig höher, in den letzten Altersklassen wieder niedriger zu stellen. Alles in allem resultiert daraus eine etwas längere Lebensdauer der Frau gegenüber dem Manne. In Preußen stellt sie sich zur Zeit auf 50,03 Jahre gegenüber 46,42.

Diese Wellenlinien sind die natürliche Folge der allerdings nicht nur in den Altersklassen, sondern auch in den Ländern unterschiedlichen Wirkung der einzelnen Todesursachen.

Die Todesursachenstatistik ist darum für die Allgemeinheit, namentlich für die öffentliche Gesundheitspflege sehr wichtig. Ihre Aufstellung bereitet jedoch große Schwierigkeiten — namentlich wo, wie auch größtenteils in Deutschland, Leichenbeschau und Todesursachenbescheinigung durch Ärzte nicht obligatorisch ist —, und ihre Ergebnisse sind noch reichlich unsicher. Hier sei nur, mehr beispielsweise nach den beiden eben angedeuteten Richtungen hin, wenigstens hervorgehoben:

Nach den Säuglings- und Kinderkrankheiten (Ernährungsfehlern, Masern, Scharlach, Diphtheritis) fordert in den Jahren der Entwicklung und des kräftigsten Alters von 25 bis 35 Jahren vor allem die Lungenschwindsucht ihre Opfer, während späterhin die Krankheiten des Gefäßsystems, insbesondere die Herzkrankheiten, ferner Krebs- und Nervenerkrankungen mit tödlichen Ausgängen in den Vordergrund treten. Unter den europäischen Ländern sind u. a. mit Infektionskrankheiten besonders verseucht der Osten und die spanische Halbinsel. In Italien sind Typhus und Malaria, in Frankreich und Belgien Typhus und Tuberkulose, in Österreich Typhus und Scharlach, Diphtherie und die Lungenkrankheiten jeder Art besonders gefährlich. Die grimmigsten Volksfeinde Deutschlands sind Schwindsucht — weit mehr freilich im Süden als im Norden — und Darmkatarrh. An jener starben 1911 in Preußen 61 219 Personen gleich rund 15‰ der Gesamtbevölkerung, an diesem (einschließlich Magenkatarrh und Brechdurchfall) 89 241 gleich rund 22‰.

In letzter Zahl ist gleichzeitig die Haupterklärung für die hohe Säuglingssterblichkeit, d. h. die große Mortalität der im ersten Lebensjahre stehenden Kinder zu suchen, die Schmöller einmal geradezu das „Schandmal der deutschen Nation“ genannt hat.

Nach den neuesten Statistiken über die Säuglingssterblichkeit erscheinen von je 100 Lebendgeborenen bereits während ihres ersten Lebensjahres als „rasch durchlaufende Posten wieder in den Totenlisten“ in Norwegen und Schweden 7, in Irland 9, in Dänemark 10, in England, Schottland, Holland und Schweiz 11, in Belgien, Frankreich und Serbien 14, in Bulgarien 15, in Italien, Spanien und Deutschland 16, also fast ein Sechstel, in Luxemburg 17, in Ungarn 19, in Rumänien 20, in Osterreich 21, in Rußland 27. Wagner hat nun zwar zweifellos recht, wenn er angesichts dessen betont, daß eine höhere Sterblichkeit der Säuglinge gegenüber jeder anderen Altersklasse nur natürlich sei, aber in den Ziffern gegen Ende der Reihe tritt doch eine so abnorme Fülle vergeblicher Ausgaben, vergeblicher Kümmernisse und Sorgen, vergeblicher Anläufe jungen Lebens zu tage, daß man von einer „gewaltigen Verwüstung von Menschenleben“ sprechen muß. Das einzig Erfreuliche dabei ist die ganz bedeutende Besserung, die während der letzten Jahrzehnte in fast allen Kulturstaaten Platz gegriffen hat. Nicht zuletzt trifft dies auf Deutschland zu, wo eine planmäßige Propaganda und Praxis der Säuglingsfürsorge (vgl. unten S. 158) bereits in kurzer Zeit Erhebliches geleistet hat, namentlich hinsichtlich der unehelichen Kinder, deren Lebenschancen aus naheliegenden Gründen ganz besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind. Für Preußen (für das ganze Reich reicht die Statistik nicht so weit zurück) stellt sich die Entwicklung für Ehe- und Uneheliche wie folgt dar:

Tabelle 5.

## Säuglingssterblichkeit in Preußen 1875—1910.

Periode	Von je 100 Lebendgeborenen starben während des ersten Lebensjahres in Preußen	
	unter den Ehelichen	unter den Unehelichen
1875/80	19,4	35,3
1881/90	19,5	35,5
1891/1900	19,1	35,6
1901/05	17,9	33,1
1906/10	15,8	28,7

Unter den größeren Bundesstaaten und preussischen Provinzen haben die höchsten Säuglingssterblichkeiten Bayern (1910: 20,2% der Lebendgeborenen insgesamt), Westpreußen (20,1), Pommern (19,3), Schlesien (19,1), Königr. Sachsen (17,4), Prov. Sachsen (17,1), Brandenburg (17,8), Posen (17,8), Württemberg (16,6), die niedrigsten Schleswig-Holstein (13,8), Westfalen (12,5), Hannover (11,7), Hessen (11,3), Hessen-Nassau (10,1). Im Durchschnitte des ganzen Reiches stellte sich die Sterbeziffer der ehelichen Säuglinge 1910 auf 15,2, der unehelichen Säuglinge auf 25,7, sämtlicher Säuglinge auf 16,2 (1901: 20,7) der Lebendgeborenen.

Je größer die Säuglingssterblichkeit ist, um so erheblicher ist naturgemäß auch der Anteil des Sommers an der Gesamtmortalität des Landes. Im übrigen vollzieht sich der jahreszeitliche Verlauf der Sterbefälle in Europa gemeinhin so, daß das erste Jahresviertel und der Dezember die höchste Sterblichkeit haben, während der Sommer im allgemeinen günstig dasteht. Daraus erhellt, daß der Gesamtheit der Bevölkerung die Kälte gefährlicher als die Hitze ist. In den Monaten, in denen beides nicht übermäßig zu sein pflegt (September bis November), stellt sich die allgemeine Sterblichkeit meist am niedrigsten<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Eine Spezialuntersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Köln hat in interessanter Ergänzung dieser Feststellungen gezeigt, daß bei der Säuglingssterblichkeit auch die Jahreszeit der Geburt eine Rolle spielt. Die im Herbst

Die große Bedeutung, die der Verminderung der Säuglingssterblichkeit für den Rückgang der Sterblichkeit überhaupt (wie er in Tabelle 4 zutage trat) zukommen muß, liegt auf der Hand. Damit ebenso auch ihr Einfluß auf die Gestaltung der mittleren Lebensdauer der Angehörigen eines Volkes. Diese ist zwar letzten Endes das Ergebnis der allgemeinen Sterbeziffer, aber sie hängt auch ganz wesentlich von deren Gestaltung in den verschiedenen Altersklassen ab; ist doch die Wirkung für die Volkswirtschaft eine völlig andere, ob das Absterben in der Jugend oder im Alter zu- oder abnimmt. Unter diesem Gesichtspunkte ist die Feststellung bedeutsam, daß die mittlere Lebensdauer des deutschen Volkes seit den 70er Jahren von rund 35 auf über 45 Jahre gestiegen ist. Freilich bleibt sie auch damit noch hinter einer ganzen Zahl anderer Länder zurück.

Wie für die Gesamtheit, so läßt sich für die einzelnen Altersstufen die mittlere Lebensdauer, d. h. die Zahl der Jahre, die im Durchschnitte die in ihnen Stehenden noch zu leben haben, berechnen, was namentlich für die Zwecke der Lebensversicherungsgesellschaften von größter Bedeutung ist. Ebenso kann die wahrscheinliche Lebensdauer (Lebenserwartung), d. h. die Zahl der Jahre, innerhalb derer die Hälfte der auf einer bestimmten Altersstufe Stehenden gestorben sein wird, errechnet werden, und in innerem Zusammenhang mit dieser steht dann die Sterbewahrscheinlichkeit, d. h. die Wahrscheinlichkeit für die auf den einzelnen Altersstufen stehenden Personen, im nächsten Jahre zu sterben. Um ein Beispiel herauszugreifen, so stellt sich nach den neuesten Berechnungen im Durchschnitte Preußens für einen

---

geborenen Kinder sind während des ersten Lebensjahres weit weniger gefährdet als die im Frühjahr (besonders Mai) zur Welt gekommenen. Der Grund ist darin zu suchen, daß jene bis zum nächsten Sommer bereits genug Widerstandskraft erlangt haben, um die Schwierigkeiten der Ernährung in den heißen Monaten besser zu überwinden.

31jährigen Mann die mittlere Lebensdauer auf noch 33, die wahrscheinliche Lebensdauer auf noch 36 Jahre, die Sterbewahrscheinlichkeit auf rund 0,6 : 100.

Tabellen, die für alle Altersstufen einer ganzen Bevölkerung oder für ausgewählte Bevölkerungsteile derartige Berechnungen aufstellen, heißen Sterbetafeln (Absterbeordnungen). Die Methoden ihrer Gewinnung sind verschieden und haben seit den ersten Versuchen durch die Engländer Graunt, Petty und Haller Ende des 17. Jahrhunderts mannigfache Verfeinerung und Ausgestaltung erfahren, neuerdings besonders durch den ersten Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes Karl Becker und den Altmeister der deutschen Städtestatistik Richard Boeckh.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Vertilon, La dépopulation de la France. Paris 1911. — Borntraeger, Der Geburtenrückgang in Deutschland. Würzburg 1913. — von Borkiewicz, Artikel Sterblichkeit und Sterblichkeitstafeln; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, VII. Band, 3. Auflage. Jena 1911. — Brentano, Die Malthus'sche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien (mit wertvollem Zahlenmaterial). München 1909. — Cauderlier, Les lois de la population. Paris 1900. — Diebel, Der Streit um Malthus' Lehre; Festgaben für N. Wagner zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages. Leipzig 1905. — von Firds-Peris, Artikel Geburtenstatistik; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Band, 3. Auflage. Jena 1909. — Kuczynski, Zur Statistik der Fruchtbarkeit; Jahrbücher für Nationalökonomie, III. Folge, Band 35. Jena 1908. — Mombert, Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland. Karlsruhe 1907. — Most, Das Geburtenproblem; Der Niederrhein, Jahrgang 1911/12. Düsseldorf. — Oldenberg, Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer; Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band XXXII, 2 und XXXIII, 3. Tübingen 1911. — Raumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, 3. Auflage. Berlin-Schöneberg 1911. — Prinzing, Das Bevölkerungsgesetz; Allg. Statistisches Archiv, Band VI, 2. Halbband. Tübingen 1904. — Derselbe, Handbuch der medizinischen Statistik. Jena 1906. — Most, Geburtenrückgang und Konfession. Köln 1913. — Sundbärg, Aperçus statistiques internationaux. 11. Ausgabe. Stockholm 1908. — Wagner, Agrar-

und Industriestaat. 2. Auflage. Jena 1902. — Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und der Zukunft. Leipzig 1912. — Derselbe, Der Geburtenrückgang. Jena 1912. — Derselbe, Das Zweikinderhystem im Anmarsch. Berlin 1913.

### § 5. Aus- und Einwanderung.

Geburten und Sterbefälle sind die grundlegenden Elemente der Bevölkerungsbewegung und im allgemeinen von unbedingt entscheidender Bedeutung für die Volkszahlentwicklung auch der einzelnen Länder. Unter Umständen aber kommt den Wanderungen ein nicht viel geringerer Einfluß zu. Ja, wenn die Bedingungen dazu vorliegen, können sie selbst bei gleichbleibenden Geburten- und Sterbeziffern die Bevölkerungsverhältnisse völlig umgestalten oder die in jenen wirkende Tendenz paralysieren.

Jede Wanderung hat ein doppeltes Gesicht. Sie erscheint sowohl als Ab- wie auch als Zuwanderung, je nachdem der Beobachter sich am Orte der Abreise oder der Ankunft befindet. Sie bringt weiter entweder eine nur vorübergehende oder aber eine dauernde Aufenthaltsänderung mit sich. Im ersteren Falle handelt es sich ganz vorwiegend um Reise- und Fremdenverkehr oder um Saison- und sonstige temporäre Arbeiterwanderung (wie z. B. der Italiener und Polen nach Deutschland — vgl. S. 84 —, der Chinesen nach der Union), oder schließlich um Bagieren ohne feste Niederlassung (z. B. der Straßenwanderer, Zigeuner). Wanderungen, die dauernde oder doch zum mindesten längere Aufenthalts-, d. h. also Niederlassungsänderungen im Gefolge haben, vollziehen sich wiederum entweder innerhalb der staatlichen Grenzen, oder sie überspringen diese. Trifft das erstere zu, so spricht man von Binnenwanderungen, auch inneren Wanderungen (Ab- und Zuzug), welche unmittelbar lediglich die Siedlungsweise des im übrigen davon unberührten Volksganzen beeinflussen (vgl. S. 129). Die Wanderungen von Land zu

Land dagegen, auch Außenwanderungen (Aus- und Einwanderung) genannt, sind es, die neben der Qualität auch vor allem die Quantität der Bevölkerungen mit bestimmen und darum an dieser Stelle ihre Behandlung finden.

Innerhalb der Außenwanderungen pflegt man schließlich noch Überland- und Überseewanderungen zu unterscheiden, je nachdem sie innerhalb eines und desselben Festlandes oder über den Ozean weg vor sich gehen. Über den Umfang der ersteren liegen infolge der großen technischen und methodischen Schwierigkeiten ihrer Erfassung mit verschwindenden Ausnahmen gar keine, über den Umfang der letzteren nur ziemlich mangelhafte statistische Ausweise vor.

In Deutschland wird unmittelbar lediglich die überseeische Auswanderung über die zwei Hafenplätze Hamburg und Bremen, ferner über die Häfen des benachbarten Auslandes kontrolliert, während alle sonstigen Auswanderungen über die Reichsgrenze ebenso wie die Einwanderungen — diese im Gegensatz zu manchem anderen Staate wie insbesondere der amerikanischen Union — sich jeder statistischen Erfassung entziehen. Einen nur kümmerlichen Ersatz dieser Lücke bietet die Ermittlung der schließlichen, aus Abgleichung des Zu- und Abgangs resultierenden Ergebnisse der äußeren Wanderungen für kürzere Perioden, welche ohne Schwierigkeit in allen Staaten möglich ist und auch erfolgt, die sowohl reguläre Volkszählungen als auch eine zuverlässige Statistik der Geburten und Sterbefälle besitzen. Von der aus der Gegenüberstellung zweier aufeinanderfolgender Volkszählungsergebnisse berechneten Bevölkerungszunahme wird der für die betreffende Periode festgestellte Geburtenüberschuß abgezogen, und die sich daraus ergebende Differenz zeigt, falls positiv die Höhe des Wanderungsgewinnes, falls negativ den Umfang des Wanderungsverlustes in dem fraglichen Zeitabschnitt an. Eine Ergänzung dazu bietet die Feststellung der Ortsgebürtigkeit der Einwohner gelegentlich der Volkszählungen. Würde diese gleichzeitig auf der ganzen Erde erfolgen, könnte für jedes Land und für denselben Stichtag festgestellt werden, einerseits wieviel Auslandgebürtige es infolge der Einwanderungen in sich birgt und anderseits wieviel seiner Söhne und Töchter infolge der Auswanderungen in anderen Ländern sitzen. Leider ist aber auch diese Gebürtigkeitsstatistik nur in wenigen Ländern und meist nur in geringem Maß ausgebildet. Alles erreichbare

Material bezüglich der Verbreitung der Deutschen im Ausland und der Ausländer in Deutschland um die Jahrhundertwende hat Friedrich Zahn in den „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs“ (Jahrgang 1905; Ergänzungsheft) zusammengetragen.

Jede Auswanderung und die Richtung, die sie nimmt, ist die Folge äußeren Druckes oder inneren Dranges. Wirtschaftliche Not, Gewissensbedrängnis und politisches Elend führen — nur um einige der wichtigsten unter den unzähligen, vielfach differenzierten Auswanderungsmotiven herauszugreifen — ebenso zum Verlassen der Heimat wie angeborene Wanderfreude und Unternehmungslust, die dazu antreibt, auch ohne zwingenden Grund das Glück in der Fremde und namentlich in solchen Gebieten zu versuchen, in denen bei noch geringzähliger oder kulturell tiefftehender Bevölkerung die Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg besonders günstig zu sein scheinen.

Wenn ein äußerer Druck zum Verlassen der Heimat führt, vollzieht sich Aus- und Einwanderung meist in Massen. So entsprangen der Zug der Kimbern und Teutonen sowie die europäischen Massenauswanderungen in den Hungerjahren der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirtschaftlicher, der Auszug der französischen und Salzburger Protestanten, der britischen Puritaner wie der strenggläubigen Württemberger und der preußischen Amlutheraner vor 80 Jahren religiöser, die Heimatänderung vieler Deutscher nach 1848 und zahlreicher Russen in den letzten Jahren politischer Not. In den Fällen inneren Dranges dagegen gehen an sich Massen- und Einzelwanderung nebeneinander her, jedoch hat letztere im Laufe der letzten Dezennien mit Ausgestaltung der Verkehrstechnik und der persönlichen Freiheit immer mehr an Bedeutung gewonnen. An Stelle der antiken Aussetzung von Kolonien in eroberten Ländern, die bei den Griechen, Macedoniern und Römern als Staatssache betrieben wurde (vgl. unten S. 141), und an Stelle der Wanderungen ganzer Völker,

wie z. B. der Goten und Normannen, ist die „Pionierarbeit“ der einzelnen getreten, ohne daß freilich, wie das Treffen der Buren lehrt, das Wandern ganzer Volksteile völlig aufgehört hätte.

Aus all dem folgt zwar nicht, daß (wie häufig gesagt wird) Staaten mit starker Auswanderung stets oder doch wenigstens in der Regel „übervölkert“ sind. England bietet ein gutes Gegenbeispiel. Wohl aber liegt auf der Hand, daß solche mit anhaltend erheblicher Einwanderung mehr oder weniger wirtschaftliches Neuland sein müssen, dessen natürliche Bevölkerungsvermehrung zur völligen Ausnutzung der Produktionsbedingungen nicht ausreicht. Für das Mutterland ist die Auswanderung um so nachteiliger, je mehr seine Volkswirtschaft selbst noch Raum für produktive Arbeitskräfte hat, je arbeitsfähigere, tüchtigere und wohlhabendere<sup>1)</sup> Bevölkerungssteile es verliert und je weniger ihm die ausgewanderten Volksgenossen durch Gewinnung und Stärkung von Handelsbeziehungen zwischen der alten und der neuen Heimat einen Ausgleich bieten. Dem Aufnahmeland ist natürlich entsprechenderweise um so mehr gedient, je höher die sittliche, intellektuelle und physische Qualität der neuen Bewohner sich stellt. Eine Überschwemmung mit kulturell oder wirtschaftlich minderwertigen Elementen dagegen wirkt leicht auf Volkstum wie Volkswirtschaft gleich ungünstig ein; ein Beispiel bietet gegenwärtig Nordamerika mit seinem Zustrom chinesischer Kulis (vgl. S. 161). Für beide Seiten aber, freilich nach verschiedener Richtung, bringt die Außenwanderung wesentliche Verschiebungen der Alters- und Geschlechtsgliederung der Gesamtbevölkerung mit sich, da jene aus

<sup>1)</sup> Man hat geschätzt, daß allein das von den deutschen Auswanderern nach der Union im Laufe der Jahrzehnte gebrachte Sachvermögen rund 2½ Milliarden beträgt. Die von mehrfacher Seite angestellten Berechnungen auch der durch den „Kapitalwert“ des Auswanderers selbst dem deutschen Nationalvermögen entstandenen Verluste sind mißlig.

naheliegenden Gründen mehr Männer als Frauen und vorwiegend die produktiven Altersklassen umfaßt, wovon in den §§ 6 und 7 noch zu reden ist (vgl. auch oben S. 43).

Im Bevölkerungsaustausch der Erdteile, der erst seit etwa einem Jahrhundert größere Bedeutung erlangt hat, ist Europa von jeher gebend, Amerika (erst nur der Norden, seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch, wenngleich in geringem Maße, der Süden) von jeher empfangend gewesen. Neuerdings ist auf der verlierenden Seite namentlich Ostasien, auf der gewinnenden Australien und Südafrika hinzugetreten. Im ganzen letzten Jahrhundert wird Europa nicht viel weniger als 20 Millionen Menschen, d. h. über ein Zehntel seines Geburtenüberschusses über See an andere Erdteile abgegeben haben. Diese Tatsache läßt die oben (S. 24) festgestellte Verschiebung im Bevölkerungsschwergewicht der Erde noch beachtlicher erscheinen bei Berücksichtigung des Gewinns an europäischem Kultureinfluß, der neben vielen wirtschaftlichen Verlusten in den Zahlen der europäischen Auswanderung lebt.

Was die Beteiligung der einzelnen Länder an dieser anlangt, so stellten bis in den 70er Jahren Großbritannien und Deutschland, neben denen nur die skandinavischen Länder zu nennen waren, 5 bis 6 Siebentel der überseeischen Auswanderung Europas. Seitdem ist eine Änderung von Grund aus eingetreten, indem die Auswanderung von Süd- und Osteuropa mächtig zu-, aus Deutschland in den letzten Jahrzehnten mächtig abgenommen hat. Tabelle 6 läßt dies deutlich erkennen.

Die deutsche Auswanderung insbesondere richtete sich in früheren Jahrhunderten vorwiegend nach Rußland und Ungarn, blieb also auf dem Kontinent, wovon die baltischen Provinzen und Siebenbürgen besonders Zeugnis geben. Seit Ende des 18. Jahrhunderts ist die nordamerikanische Union

das bevorzugte Auswanderungsland geworden, an die Deutschland im Laufe der Jahrzehnte rund 5 Millionen (1821 bis 1910: 5 389 548) Menschen, d. h. etwa ein Fünftel der in den Vereinigten Staaten überhaupt Eingewanderten abgegeben hat. Den Höchstpunkt der deutschen Auswanderung über See bezeichnen die Jahre 1851 mit 251 009 und 1881 mit 206 189 Auswanderern allein nach der Union. In den letzten Jahrzehnten hält sich die gesamte Überseewanderung aus Deutschland auf jährlich 20 bis 30 000. 1912 betrug sie nur 18 545; davon sind 90 nach Großbritannien, 13 706 nach den Vereinigten Staaten, 891 nach Britisch-Nord-Amerika, 225 nach Brasilien, 3307 nach dem übrigen Amerika, 322 nach Australien, 4 nach Afrika gegangen. Wenn Asien hier gar nicht vertreten ist, so liegt dies an der Bevorzugung der Landverbindung vor dem Seewege durch die Auswanderer. Die nach den deutschen Kolonien Ausreisenden werden nicht als „Auswanderer“ registriert; daher die geringe Zahl der nach Afrika Gegangenen.

Infolge dieses Rückgangs der deutschen Auswanderung einerseits und der Anziehungskraft, die die aufblühende deutsche Industrie auf die Angehörigen anderer europäischer Völker ausübt, andererseits ist das Deutsche Reich neuerdings auf dem Wege, aus einem Auswanderungs- ein Einwanderungsland zu werden, das von außen über Land und See insgesamt mehr Menschen erhält als es abgibt. Mit Hilfe der oben gekennzeichneten Berechnungsmethode kann festgestellt werden, daß Deutschland hatte im Jahrfünft:

1880/85:	980215	Köpfe	Wanderverlust
1885/90:	329110	„	„
1890/95:	448810	„	„
1895/1900:	94125	„	Wandergewinn
1900/1905:	52518	„	„
1905/1910:	159904	„	Wanderverlust

Tabelle 6.

## Die überseeische Auswanderung aus den wichtigsten Staaten Europas.

Im Durchschnitte wanderten jährlich über See aus:

Herkunftsland	1861/70	1901/10
Deutschland . . . . .	78 877	27 965
Großbritannien . . . . .	157 183	271 513
Rußland . . . . .	454	114 903
Schweden, Norwegen und Dänemark . . . . .	20 276	50 974
Italien . . . . .	12 528	544 209
Osterreich-Ungarn . . . . .	5 000	219 407

Die Zahlen Großbritanniens und Italiens verlieren dadurch etwas an Gewicht, daß sich diese Länder besonders vieler Rückwanderer, die nach längerem Auslandsaufenthalt zur Heimat zurückkehren, erfreuen.

Es kann angenommen werden, daß das nächste Jahrzehnt bei günstiger Gestaltung des Wirtschaftslebens den Wandererverlust, der übrigens ganz besonders die Reichsländer trifft, wieder in einen Gewinn kehrt. Jedenfalls hat zum mindesten während der Perioden 1895/1905 im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten und auch zu fast allen anderen europäischen Ländern mit nur wenigen Ausnahmen (u. a. Frankreich und Schweiz) der Faktor der Wanderungen für Deutschland in positiver Richtung gewirkt und damit teilweise die Lücken ausgefüllt, welche der sinkende Geburtenüberschuß ließ. Mag es darum auch erfreulich sein, daß infolge zurückgehender Auswanderung der Heimat wertvolle Volkskräfte erhalten bleiben: Daß eine stärkere Einwanderung fremde Elemente dahin stellt und stellen muß, wo heimische wirken sollten, ist es sicherlich nicht. Die Zahl der in Deutschland lebenden, aber im Auslande geborenen Personen betrug Anfang Dezember

1880: 425 616 = 0,94% der Ortsanwesenden

1890: 518 510 = 1,05% " "

1900: 837 949 = 1,49% " "

Für 1910 ist die entsprechende Feststellung leider nicht veröffentlicht worden.

Im Sommer ist die Zahl bekanntlich weit höher und kann einschließlich der alljährlich nach Deutschland zu vorübergehendem Aufenthalt hereinflutenden industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter zurzeit auf annähernd 2 Millionen angenommen werden<sup>1)</sup>.

Demgegenüber ist in der oben (S. 79) erwähnten Denkschrift die Zahl der umgekehrt im Deutschen Reich Geborenen, aber im Ausland Lebenden zu Beginn des Jahrhunderts (ausschließlich Brasiliens, das ja große deutsche Kolonien hat, wofür aber leider einschlägiges Material fehlt) auf rund 3 $\frac{1}{2}$  Millionen ermittelt worden, wovon allein rund 2,7 Millionen, also mehr als drei Viertel, auf die Union<sup>2)</sup> und je 100 bis 150 000 auf Rußland, die Schweiz und Österreich entfallen.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Geffken, Bevölkerungspolitik, Auswanderung, Kolonisation; in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, 4. Auflage, II. Band, 2. Halbband. Tübingen 1898. — Goetsch, Artikel Auswanderung; Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Auflage, I. Band. Jena 1911. — Münckmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung. Jena 1912.

## II. Die Bevölkerungsart.

### § 6. Geschlechtsgliederung.

In dem wirtschaftlichen Wettstreit der Frau mit dem Mann ist die Frage nach dem inneren Wertverhältnisse beider

<sup>1)</sup> Die Gesamtzahl der in Europa ständig in Wanderung begriffenen Arbeiter hat Ferenczy gelegentlich eines Berichtes an die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz auf 2 $\frac{1}{2}$  Millionen geschätzt.

<sup>2)</sup> Die letzte amerikanische Zählung (1910) hat in der Union 2,5 Millionen aus Deutschland gebürtiger Personen ermittelt.

Geschlechter oft aufgeworfen worden. Bei eingehender Prüfung der physiologischen wie der psychologischen Voraussetzungen wird man zu dem Ergebnisse gelangen müssen, daß alles in allem beide Geschlechter einander gleichwertig sind, daß ihre natürlichen Betätigungsgebiete aber sich wie zwei exzentrische Kreise schneiden, einander zum Teil decken, zum Teil aber ergänzen. Schon aus diesem allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkte ist die volkswirtschaftlich günstigste Verteilung der Geschlechter (Sexualproportion) ihre gleichmäßige Vertretung. Deren noch größerer Vorzug aber liegt darin, daß, wo weder der Männer noch der Frauen zu viel sind, unter sonst gleichen Verhältnissen die Heiratsaussichten am besten stehen. Deren Ausmaß ist wiederum für die ganze berufliche und soziale Struktur des Volkes von einschneidender Bedeutung.

Tatsächlich scheint die Natur von jeher und überall auf einen Ausgleich der beiden Geschlechter hinzuwirken. Der Mensch freilich stört diese „göttliche Ordnung“, von der schon Süßmilch (vgl. oben S. 12) gesprochen hat, nicht unerheblich. Seit Jahrhunderten und in allen Kulturländern ist beobachtet worden, daß in dem scheinbar zufälligen Wechsel der Geschlechter unter den Geborenen eine ganz auffallende Regelmäßigkeit obwaltet, indem auf je 100 Mädchen durchschnittlich 105 bis 106 Knaben entfallen<sup>1)</sup>. Dieser anfängliche Knabenüberschuß findet jedoch mit ebenso erstaunlicher Regelmäßigkeit von jeher und überall seinen Ausgleich durch die

<sup>1)</sup> Die Frage, wonach sich im einzelnen Falle das Geschlecht des neugeborenen Kindes richtet, ist schon von zahlreichen Statistikern und Biologen untersucht worden, ohne daß eine allseitig befriedigende Lösung bereits gelungen wäre. Zahlreiche Gelehrte (z. B. zuerst Hofacker und Sabler) haben geglaubt, daß das Geschlecht des Kindes sich nach den Altersverhältnissen der Eltern richte, andere nach der Intensität des Wunsches und des Willens, dritte schließlich nach der Art der Ernährung. In allen drei Gruppen widersprechen sich die Forschungsergebnisse hinsichtlich der Richtung, in der die Beeinflussung Platz greifen soll, aber diametral. Ungeachtet dessen spricht viel für die von Walden er. vertretene Ansicht, daß das Geschlecht der Kinder bereits im Ei der Mutter unabänderlich bestimmt, unserem Einfluß also völlig entzogen sei.

oben (S. 71) schon berührte Verschiedenheit in der Absterbeordnung der beiden Geschlechter. Infolge der höheren Sterblichkeit der Knaben ist im Alter der Geschlechtsreife das zahlenmäßige Gleichgewicht hergestellt, um dann infolge der ebenfalls schon festgestellten längeren Lebensdauer des Weibes in den höheren Altersklassen gar einen Frauenüberschuß zu ergeben.

Dementsprechend verhalten sich in Ansehung der ganzen Erdbevölkerung, soweit gezählt (vgl. S. 23), nach neuester Berechnung die weiblichen zu den männlichen Personen wie etwa 99 zu 100. Die Differenz zu ungunsten der ersteren ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß in umfangreichen und dichtbevölkerten Gebieten das weibliche Geschlecht geringe Achtung genießt und infolgedessen Neugeborene weiblichen Geschlechts entweder (Süden und Orient) nur geringe Pflege erfahren oder gar (China, Indien und andere Länder Südasiens) nach einer immer noch nicht ausgerotteten Unsitte oft gleich nach der Geburt getötet werden. Auch Zählungslücken sind bei Frauen häufiger als bei Männern.

Betrachtet man die einzelnen Erdteile und Länder, so zeigen sich weit erheblichere Unterschiede als Folgen eben der Auswanderungen (vgl. § 5), denen gegenüber die „männermordende Feldschlacht“ an Bedeutung auch in dieser Beziehung heute stark zurückgetreten ist. Die alten Kulturländer mit starker Auswanderung zeigen meist einen unerwünscht hohen Frauen-, die Kolonialländer dagegen einen Männerüberschuß, der schon vielfach (auch in den deutschen Schutzgebieten) zu sehr unerwünschten Erscheinungen geführt hat.

So erklärt sich, daß in Europa, dem „alten“, durchschnittlich auf je 100 Männer 102 Frauen entfallen, während das junge Australien mit 85 Frauen auf je 100 Männer das entgegengesetzte Extrem zeigt. Dazwischen stehen Asien mit 96,

Afrika und Amerika mit je 97 Frauen auf 100 Männer. In der amerikanischen Union haben charakteristischerweise die östlichen Gegenden mit ältester Besiedelung (ebenso wie Mexiko) einen Überschuss an Frauen, die mittleren Territorien Geschlechterausgleichung, die westlichen dagegen erheblichen Frauenmangel. In Europa beträgt der Frauenüberschuss rund  $4\frac{3}{4}$  Millionen.

Im einzelnen entfallen nach den letzten Ermittlungen auf je 1000 Männer Frauen in:

Portugal . . . . .	1093	Niederlande . . . . .	1021
Norwegen . . . . .	1083	Ungarn . . . . .	1019
Großbritannien . . . . .	1061	Belgien . . . . .	1013
Dänemark . . . . .	1061	Italien . . . . .	1010
Spanien . . . . .	1049	Griechenland . . . . .	986
Schweden . . . . .	1046	Rumänien . . . . .	968
Schweiz . . . . .	1031	Bulgarien . . . . .	961
Österreich . . . . .	1030	Serbien . . . . .	937
Deutschland . . . . .	1026	Bosnien u. Herzegowina	893
Frankreich . . . . .	1022		

In dieser Reihe haben im allgemeinen die germanischen Völker einen größeren, die romanischen einen kleineren, die slavischen Völker den kleinsten Weiber-, die Balkanvölker gar einen Männerüberschuss. Die Ursache dessen liegt, worauf schon die Ausnahmen hindeuten, mehr in wirtschaftlichen und kulturellen Einflussfaktoren, als etwa in besonderen Rassen-eigentümlichkeiten. Die von anderer Seite gemachte Beobachtung, wonach die soziale Stellung der weiblichen Personen vielfach in umgekehrtem Verhältnisse zu ihrer Häufigkeit steht, findet in unseren Zahlen keinen Anhalt.

Auch innerhalb Deutschlands weisen die einzelnen Staaten ein verschiedenes Bild je nach den Zu- und Abwanderungsverhältnissen auf. In früheren Jahrzehnten hatten die Städte, Kolonialgebieten mit junger Kultur vergleichbar, im allgemeinen Männerüberschuss, im Gegensatz zum platten Lande, das infolge der Abwanderung viele Männer verliert.

Neuerdings aber sind es gerade die Großstädte, die in besonders hohem Grade Frauenüberschüsse aufweisen. Dies hängt einerseits mit den Bildungsgelegenheiten der Großstadt, andererseits mit der vermehrten Berufstätigkeit der Frau zusammen.

Den absoluten Zahlen nach hat die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 für das Deutsche Reich einen Frauenüberschuß von 845 661 (bei insgesamt 32 040 166 männlichen und 32 885 827 weiblichen Personen) ergeben. Dieses starke Überwiegen des weiblichen Geschlechts (um annähernd 3%) in der Gesamtbevölkerung ist unerfreulich. Durch sie erfährt schon aus rein physischen Gründen die Arbeits- und Wehrkraft der Nation Einbuße. Vor allem aber wird ein großer Teil der Mädchen von vornherein zu einem „sozialen Zwangszölibat“ verurteilt, welches für die Frau nach dem Urteil Sachverständiger meist schwerer zu tragen ist als für den Mann und — eine Grundtatsache der Frauenfrage — die Notwendigkeit selbständiger Lebenserhaltung ergibt. Eine Verminderung des Frauenüberschusses kann herbeigeführt werden: 1. durch Verminderung der Auswanderung; 2. durch Verminderung der Kindersterblichkeit, die mehr den Knaben als den Mädchen zugute kommt, den Anteil jener also erhöhen muß. Die §§ 4 (S. 73) und 5 (S. 82) haben gezeigt, daß in Deutschland lehtthin beides Platz gegriffen hat. Der deutsche Frauenüberschuß ist infolgedessen seit 1890 sowohl absolut wie auch, natürlich noch mehr, relativ ständig und stark gesunken.

Es wurden gezählt:

mehr Frauen als Männer (abgerundet)	auf je 1000 Männer	Frauen
1890	967,000	1040
1900	893,000	1032
1905	872,000	1029
1910	845,000	1026

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Bücher, über die Verteilung der beiden Geschlechter auf der Erde; Allg. Sta-

tistisches Archiv, II. Band. Tübingen 1892. — Gnaud-Rühne, Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende, 2. Auflage. Berlin 1907. — Mah, Der Überschuß an deutschen Frauen und ihre Heiratsaussichten; Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Band 34. Leipzig 1910.

### §. 7. Altersgliederung.

Raum weniger bedeutsam als die Geschlechtergliederung einer Bevölkerung ist ihr Altersaufbau. Er ist bestimmend für die wirtschaftliche, soziale, geistige und politische Entwicklung und Entwicklungsmöglichkeit. Je nach dem Anteil der einzelnen, teils mehr, teils weniger arbeitsfähigen Altersklassen muß das wirtschaftliche Leben eines Volkes ein anderes Gesicht haben. Die Stärke und Eigenart des intellektuellen Schaffens wird beeinflusst von dem zahlenmäßigen Verhältnisse zwischen Lehrenden und Lernenden. Die soziale und politische Bedeutung der Altersgliederung schließlich erhellt aus der Beobachtung, daß nach dem zutreffenden Worte Schmolers alle Festigkeit der Gesellschaft und die geordnete Überlieferung durch die Autorität der Alten, aller Fortschritt aber — beides gilt natürlich *cum grano salis* — durch die frischere Kraft der Jungen bedingt ist.

Kenntnisse von dem Altersaufbau übermitteln ebenso wie diejenigen über die Geschlechterzusammensetzung die Volkszählungen. Die dabei geübte Methode hat sich im Laufe der Zeit nach der Richtung hin verändert, daß früher direkt nach dem Alter in runden Jahren gefragt wurde, neuerdings dagegen fast überall nach dem Geburtsdatum, aus dem dann die verarbeitende Stelle ihrerseits die zurückgelegten Lebensjahre berechnet. Dadurch haben die altersstatistischen Angaben an Genauigkeit gewonnen. Im übrigen werden sie namentlich durch drei Momente beeinträchtigt: Unwissenheit der Befragten; bewußt zu niedrige Altersangaben, wie sie nachgewiesenermaßen insbesondere bei älteren Personen weiblichen Geschlechts häufig sind; schließlich bewußt oder unbewußt übertriebene Altersangaben, wie sie bei Greisen beobachtet werden können. Die Bedeutung dieser Fehlerquellen muß natürlich bei steigender Volksbildung sinken. Sie darf für die deutschen Verhältnisse nicht überschätzt werden.

Die Alterszusammensetzung eines Volkes ist das Resultat aus vier, in den vorausgegangenen Paragraphen behandelten Faktoren, die ihrerseits wiederum, wie bereits mehrfach gezeigt, umgekehrt durch sie beeinflusst werden. Diese Faktoren sind: die in der Bevölkerung obwaltenden Geburts- und Sterbekräfte (§ 4), die Geschlechtsgliederung (§ 6) und die Wanderungsbewegung (§ 5).

Unter normalen Verhältnissen gibt von dem Altersaufbau einer Bevölkerung ein zutreffendes Bild die Vorstellung einer Pyramide, deren breite Basis die jüngsten, deren Spitze die ältesten Einwohner bilden. Diese Pyramide ist zwar infolge der in den einzelnen Altersstufen verschiedenen Absterbeordnung (vgl. S. 71) nie völlig regelmäßig gebaut, eine auffällige Abweichung von dem Typ tritt aber erst ein, wenn bei sehr geringem Nachwuchs die Basis abnorm wird und infolgedessen bei gleichzeitig günstiger Sterblichkeit das Ganze die Form etwa einer Glocke erhält (Beispiel: Frankreich), oder wenn ungewöhnlich starke Zuwanderung in den mittleren Lebensaltern eine sichtbare Anschwellung, starke Abwanderung in den mittleren Lebensaltern eine sichtbare Einschnürung bei den mittleren Altersklassen herbeiführt. So spricht man von dem Altersaufbau ländlicher Bezirke mit erheblichem Verlust Erwachsener an die Städte bei gleichzeitig breiter Kinderbasis als von einer spindelförmigen und umgekehrt von dem der Großstädte mit schmalerer Kinderbasis und daran ansetzender Verdickung mit verhältnismäßig starkem Verbleib alter Leute in der Spitze als von einer zwiebel förmigen Gestaltung. Ähnliches ist bei ausgesprochenen Aus- und Einwanderungsländern zu beobachten.

Die eingehendere Betrachtung dieser Verhältnisse ist um so lohnender und interessanter, als der Altersaufbau nicht allein die Gegenwart charakterisiert, sondern zugleich auch in

die Vergangenheit und in die Zukunft weist. Auffallend hohe oder niedrige Besetzungen von Altersklassen müssen auf besondere Geburts- oder Sterbeverhältnisse in früheren Jahren zurückzuführen sein und haben anderseits in der nächsten Zukunft unnormale Vertretung der entsprechenden höheren Altersschichten zur unausbleiblichen Folge. So war die Nachwirkung der Feldzüge 1813/1815 noch lange im Altersaufbau der Bevölkerung zu verfolgen. Durch diese Kriege wurde der Bevölkerung eine große Zahl junger Männer zwischen dem 17. und 25. Lebensjahre entrisen, und dementsprechend zeigte noch ein halbes Jahrhundert später eine Altersschicht, nämlich diejenige zwischen Mitte der 60er und Mitte der 70er Jahre, eine unnormale geringe Besetzung. Ebenso ist noch heute in Frankreich und Deutschland eine auffallend geringe Besetzung der Geburtenjahrgänge von 1870 und 1871 festzustellen, während die Altersklassen aus den durch hohe Geburtenziffern ausgezeichneten folgenden Jahren sich heute (1913) in der besonders stark vertretenen Gruppe der auf der Grenze zwischen 30er und 40er Jahren Stehenden befinden.

Zwecks übersichtlicher Darstellung des Altersaufbaues einer Bevölkerung pflegt man eine Reihe von Altersjahrgängen zusammenzufassen. Die Abgrenzung kann dabei nach verschiedenen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Werden die militärischen in den Vordergrund gestellt, so bildet man innerhalb der männlichen Bevölkerung etwa 3 Gruppen: Die noch nicht ins Alter der Wehrpflicht getretenen, die wehrpflichtigen (gegebenenfalls noch weiter spezialisiert) und schließlich die nicht mehr wehrpflichtigen Jahrgänge. Die Parallele dazu bietet die schon oben (S. 42) berührte Zusammenfassung der gebärfähigen und der nicht gebärfähigen Jahresschichten bei den Frauen. Andere Scheidungs- und Zusammenziehungsmerkmale bieten u. a. die Altersgrenzen der Schulpflicht, der Strafmündigkeit, der

Wahlberechtigung. In der Bevölkerungsstatistik sind namentlich zwei Arten der Altersgruppierung gebräuchlich, deren eine auf rein rechnerischer, deren andere auf mehr wirtschaftspolitischer Auffassung beruht.

Die erste Methode bildet größere Gruppen durch Zusammenziehung von je 5 oder auch 10 Jahrgängen. Aus ihr resultiert für einige wichtige Länder nach den letzten Feststellungen das Bild der Tabelle 7.

Tabelle 7.

### Der Altersaufbau der Bevölkerung in sechs Ländern.

Von je 1000 Einwohnern stehen im Alter von Jahren	in Deutschland	in Österreich	in Frankreich	in England und Wales.	in Italien	in den Vereinigten Staaten von Amerika
unter 10	245	242	177	221	237	238
10—20	198	198	169	203	} 347	206
20—30	169	163	161	183		182
30—40	131	129	142	141	123	138
40—50	101	105	122	105	107	101
50—60	78	82	104	73	89	68
60—70	50	53	76	42	61	41
über 70	28	28	49	27	36	26

Die Unterschiedlichkeiten, die sich hier zeigen, können nach dem in den vorausgegangenen Paragraphen Ausgeführten nicht überraschen. Das klassische Einwanderungsland Nordamerika zeigt eine besonders starke Vertretung der mittleren und ein relatives Zurücktreten der oberen Schichten. Innerhalb der europäischen Staaten findet sich die breiteste Basis der Alterspyramide in Deutschland, dem Österreich, Italien, England und Frankreich abgestuft folgen. Die Ursache der Unterschiede liegt hier vor allem in dem verschieden hohen

Überschüsse der Geburten über die Kindersterblichkeit; je höher dieser, um so breiter die Grundlage des Aufbaues.

Um die Abweichungen noch schärfer hervortreten zu lassen, wird zu Vergleichszwecken sehr häufig, wie schon angedeutet, noch eine andere Gruppierung vorgenommen, indem man die Jahrgänge in eine noch nicht produktive (bis 15 Jahre: A), eine produktive (15 bis 60 Jahre: B) und eine nicht mehr oder doch nur noch beschränkt produktive Altersschicht (über 60 Jahre: C) zusammenfaßt. Dabei zeigt sich, um die soeben aufgeführten Länder auch hier als Beispiele zu benutzen, daß von je 1000 Einwohnern entfallen auf die Schicht

	in Deutsch- land	in Öster- reich	in Frank- reich	in England	in Italien	in den verein. Staaten
A (bis 15 Jahre)	348	352	261	324	341	344
B (15 bis 60 Jahre)	574	576	614	602	562	591
C (über 60 Jahre)	78	72	125	74	97	65

Die übliche Beurteilung dieser Zahlenreihe kleidet Conrad in die Worte: „Die Volkskraft liegt in den Altersstufen zwischen dem 15. und 60. Jahre; je größer der Prozentsatz dieser Klasse ist, um so stärker wird im Verhältnis die Volkskraft sein.“ Auch der hervorragende Reichsstatistiker von Scheel glaubte in gleicher Auffassung feststellen zu sollen: „Deutschland steht im Reichtum an produktiven Kräften gegen Frankreich bedeutend, gegen Österreich um Einiges zurück.“ Dem entspricht es dann weiter, daß, wie schon Bernoulli, J. G. Hoffmann, Wappaeus und Bloch getan, auf der anderen Seite starke Vertretung der jugendlichen Personen für nachteilig erachtet wird, weil sie den erwerbenden Teil der Bevölkerung in unerwünschter Weise belasten.

Die Richtigkeit dieser Anschauungsweise ist jedoch zu streiten. Einmal und vor allem leidet sie an einer bedenklichen

Überschätzung der Relativzahlen, die schon durch die eine Feststellung beleuchtet wird, daß der Relativanteil der „Produktiven“ während der drei letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in Frankreich bei stark zurückgehender natürlicher Vermehrung gestiegen, in Deutschland dagegen bei in gleicher Zeit stark ansteigenden Vermehrungsquoten etwas gesunken ist. Es ist eben nicht die Gestaltung der Relation der Schaffenden zu den nichtschaffenden Volksgenossen das Entscheidende für den Reichtum der Nation an produktiven Kräften, sondern vielmehr deren absolute Zahl und ihre Entfaltung. Man vergißt, daß eine hohe Quote im produktiven Alter Stehender wie günstige so auch ungünstige Ursachen haben kann. Sie kann zwar durch Einwanderung und Sterblichkeitsminderung herbeigeführt sein, ebenso gut aber auch durch Geburtenrückgang. Wo dieser in bedrohlichem Maß um sich greift, muß ganz naturgemäß die Alterspyramide sich wie in Frankreich und auch in England nach oben verschieben. Absterbende Völker haben übermäßig starke Besetzungen der höheren Altersschichten auf der einen, wenige Kinder und jugendliche Personen auf der anderen Seite. Bei absolut gleicher Zahl „produktiver“ Kräfte muß deren relativer Anteil in solchen Fällen größer sein als in aufstrebenden, blühenden Bevölkerungen, deren Altersaufbau den „progressiven“ Typ (nach Sundbärgs Ausdruck) in starker Besetzung des Kindesalters, der Verheißung wachsender Menschenmassen, aufweist. In der Auffassung der Kinder und Jugendlichen als einer „Belastung“ werden die Werte der Zukunft außer acht gelassen und privatwirtschaftliche Scheininteressen mit volkswirtschaftlichen Belangen verwechselt. In einem Volk mit weniger Unmündigen, ohne eigene Arbeit zu Erhaltenden mögen die einzelnen die Früchte ihres Schaffens in größerem Maße zu Ersparnis und Genuß verwenden, leichter und bequemer leben können, als unter anderen Umständen. Auf die

Dauer wird es jedoch an Macht und Bedeutung hinter den rasch anwachsenden Nationen zurückbleiben. Diese gewinnen nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität ihrer Angehörigen Vorsprung, denn sie müssen schwerer arbeiten und mehr entbehren als jene. Mit der Anstrengung und der Größe der Aufgaben aber wachsen (Kümelin) auch Tatkraft, Mührigkeit und Unternehmungslust. Die so verschieden geartete wirtschaftliche Entfaltung Frankreichs und Deutschlands in den letzten Jahrzehnten beweist dies zur Genüge.

Die volkswirtschaftlich günstigste Altersgliederung wird darum bei hoher mittlerer Lebensdauer und geringer Kindersterblichkeit eine mittlere Vertretung der Altersschicht 15 bis 60 (mit etwa 5 Zehnteln) und eine starke Besetzung der Altersschicht 0 bis 15 Jahre sein. Daß auch in Deutschland infolge des Geburtenrückgangs der Anteil der letzteren herabgeht, ist eine unerfreuliche Erscheinung.

Wie die verschiedenen Staaten Europas, so zeigen auch die verschiedenen Teile Deutschlands zwar mit wenigen Ausnahmen einander ähnliche, im einzelnen aber doch nicht unwesentlich verschiedene Altersgliederungen. Die bedingenden Faktoren sind hier die gleichen wie dort. Namentlich spielen die verschiedenartige Verteilung der Geschlechter, die höhere oder geringere Kindersterblichkeit (vgl. oben S. 74), nicht zuletzt auch der größere oder kleinere Anteil der Großstädte an der Gesamtbevölkerung eine Rolle. Was die deutschen Großstädte in ihrer Gesamtheit anlangt, so standen 1900<sup>1)</sup> 56,5% ihrer Einwohner im Alter von 15 bis 50 Jahren, gegen nur 46,0% des Reichsganzen mit Ausschluß der Großstädte.

Literatur: die im Texte des § 2 aufgeführten.

<sup>1)</sup> Neuere Zahlen stehen für diesen Vergleich nicht zur Verfügung.

### § 8. Körperliche Entwicklung und Gesundheitszustand.

Gleiche Altersschichten in gleicher Besetzung haben für die Volkswirtschaften doch nicht selten eine verschiedene Bedeutung, je nach dem Grad ihrer physischen und intellektuellen Leistungsfähigkeit. Was zunächst erstere anlangt, so ist sie das Ergebnis der körperlichen Entwicklung und des Gesundheitszustandes. Nach beiden Richtungen hin wären eingehende Vergleiche zwischen mehreren Völkern und auch Volksteilen wichtig, um damit weitere Maßstäbe zu deren Beurteilung zu gewinnen. Leider versagen aber hier die vorhandenen Hilfsmittel der Bevölkerungslehre.

Was die Anthropometrie und die ihr verwandten Wissenschaften mit Einzelbeobachtungen, auch in größeren Mengen, bisher erreicht haben, bietet volkswirtschaftlich nur wenig Interesse. Die Statistik aber vermag mangels der notwendigen greifbaren Kriterien positive Gesundheitsgrade überhaupt nicht, negative nur sehr roh zu erfassen. Infolgedessen muß die Aufgabe dahin eingeengt werden, daß es zu ermitteln gilt, in welchem Umfange neben den infolge ihres Alters noch nicht oder nicht mehr voll Produktiven auch weitere Teile der Bevölkerung aus physischen Gründen mehr oder weniger unproduktiv sind.

Diese physischen Gründe sind Erkrankungen und Gebrechen. Eine genaue Kenntnis des Krankseins (der Kränklichkeit) zunächst eines Volkes hätte um so größere Bedeutung, als das Ausmaß der Sterblichkeit noch keineswegs ein Bild auch von dem gesundheitlichen Zustande der Bevölkerung gibt. Ein langes Leben, dessen Produktivität durch ständige Krankheit gemindert ist, bedeutet volkswirtschaftlich weniger als ein kurzes, aber von intensiver Arbeitskraft beseeltes. Der Wunsch nach einer allgemeinen Morbiditätsstatistik wird darum schon seit langem von den verschiedensten Sei-

ten geübt, ist aber bislang in nur sehr unvollkommener Weise erfüllt worden.

Dies ist in den Schwierigkeiten der Materie selbst begründet. Schon über den Begriff der „Krankheit“ besteht keine Einigkeit. Es handelt sich bei ihr im Gegensatz zum Objekt der Sterblichkeitsstatistik um einen „Vorgang von stetem Wechsel der Erscheinungen, dessen Einreihung in eine genau faßbare Gruppe recht schwierig, häufig unmöglich ist“. Aber selbst wenn die Wissenschaft über diese Grenze sich einigte, so stände doch einer einwandfreien statistischen Aufnahme — sei es einer fortdauernden auf Grund einer Meldepflicht, sei es einer einmaligen auf Grund einer Zählung — die im einzelnen Falle weit auseinandergehende subjektive Auffassung des Erkrankten im Wege. Bei gleichschweren Krankheitserscheinungen fühlt der eine sich leidend, der andere nicht; der eine geht zum Arzte, der andere dagegen nicht. Zahlreiche tödliche Krankheiten schließlich verlaufen durchaus erscheinungslos und kommen zu einem großen Teil erst durch ihr Ende oder kurz vor diesem zur Kenntnis des Arztes. Unter diesen Umständen sind wir von einer wirklichen, allgemeinen Erkrankungsstatistik noch sehr weit entfernt, und wir besitzen vorläufig nur für einzelne, aus besonderen Gründen verhältnismäßig leicht erfassbare, gleichzeitig freilich auch besonders wichtige Krankheitsformen einerseits und für einzelne, besonderer Kontrolle dauernd unterliegende Bevölkerungssteile andererseits zuverlässiges Material.

Durch das Reichsgesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juli 1900 und durch die daran sich anschließende Spezialgesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten sind in Deutschland alle Ärzte zur Meldung jedes zu ihrer Kenntnis gelangenden Falles einer der in den Gesetzen genannten Infektionskrankheiten an die Polizeibehörde verpflichtet. Auf Grund dieses Materials wird die Bewegung der Infektionskrankheiten in den Veröffentlichungen der staatlichen und städtischen statistischen Ämter sowie für das ganze Reichsgebiet in den Publikationen des Reichsgesundheitsamtes (Veröffentlichungen des Kaiserl. Gesundheitsamtes, seit 1878; Medizinal-Statistische Mitteilungen aus dem Kaiserl. Gesundheitsamte, seit 1893) dargestellt. Vonlaufenden Statistiken über die Morbidität ausgewählter Bevölkerungskreise, aus denen allzuviel für den allgemeinen Gesundheitszustand und die allgemeine Krankheitsbewegung zu folgern freilich gewarnt werden muß, sind in Sonderheit zu erwähnen: die Erkrankungsstatistik der Krankenkassen, die weite Bevölkerungs- und Berufsschichten umfaßt und bereits

beachtliche Einzelleistungen aufweist; ferner die Fülle zahlenmäßigen Materials über den Gesundheitszustand der Schulkinder als Frucht der wesentlich im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffenen Einrichtung der Schulärzte; endlich die militärische Sanitätsstatistik sowie die Ergebnisse des Militärerfagesgeschäftes, aus denen namentlich das Preussische Statistische Landesamt seit geraumer Zeit bemüht ist, Materialien zur Beurteilung der als „Wehrfähigkeit“ deklarierten physischen Leistungsfähigkeit der Nation, ihres Standes und ihrer Bewegung zu gewinnen.

Auf die materiellen Ergebnisse all dessen einzugehen, fehlt hier der Raum. Es kann darauf auch um so eher verzichtet werden, als sowohl zeitliche wie internationale Vergleichen größeren Maßstabes unmöglich sind. Nur so viel sei gesagt, daß, obschon auch diese Statistiken manche trübe Kapitel ausweisen, sie doch in ihrer Gesamtheit in keiner Weise den Eindruck von einer vorhandenen oder sich heranbildenden „Degeneration“ des deutschen Volkes (vgl. oben S. 44) aufkommen lassen. Eher gestattet namentlich die offensichtliche und ständige Besserung des Gesundheitszustandes in der Armee auf das Gegenteil zu schließen. Jedenfalls soll man sich vor voreiligen Schlüssen in dieser Beziehung hüten. Solche Voreiligkeit aber ist es, wenn — wie häufig geschieht — aus etwa vorübergehenden Senkungen oder Schwankungen der militärischen Tauglichkeitsziffer (d. h. des Prozentsatzes der von den überhaupt vorhandenen Militärpflichtigen beim Heeresergänzungsgeschäft alljährlich zum Waffendienst körperlich tauglich Erklärten) eine ungünstige Entwicklung zu folgern. Der Begriff „Tauglichkeit“ ist flüchtig. Er hängt außer von dem subjektiven Ermessen der Ärzte vor allem von der Dringlichkeit des Rekrutenbedarfes ab, der nach Zeit und Ort schwankt, vor allem aber durch die Heeresgesetzgebung bedingt ist. Die weit höhere Tauglichkeitsziffer z. B. in Frankreich gegenüber Deutschland ist lediglich die Folge des Zwanges, angesichts des Geburtenrückganges zur Füllung der durch die Gesetzgebung vorgesehenen Formationen alle auch nur eini-

germaßen leistungsfähigen Männer einzustellen, während in Deutschland eine strengere Auswahl getroffen werden kann. Mit Rücksicht auf all dies ist auch der an die Rekrutenstatistik anknüpfende Streit über die größere oder geringere körperliche Tüchtigkeit der Stadt- und Landbevölkerung, der auf der einen Seite vor allem von der Brentanoschen Schule, auf der anderen von Ballod, Dade und Sering geführt wird, noch zu keinem Entscheid gekommen. Vorgefasste Meinung und politische Stellung spielen dabei bis auf den heutigen Tag eine maßgebende Rolle<sup>1)</sup>. Und selbst wo die Tendenz ausgeschlossen ist, widersprechen sich bislang vielfach die aus den verschiedenen Materialien gezogenen Schlüsse. So war z. B. das Kgl. Preussische Statistische Landesamt bei einer Untersuchung über die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten zu dem Ergebnis gekommen: „Je größer die Geburtsgemeinde, desto ungünstiger das Tauglichkeitsverhältnis.“ Genauere Erhebungen des Verbandes deutscher Städtestatistiker haben diese Annahme jedoch nicht bestätigt; vielmehr konnte der Bearbeiter (Ruczyński) zeigen, daß es nicht wenige Großstädte gibt, die höhere Tauglichkeitsziffern als die Landgemeinden des betreffenden Armeekorpsbezirks haben.

Während Erkrankungen mehr oder weniger vorübergehende Erscheinungen sind, versteht man unter Gebrechen angeborene oder erworbene Dauerzustände, welche die Leistungsfähigkeit gänzlich oder in hohem Grade beeinträchtigen. Die Feststellung ihrer Verbreitung besitzt neben der wissenschaftlichen eine hohe praktische Bedeutung für die Gesetzgebung und die Gebrechlichenfürsorge. Darum hat sie neuerdings allgemein verstärktes Interesse gefunden. Darüber, daß

<sup>1)</sup> Wegen Einzelheiten dieser interessanten Streitfrage sei auf die gebiegenen „Sanitätsstatistischen Betrachtungen über Volk und Meer“ des Chefs der Medizinalabteilung im Preussischen Kriegsministerium Generalstabarzt Professor Dr. von Schjernerug (vgl. Literaturangabe auf S. 103) hingewiesen.

die Gebrechen am einfachsten und zuverlässigsten gelegentlich der Volkszählungen, möglichst unter ärztlicher Nachprüfung der einzelnen Fälle, zu erheben sind, besteht Übereinstimmung. Bei der Auswahl der Ermittlungsgegenstände im einzelnen kann man mehr oder weniger weit gehen. Bei dem Jahrhundertzensus in England und den britischen Kolonien suchte man fast alle wesentlichen Arten der Gebrechen zu erfassen, hat dabei aber wenig Brauchbares gewonnen. Auf dem europäischen Kontinent beschränkt man sich im allgemeinen auf diejenigen Zustände, die einerseits am häufigsten sind, andererseits keine allzu großen Erhebungsschwierigkeiten bieten: Blindheit; Taubstummheit; Verstümmelung; Geisteskrankheit und Blödsinn. Die ersten drei sind als körperliche, die letzten zwei als geistige Gebrechen (vgl. § 9 S. 103) zu bezeichnen<sup>1)</sup>.

Zählungen der Blinden und Taubstummen werden ebenso wie in einer Reihe ausländischer Staaten auch in den deutschen Bundesstaaten seit Jahrzehnten veranstaltet, teilweise schon seit Beginn des vorigen Jahrhunderts. Die erste über ganz Deutschland sich erstreckende Zählung fand jedoch erst 1900 statt, und auf ganz regelmäßige Fortführung seit Beginn kann die Gebrechenstatistik nur in Preußen und Sachsen zurückblicken. Ihr wichtigstes Ergebnis ist zunächst hinsichtlich der Blinden deren starke relative Abnahme, die durchweg festzustellen und in erster Linie auf die erfolgreiche Bekämpfung der Augenentzündung der Neugeborenen, den Rückgang der Podenkrankheiten und im übrigen auf die Fortschritte der Augenheilkunde zurückzuführen ist. In Preußen wurden 1871 22 978 Blinde = 93, 1905 21 019 = 56, 1910 20 953 = 52 auf je 100 000 Einwohner gezählt. In ganz Deutschland stellte sich 1900 die entsprechende Quote bei einer absoluten Zahl von 34 335 auf 61, während sie für 1871 nach den Zahlen der

<sup>1)</sup> Wegen der Geschlechtskranken siehe unten S. 122.

größten Bundesstaaten und unter Schätzung der Lücken auf 88 angesetzt werden kann. Auch bei internationaler Vergleichung erscheint sie niedrig. Zu Anfang des Jahrhunderts (teils 1900, teils 1901) kamen auf je 100 000 Einwohner z. B. in Großbritannien und Irland 79, in Osterreich 57, in Ungarn 101, in Italien 118 Blinde; auch die übrigen Staaten des Südens, ebenso des europäischen Ostens, zeigen hohe Ziffern. Im allgemeinen ist die Blindheit bei den Männern häufiger als bei den Frauen, wohl infolge der Berufsverhältnisse. Zwischen den einzelnen Reichsgebieten herrschen ebenfalls große Unterschiede. Dem Maximum des Regierungsbezirks Gumbinnen mit 122 auf das Hunderttausend steht Hamburg mit 20 gegenüber. Überhaupt haben die vorwiegend städtischen Gegenden kleinste Ziffern. Der Grund wird teilweise darin zu suchen sein, daß unter den Zuwandernden sich nur wenige Blinde befinden. Außerdem sind die gesundheitlichen Einrichtungen in den Städten meist besser als auf dem Lande. Besonders weit verbreitet ist die Blindheit in Mecklenburg, ganz Ostelbien (mit Ausnahme Berlins und des Regierungsbezirks Potsdam), in Thüringen, sowie teilweise in der Rheinprovinz links des Rheins, in Württemberg und Bayern.

Nicht minder große Unterschiede walten hinsichtlich der Taubstummen ob, hinsichtlich derer es sich z. T. auch nach beiden Richtungen hin um die gleichen Gegenden handelt. Die Ursache dafür ist einerseits in der verschiedenen Ausbreitung derjenigen Krankheiten zu suchen, die häufig Taubstummheit zur Folge haben (Genickstarre, Scharlach u. dgl.), andererseits in der verschiedenen Häufigkeit des Retinismus, von dem weiter unten (S. 105) die Rede sein wird. Auffällig ist weiter, daß bei den Juden weit häufiger Taubstummheit vorkommt als bei den Christen, sicherlich zum Teil infolge der größeren Zahl der Ehen unter Blutsverwandten, deren schädlicher Einfluß erwiesen ist. Das männliche Geschlecht ist

im allgemeinen auch hier ungünstiger gestellt als das weibliche. Im Generaldurchschnitte Deutschlands entfielen 1900 (neuere Zahlen liegen nicht vor) auf je 100 000 Einwohner 86 Taubstumme. In Osterreich waren es um die gleiche Zeit 111, in Ungarn 132, in Italien 97. Auch die Taubstummheit nimmt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ab, wengleich nicht so stark wie die Blindheit. In Preußen entfielen auf je 100 000 Einwohner 1871 99, 1905 dagegen nur noch 90 und 1910 87 (absolute Zahl 34 804) Taubstumme. Am meisten kommt — im allgemeinen von Osten nach Westen zu abnehmend — das Gebrechen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern, am seltensten in Schleswig-Holstein vor.

Sehr gering ist unsere Kenntnis schließlich bis vor kurzem von der Verbreitung des Krüppeltums gewesen, das Rosenfeld nicht ganz mit Unrecht das größte soziale Glanzgebiet genannt hat. Von einigen älteren Erhebungen in kleineren Bezirken abgesehen, ist für ganz Deutschland erst 1906 durch den Deutschen Zentralverein für Jugendfürsorge mit Unterstützung des Bundesrats eine einschlägige Zählung erfolgt, die sich aber auch nur auf die Personen unter 15 Jahren beschränkte. Sie ermittelte 98 263 Jugendliche, denen einzelne Körperteile verkrümmt, gelähmt, verstümmelt waren oder denen sie fehlten. Die Gesamtzahl der Krüppel im Reich ist auf rund 500 000, d. h. auf nicht viel weniger als 1% der Bevölkerung anzusetzen. Historische und internationale Vergleichen müssen mangels einschlägigen Materials unterbleiben.

Literatur (außer der im Texte des § 2 aufgeführten): Wiesalski, Umfang und Art des jugendlichen Krüppeltums in Deutschland. Hamburg 1909. — Gottstein, Morbiditätsstatistik; in „Die Statistik in Deutschland“ (vgl. oben S. 15), I. Band. München 1911. — Prinzing, Die Statistik der Gebrechen; ebenda. — Derselbe, Handbuch der medizinischen Statistik. Jena 1906. — Hesse, Artikel

„Blinde“ und „Taubstumme“ im Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Auflage. Jena 1911. — von Schjerner, Sanitätsstatistische Betrachtungen über Volk und Heer. Berlin 1910.

### § 9. Geistesmängel und Bildungsgrad.

Nach hinsichtlich der geistigen Entwicklung des einzelnen wie des Volkes steht es so, daß im wesentlichen nur aus dem Negativen geschlossen werden kann. Mag geistige Kraft auch in ihrer positiven Wirksamkeit offenkundig sein, meßbar und zählbar wird sie erst, wenn sie bis über eine bestimmte Grenze geschwächt ist oder völlig fehlt. In beiden Fällen spricht man von geistigen Mängeln. Unter ihnen scheidet man ähnlich wie bei den körperlichen Mängeln Erkrankungen und Gebrechen voneinander: Geisteskrankheit (Irrsinn) auf der einen, angeborenen Blödsinn (Idiotismus) und Kretinismus auf der anderen Seite. Die Eigenart des Kretinismus gegenüber dem Blödsinn besteht darin, daß es sich bei ihm zwar ebenfalls um einen angeborenen Zustand geistiger Schwäche handelt, diese Schwäche aber stets mit körperlichen Entartungserscheinungen verbunden ist und endemisch, d. h. in ganz bestimmten Gegenden auftritt.

Geistig Schwache und Verwirrte stellen noch in weit größerem Maß als körperlich Gebrechliche eine Last für ihre Mitmenschen dar und sind fast immer mehr Konsumenten als Produzenten. Die Zahl seiner Irren, Idioten und Kretins, deren Zu- oder Abnahme ist daher für ein Volk von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Eine völlig zutreffende Kenntnis davon ist freilich ebenfalls nur schwer zu erlangen.

Die Schwierigkeiten der Abgrenzung geistiger Gesundheit und geistig abnormer Zustände (Erregungszustände u. dgl.) gegenüber wirklicher Geisteskrankheit, ferner der Scheidung zwischen nur vorübergehenden Geistesstörungen (z. B. im Delirium, im Wochenbett usw.) von jahredauernden und unheilbaren, schließlich der Trennung zwischen den drei Gruppen geistiger Defekte voneinander können nur

unter Hinzuziehung des sachverständigen Psychiaters für jeden einzelnen Fall völlig überwunden werden. Damit würde aber eine korrekte Zählung der geistig Kranken und Gebrechlichen einen Apparat verlangen, der jedenfalls bisher noch nirgends in Anwendung gekommen ist. Infolgedessen sind die vorliegenden Zahlen dieser Art ebenso unvollständig wie unsicher. Die in Ansehung der Geisteskrankheiten mannigfach herangezogene Krankenstatistik der Irrenanstalten bietet keinen Anhalt zur Beurteilung des Gesamtgesundheitszustandes, da nur ein Teil der Irren und zwar ein zeitlich schwankender Prozentsatz in diesen Anstalten Aufnahme sucht und findet<sup>1)</sup>. Hieraus ergeben sich die Vorbehalte für die Beurteilung folgender Ergebnisse amtlicher Zählungen.

Die preußische, mit der Volkszählung verbundene Erhebung von 1905 ermittelte 139 182 Irre und Idioten gleich 3,73 aufs Tausend der Einwohner, wozu Prinzing, ein hervorragender Sachkenner, anmerkt, daß etwa die Hälfte aller Zählobjekte nicht erfaßt sei. Träfe diese Annahme zu und würden gleiche Verhältnisse auch für die übrigen Reichsteile angenommen, so ergäbe sich für Deutschland eine Gesamtzahl von gegenwärtig rund 400 000 Geisteskranken und -schwachen. Von anderen Ländern beträgt die entsprechende Quote, soweit gezählt und soweit die Erhebung nicht mehr als 10 Jahre zurückliegt, u. a. in Ungarn 2,05, in England 4,08, in Schottland 4,54, in Irland 5,62, in Dänemark 3,02, in Schweden 3,37<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Mit Schlüssen aus diesem internationalen Material wird man nach obigem vorsichtig sein müssen, ebenso aber auch mit Schlüssen aus den zeitlichen Verschiebungen der Ziffern eines und desselben Landes, da es allzu unsicher ist, inwieweit eine etwaige Zunahme auf Tatsachen oder aber nur auf den heute mehr als früher geschärften Blick für unnormale Geistesverfassung zurückzuführen ist. Die Meinung der Medizinalstatistiker geht im allgemeinen dahin, daß während der letzten Jahrzehnte in fast allen Kulturländern

<sup>1)</sup> In preußischen Irrenanstalten waren im Jahresdurchschnitte 1881/90 84 781, 1891/1900 57 191, 1901/1910 101 077, im Jahre 1910 insbesondere 127 914 Geistes- kranke untergebracht.

die Fälle des angeborenen Blödsinns abgenommen, die Zahlen der Irnsinnigen dagegen durchweg etwas zugenommen haben, jedoch bei weitem nicht in dem Maße, als es nach der Statistik den Anschein hat (vgl. oben S. 47). Nach dieser wäre in Preußen der Anteil der Geisteskranken und -schwachen an der Bevölkerung von 2,23<sup>0</sup>/<sub>100</sub> in 1871 auf 3,73<sup>0</sup>/<sub>100</sub> in 1905 gestiegen. Tatsächlich wird die Zunahme erheblich geringer gewesen sein. Daß sie überhaupt Platz gegriffen hat, erklärt die nervenzerstörende Hast in Arbeit und Genuß unseres Zeitalters ohne weiteres.

Noch weniger als über die Häufigkeit von Ir- und Blödsinn sind wir über den Umfang des Vorkommens von Kretinismus unterrichtet. Jedoch steht u. a. fest, daß er in Süddeutschland weit häufiger ist als in Mittel- und Norddeutschland, wo er mit Ausnahme eines kleinen Gebietsteils Thüringens kaum gefunden wird. Seine Abnahme ist als zweifellos anzunehmen.

Die geistige Entwicklung eines Volkes in seinen, nach Abzug all dieser Unglücklichen verbleibenden gesunden Gliedern wird weniger — zum mindestens unmittelbar — bedingt durch das Wissen und Können einzelner bevorzugter Kreise als vielmehr durch das Maß der Volksbildung, d. h. insbesondere durch den Umfang, in dem die einzelnen Glieder der Volkswirtschaft in der Fertigkeit, Gedanken durch Zeichen festzulegen und mit durch Ort oder Zeit von ihnen Getrennten auszutauschen, die ersten Voraussetzungen für Ausdehnung der ideellen, aber auch der materiellen Kultur erfüllen. Auch hier hat man sich von jeher damit begnügt, die Abweichungen von der Regel, die abnormen Fälle, d. h. die Analphabeten — Personen, die, obschon über die ersten Lebensjahre hinaus, weder lesen noch schreiben können — sowie die Halbalphabeten, die zwar lesen, aber nicht schreiben können, zu ermitteln.

Die Gelegenheit hierzu bieten die Volkszählungen, die Eheschließungen und die Rekruteneinstellungen. Eine völlige Gleichmäßigkeit der Methode bei den einzelnen Ländern ist jedoch nicht verbürgt, namentlich nicht hinsichtlich der Behandlung der Halbalphabeten, die hier ohne weiteres zu den Analphabeten zugezählt, dort dagegen außer Ansatz gelassen werden. Zudem ist bei der einzigen Gelegenheit, in Ansehung der gesamten Bevölkerung und nicht nur einzelner ausgewählter Bevölkerungsteile ein Bild von der Sachlage zu erhalten, bei der Volkszählung, die Frage nach der Fähigkeit des Lesens und des Schreibens neuerdings gerade von den kulturell höchst stehenden Ländern überhaupt nicht mehr gestellt worden, weil kein Interesse dafür vorlag.

In allen Staaten, welche die Volkszählung auch nach dieser Richtung hin sich dienstbar machten, zeigt sich für die neueste Zeit eine bedeutende Besserung des Bildungsniveaus. Von 1880 bis 1910 ist z. B. in Österreich der Promillesatz der Analphabeten unter den Personen über 6 Jahre von 344 auf 241 gesunken, in Frankreich unter den Personen über 7 Jahre während dreier Jahrzehnte von 313 (1871) auf 178 (1901). Daß auch in Deutschland die Volksbildung mindestens ebenso große Fortschritte gemacht hat, lehren die Feststellungen gelegentlich der Rekruteneinstellungen. Im Jahre 1880 konnten von je 10 000 zum Reichsheer Ausgehobenen noch 157 nicht lesen und schreiben, gegenwärtig ist es noch durchschnittlich 1 (absolute Zahl 1911: 34 unter 271 499). Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Statistik derjenigen Eheschließenden, die ihren Namen nicht zu schreiben vermögen. Im Durchschnitte der Jahre 1881/84 waren in Preußen von je 10 000 eheschließenden Männern 362, von je 10 000 Bräuten 699 dazu nicht in der Lage; 1910 traf dies nur noch in 26 und 40 unter 10 000 Fällen zu. Damit weist Deutschland ebenso wie in der Rekrutenbildungsstatistik unter allen Ländern die bei weitem günstigsten Ziffern auf. Im allgemeinen folgen dann die übrigen germanischen Völker, weiter die Romanen und schließlich die Slawen. Dem entspricht es, wenn innerhalb

Deutschlands die Analphabeten am häufigsten im preussischen Osten sind. Daß schließlich das männliche Geschlecht wegen der meist besseren Schulerfolge und der später intensiveren Übung durchschnittlich günstiger dasteht als das weibliche, kann in fast allen Ländern beobachtet werden.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Peter-  
silie, Artikel Analphabeten; Handwörterbuch der Staatswissen-  
schaften, I. Band, 3. Auflage. Jena 1909. — Prinzing, Die Stati-  
stik der Gebrechen; in „Die Statistik in Deutschland“ (vgl. oben S. 15),  
I. Band. München 1911.

### § 10. Eheschließungen und Ehelösungen.

Die Ehe hat nicht nur nach der bereits in § 4 (S. 42) be-  
rückichtigten Richtung für die Entfaltung und Gestaltung der  
Bevölkerung ausschlaggebende Bedeutung, daß sie den Spiel-  
raum schafft und begrenzt, den die eheliche Fruchtbarkeit mehr  
oder weniger ausfüllt. Sie ist darüber hinaus mit dem Auf-  
steigen des Menschen in der Kultur aus einer Schutz- und  
Liebesgemeinschaft zu einer Lebensgemeinschaft geworden,  
die eine Fülle wirtschaftlicher und sittlicher Werte in sich  
schließt. Die Ehe erhöht den wirtschaftlichen Wert des Lebens,  
und schon oben (S. 70) wurde vermerkt, daß auch bei aller  
Strepis die statistische Erhärtung ihres lebensverlängernden  
Einflusses nicht völlig zu leugnen ist. Das beim Verheirateten  
stärkere Verantwortlichkeitsgefühl wirkt ferner nicht nur  
auf seine körperliche Fürsorge, sondern auch auf sein  
sittliches Verhalten ein. Die Statistik weist allgemein für  
die Verheirateten eine geringere Kriminalität nach als  
für die Ledigen. Doch auch ohne zahlenmäßige Beweise  
stände fest, daß die Familie die Grundlage jeder höheren  
Kultur und Sittlichkeit bildet. Ihre Voraussetzung aber ist  
die Ehe.

Unter Berücksichtigung all dieser Momente, deren Wirksamkeit letzten Endes in dem Maße der Leistung und Leistungsfähigkeit der die Bevölkerung bildenden einzelnen Lebensenergien zur Geltung kommt, muß es im allgemeinen als ein nationales Glück angesehen werden, wenn Heiratsfreudigkeit herrscht, und als ein bedenklicher Zustand, wenn das Gegenteil der Fall ist. Die Geschichte lehrt, daß es stets das Zeichen eines niedergehenden Volkes war, wenn große Massen in ihm auf die Befriedigung eines der natürlichsten und gleichzeitig sittlich höchststehenden aller menschlichen Bedürfnisse verzichten mußten oder aus eigenem Antriebe verzichteten.

Der Anteil der Verheirateten an der Gesamtbevölkerung ist das Ergebnis der stattgefundenen Eheschließungen und Ehelösungen, welche letztere teils durch den Tod, teils zwischen Lebenden erfolgen.

Im Deutschen Reiche werden jährlich rund 500 000 (1911: 512 819) Ehen geschlossen, d. h. von je 1000 Einwohnern treten jährlich etwa 16 Personen in den Ehestand. Die allgemeine Heiratsziffer, d. h. die Zahl der Eheschließungen aufs Tausend der Einwohner bezogen, stellte sich 1911 auf 7,8. Berechnet man die gleiche Ziffer nach den letzterschiedenen Statistiken auch für andere europäische Länder, so zeigt sich, daß sie sich in den slavischen Ländern Bulgarien (1909: 9,1) und Serbien (1910: 10,4), ferner in Rumänien (9,2) und Ungarn (8,6) am höchsten stellen. Das sind im wesentlichen die gleichen Länder, die in Tabelle 3 (oben S. 39) mit den höchsten Geburtenziffern paradieren. Am geringsten dagegen ist die Zahl der Eheschließungen bei den Völkern des Nordens. Zwischen beiden Extremen stehen die Romanen des Südens und die vorwiegend germanischen Länder Mitteleuropas mit folgenden Quoten (im allgemeinen nach den Ergebnissen des Jahres 1910):

Frankreich . . . . .	7,9	Dänemark . . . . .	7,3
Deutschland (1911). . . . .	7,8	Holland . . . . .	7,2
Italien . . . . .	7,7	Spanien . . . . .	7,1
Belgien . . . . .	7,7	Schottland . . . . .	6,3
Österreich . . . . .	7,5	Norwegen . . . . .	6,2
England . . . . .	7,4	Schweden . . . . .	6,0
Schweiz . . . . .	7,3		

Diese allgemeinen Heiratsziffern lassen die Unterschiedlichkeiten leicht erkennen, sind freilich ähnlich wie die allgemeinen Geburten- und Sterbeziffern nicht genau genug, wenn es sich darum handelt, den zeitlichen Verschiebungen in der Heiratslust nachzugehen. Hierzu wird vorteilhafterweise die besondere Heiratsziffer verwandt, die unter Berücksichtigung des Moments der Heiratsfähigkeit die Zahl der Eheschließungen lediglich zur Zahl der heiratsfähigen Ledigen, sowie der Verwitweten und Geschiedenen in Beziehung setzt. Freilich ist die Durchführung solcher Berechnungen, namentlich für weiter zurückliegende Zeiten, nur in beschränktem Maße möglich. Eine willkommene Ergänzung bietet darum die bei auch nur mäßiger Ausgestaltung des Registerwesens jederzeit mögliche Feststellung des durchschnittlichen Heiratsalters in den einzelnen Jahren und Ländern. Je höher dieses sich stellt, um so geringer ist gemeinhin die Eheschließungsziffer und umgekehrt. Eine sorgsame Untersuchung wird alle drei Berechnungsmethoden heranziehen und gemeinsam würdigen müssen.

Ohne das ganze weitschichtige Material, das sich hiernach wesentlich unübersichtlicher gestaltet als dasjenige bezüglich der Geburtlichkeit und Sterblichkeit, hier zum Abdruck zu bringen — die Beschränktheit des Raumes verbietet es —, kann festgestellt werden, daß sich für die Eheschließungen auch nicht eine nur annähernd ähnliche Gleichmäßigkeit der Entwicklung ergibt wie für jene beiden anderen Faktoren der natürlichen

Bevölkerungsbewegung. Dies gilt für die verschiedenen Zeiten ebenso wie für die verschiedenen Länder. Für das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts ist beispielsweise alles in allem eine Zunahme der Ehefrequenz und gleichzeitig Abnahme des Heiratsalters u. a. in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien und Frankreich, das Gegenteil in Ungarn, Schweden, Norwegen, Großbritannien und Holland anzunehmen. Über die Ursachen dieser so verschiedenen Gestaltung gehen die Ansichten wiederum weit auseinander. Sie erinnern an oben (S. 49 ff.) Ausgeführtes.

Die alte Lehre von Süßmilch, wonach wirtschaftliche Kultur und Heiratsziffer einander direkt parallel gehen, hat heute noch namhafte Anhänger. Solange die volkswirtschaftlichen Verhältnisse sehr einfach lagen, ist mannigfach dargelegt worden, wie mit sinkenden Getreidepreisen die Heiratshäufigkeit stieg und mit steigenden Preisen die Heiratlichkeit sank. Heute besteht dieser Zusammenhang freilich nicht mehr, da die Getreidepreise ihre Bedeutung als Gradmesser der wirtschaftlichen Lage verloren haben. Statt dessen hat in neuerer Zeit z. B. Cauderlier den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskonjunktur und Heiratsbewegung dadurch klarzustellen gesucht, daß er für jedes Jahr der Periode 1879/1890 die Ausfuhrwerte und die Eheschließungsziffern Englands gegenüberstellte und einen annähernd gleichen Verlauf der beiden Kurven für jedes einzelne Jahr nachweisen konnte. Ähnliches hat Sundbärg für Schweden dargetan. Ebenso weist Hesse in der neuesten Auflage des „Wörterbuchs der Volkswirtschaft“ mit Recht darauf hin, daß in den deutschen Zahlen der Einfluß des Aufschwungs nach dem großen Kriege und der günstigen Wirtschaftslage Ende der 80er und 90er Jahre sowie Mitte des ersten Dezenniums im neuen Jahrhundert gleicherweise zu erkennen ist, wie die Wirkung der Rückschläge und der

wirtschaftlichen Depressionen, die diesen aufsteigenden Konjunkturen folgten.

All dies liefert aber doch noch keinen schlüssigen Beweis. Faßt man nämlich größere Perioden zusammen und etwa das ganze 19. Jahrhundert ins Auge, so ergibt sich für eine ganze Reihe von Ländern trotz gewaltiger Fortschritte der wirtschaftlichen Kultur als Gesamteindruck keine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Heiratslust. In Preußen z. B. entfielen während der ersten Jahrhunderthälfte etwa  $9\frac{1}{2}$  Eheschließungen aufs Jahr und aufs Tausend der Bevölkerung, während der zweiten dagegen nur etwa  $8\frac{1}{2}$ . Die Beobachtung dessen hat neuere Bevölkerungsstatistiker, wie Mahr, Prinzing und wiederum Mombert und Brentano, zur Aufstellung einer der alten Anschauungsweise in ihrem wichtigsten Inhalt entgegengesetzten These veranlaßt, die sich mit der „Wohlstandstheorie“ hinsichtlich der Geburten- und Sterbefälle (vgl. oben S. 49 und 66) aufs engste berührt: „Innerhalb kleinerer Perioden oder in einzelnen Jahren schlägt wohl die Kurve der Eheschließungen vorübergehend nach der gleichen Richtung aus wie die Kurve der wirtschaftlichen Kultur; für die Dauer aber ist doch kein Zweifel, daß mit zunehmendem Wohlstand die Heiratslust nicht steigt, sondern sinkt.“

Aber auch diese These kann Allgemeingültigkeit nicht beanspruchen, wenn z. B. beobachtet wird, daß in Frankreich, wo der Wohlstand der einzelnen stärker zugenommen hat als irgendwo, das Heiratsalter schon seit den 50er Jahren die ausgesprochene Tendenz zeigt, sich zu vermindern, und daß, wie aus den oben S. 110 mitgeteilten Tatsachen erhellt, auch bei ungefähr gleichmäßigem Wohlstande und Wohlstandsfortschritt sich die Entwicklung der einzelnen Länder doch in Ansehung großer Zeiträume ganz verschieden gestaltet hat. Die Auffassung, wonach bei steigendem Wohlstand die

Heiratsziffer sinkt, leidet daran, daß auch hier aus der Tatsache des zeitlichen Zusammenfallens einer Steigerung der materiellen Kultur mit einer Minderung sittlicher Kultur ohne weiteres und ohne äußere wie innere Berechtigung eine Art Naturgesetz konstruiert wird. Das Versagen der alten Süßmilch'schen Erklärung angesichts größerer Zeiträume dagegen beruht darin, daß hier nur die wirtschaftliche Grundlage des Heiratens, nicht aber die psychologische beachtet wird. Beeinflusst durch eine Fülle allgemein wirksamer wie individueller Motive, durch äußere Umstände und innere Neigung, durch die wirtschaftliche Zeitlage, durch die Gesetzgebung, nicht zuletzt auch durch die Technik der Geburteneinschränkung, die das Heiraten als wirtschaftlich weniger riskant erscheinen lassen mag, spotten eben die Eheschließungen noch mehr als alle anderen Objekte der Statistik der angeblichen „numerischen Konstanz“ der gesellschaftlichen Erscheinungen, und am ehesten trifft wohl noch heute von allen abschließenden Urteilen über die Ursachen der Schwankungen in der Heiratshäufigkeit das vermittelnde Wort Hans von Scheel zu: „Es ist stets ein untrügliches Zeichen beengter und ungünstiger wirtschaftlicher Zustände oder der sinkenden Moralität eines Volkes, wenn Ehelosigkeit um sich greift.“ In dem zweitbezeichneten Moment wird die Erklärung für die Abminderung der Heiratshäufigkeit gegenüber der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu suchen sein. Wenn sie dann neuerdings wieder mehrfach eine Steigerung erfahren hat, so war dies die Folge wirtschaftlicher Verhältnisse, die den Einfluß des auch weiter nach unten drängenden anderen Faktors nicht nur ausgleichen, sondern sogar überkompensieren konnten. Daß dieses freilich auf die Dauer nicht möglich sein wird und damit nicht durchaus günstige Aussichten für die Heiratshäufigkeit der heute führenden Kulturvölker, insbesondere Deutschlands, im Verlauf der nächsten Dezennien sich eröffnen, zeigt schon

das Ergebnis der Eheschließungsstatistik Deutschlands für die Jahre 1901 bis 1910. In ihrem Durchschnitte stellte sich die allgemeine Heiratsziffer auf 8,0 gegen 8,2 im vorausgegangenen Jahrzehnt und 8,5 bis 8,6 in den 60er und 70er Jahren. Bei Zugrundelegung der „besonderen“ Heiratsziffer würde die Differenz noch stärker werden, da ja der Anteil der heiratsfähigen Altersschichten innerhalb der Bevölkerung (vgl. oben S. 43) in Zunahme begriffen ist. Setzt sich diese Entwicklung fort, so wird der oben behandelte Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit an einschneidender Bedeutung noch weiter gewinnen. Daß die Dinge sich aber anders gestalten werden, ist bei der immer mehr Platz greifenden Überschätzung der materiellen und Unterschätzung der ideellen Werte, insfolgedessen die Bedeutung der Ehe als eines menschlichen Bedürfnisses immer mehr zurücktritt, und angesichts auch des heute von Grund aus veränderten, sich auch weiter immer mehr verändernden Verhältnisses von Mann und Frau zur Ehe und in der Ehe nicht anzunehmen.

Damit hängt auch zum Teil zusammen, daß die Zahl der Ehelösungen kraft richterlichen Spruchs durch ganz Europa<sup>1)</sup> in Zunahme begriffen ist. Im übrigen wird man gegenüber allzu schnellen Folgerungen aus der Ehelösungshäufigkeit auf das moralische Niveau des betreffenden Volkes nicht die vielerlei Verschiedenheiten von Recht und Sitte außer Betracht lassen dürfen, die hierbei maßgebend sind. Auch hat sich unter dem Drucke der veränderten Anschauungen über die Festigkeit des Ehebandes und das freie Selbstbestimmungsrecht des Individuums in manchen Staaten ein Umschwung in der Stellungnahme der Gesetzgebung gegenüber der Ehe vollzogen, der zu deren interkonfessionellen Regelung und zur Erleichterung ihrer Lösung wesentlich beigetragen hat. Im einzelnen entfielen auf je 100 000 vor-

<sup>1)</sup> Ebenso auch in den Vereinigten Staaten.

handene Ehen in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts Scheidungen und Trennungen in:

Irland . . . . .	1	Belgien . . . . .	72
Norwegen . . . . .	10	Niederlande . . . . .	78
England . . . . .	11	Dänemark . . . . .	94
Italien . . . . .	15	Deutschland . . . . .	98
Schottland . . . . .	26	Rumänien . . . . .	98
Österreich . . . . .	31	Amerikanische Union rund	100
Schweden . . . . .	45	Frankreich . . . . .	129
Ungarn . . . . .	58	Schweiz . . . . .	200
Serbien . . . . .	63		

In Deutschland hatte die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zunächst einen Rückgang der Ehescheidungen zur Folge, doch war dieser nur vorübergehend und machte bald einer neuerlichen Zunahme Platz. Auf je 100 000 Einwohner entfielen im Durchschnitt des Reichs Ehescheidungen jährlich

1900/4 . . . . .	15,8
1905/09 . . . . .	20,6
1910 . . . . .	23,3 <sup>1)</sup>

Die Zunahme wird charakteristischerweise vor allem durch die sich ständig mehrende Anwendung von § 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses) bedingt. Unter den verschiedenen Reichsgebieten treten durch besonders hohe Scheidungsziffern Berlin, die Hansestädte, Brandenburg und Schleswig-Holstein, im übrigen die Großstädte vor dem platten Lande hervor. 1911 wurden in Preußen von je 100 000 bestehenden Ehen rechtskräftig geschieden in den Städten 221, auf dem Lande 52. Nach der Konfession waren von den geschiedenen Personen 76,0 % evangelisch, 21,7% katholisch und 1,9% jüdisch, während sich das Verhältnis der Konfessionen im Bestande der gesamten Bevölkerung wie 63 : 36 : 1,1 stellt. Besonders ungünstig stehen also hinsichtlich der Ehescheidungen im allgemeinen die jüdischen, be-

<sup>1)</sup> Absolute Zahl: 15 016.

sonders günstig die katholischen Bevölkerungsteile da, letztere nicht zuletzt unter dem Einfluß des kirchlichen Dogmas, das die grundsätzliche Unauflöslichkeit der Ehe lehrt.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Die auf Seite 76 angeführten Arbeiten von Brentano, Cauderlier, Lombert und Brinzing; ferner: Jaedel, Das Heiratsalter im Deutschen Reich 1901 bis 1910; Zeitschrift für Sozialwissenschaft, N. F., IV. Jahrgang. Leipzig 1913. — Most, Die Ehe als Problem der Volkswohlfahrtspflege. Archiv für Volkswohlfahrt, Band II. Berlin 1908. — Nabodnik, Die Abnahme des durchschnittlichen Heiratsalters in Deutschland; Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, XLVIII. Jahrgang. Berlin 1908. — Brinzing, Die Wandlungen der Heiratshäufigkeit und des mittleren Heiratsalters; Zeitschrift für Sozialwissenschaft, V. Jahrgang. Berlin 1902. — Most, Die Ehescheidungen; Soziale Kultur, 32. Jahrgang. M.-Gladbach 1912.

### § 11. Familienstand.

Am 1. Dezember 1900<sup>1)</sup> waren von je 1000 Einwohnern des Deutschen Reichs 595 ledig, 348 verheiratet, 57 verwitwet oder geschieden. Legt man nur die heiratsfähigen Altersschichten der Betrachtung zu Grunde, so waren von je 100

	Männern über 20 Jahre	Frauen über 18 Jahre
ledig . . . . .	30,3	29,1
verheiratet . . . . .	64,2	56,8
verwitwet )	5,5	14,1
geschieden )		

Gegen 1890 hatte sich der Prozentualanteil der Verheirateten etwas gemindert, wohl vor allem infolge des Rückgangs der Auswanderung. Für 1900/1910 würde sich, wenn eine entsprechende Reichsstatistik aufgemacht worden wäre, dieselbe Entwicklung ergeben, nur aus anderer Ursache, als Folge der Abminderung der Heiratsziffer, von der soeben

<sup>1)</sup> 1905 und 1910 ist das entsprechende Material zwar erhoben, aber nicht für das gesamte Reichsgebiet verarbeitet worden.

(S. 111) die Rede war. Ein internationaler Vergleich nach den Ergebnissen der Zählungen um die Jahrhundertwende ergibt, daß von je 1000 über 15 Jahre alten Einwohnern ledig waren u. a. in

Irland . . . . .	527	Berein. Staaten . . .	360
Schottland . . . . .	457	Italien . . . . .	353
England . . . . .	403	Frankreich . . . . .	343
Österreich . . . . .	392	Ungarn . . . . .	279
Deutschland . . . . .	378	Rußland . . . . .	262

Deutschland nimmt somit auch hier eine mittlere Stellung ein. Zwischen seinen einzelnen Landesteilen treten wiederum erhebliche Unterschiede zutage, die nicht aus wirtschaftlichen, beruflichen oder konfessionellen Verhältnissen sondern aus Stammesfitten und Gewohnheiten ihre Erklärung finden dürften.

Die Familienstandsgliederung eines Volkes ist aber in der Scheidung, inwieweit verheiratet, ledig oder nicht mehr verheiratet, noch nicht erschöpft. Auch die Trennung nach der Herkunft, ob ehelich oder unehelich, ist von großer sozialer Bedeutung und unmittelbar auch volkswirtschaftlich erheblich; stellen doch die Unehelichen aus Gründen, die nicht in den einzelnen Personen, sondern in den Verhältnissen liegen, eine physisch und psychisch weniger wertvolle Gesamtheit dar als die Ehelichen. Von großem Interesse ist darum die Kenntnis von dem Anteil, den die Illegitimen an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen haben. Von je 100 der letzteren waren 1910 unehelich u. a. in Österreich 13, Dänemark 11, Ungarn 9, Deutschland 9<sup>1)</sup>, Schottland 7, Belgien 6, Italien 5, England 4, Irland 3, Niederlanden 2.

Die weitgehenden Unterschiede lassen eine einheitliche Erklärung, etwa aus den Klasse-, Religions-, Wohlstands-, Siede-

<sup>1)</sup> Absolute Zahl 1911: 169 914 gleich 9,18% aller Lebendgeborenen.

lungsverhältnissen nicht zu. Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht minder erheblichen Differenzen zwischen einzelnen Gebietsteilen Deutschlands. Hier betrug 1911 z. B. in dem vorwiegend katholischen Regierungsbezirk Münster die Unehelichenquote 2,2% und in dem konfessionell ähnlichen Bayern 12,3%; in dem industrie- und städtereichen Sachsen stellte sie sich mit 15,1% nur wenig höher als in dem agrarisch-ländlichen Mecklenburg-Strelitz (14,0%); noch niedriger als in dem letzteren, wenig wohlhabenden Lande ist die Quote wiederum in dem reichen Hamburg (13,3%), während Berlin mit 27,0% hors de concours steht. Durchweg hohe Quoten weist Mitteldeutschland auf. Man wird auch hier die letzte Ursache der Verschiedenheiten in Umständen der Volkspsyche, der Sitte zu suchen haben.

Ziemlich allgemein ist für die letzten Jahrzehnte ein Rückgang der Unehelichenquote festzustellen. In Deutschland z. B. ist sie seit den 60er Jahren von 11,5 auf gegenwärtig etwa 9 gefallen. Die allerletzten Jahre freilich zeigen hier wieder ein Ansteigen der Quote (1901/05: 8,5; 1907: 8,7; 1908: 8,9; 1909: 9,0; 1910: 9,1). Der Grund dafür aber ist lediglich darin zu suchen, daß die eheliche Fruchtbarkeitsziffer (vgl. S. 42) weit schneller sinkt als die uneheliche. Letztere selbst ist, ausgedrückt im Verhältnisse der lebendgeborenen unehelichen Kinder zu je 1000 ledigen, verwitweten oder geschiedenen Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 49 Jahren, während des Zeitraumes 1876 bis 1905 z. B. in England von 13 auf 8, in Dänemark von 26 auf 23, in Österreich von 44 auf 38, in Italien von 24 auf 19, in Holland von 9 auf 6, in Deutschland von 28 auf 26 herabgegangen. Ob in dieser neuerlichen Entwicklung wirklich eine moralische „Besserung“, wie Optimisten meinen, zutage tritt, darf füglich bezweifelt werden. Vielmehr wird sie sich ohne weiteres damit erklären, daß auch im Geschlechtsverkehr

außerhalb der Ehe die Anwendung der Präventivtechnik zur Verhütung der Empfängnis schnelle Fortschritte macht, selbst in Kreisen und in Gegenden, wo man von diesen Praktiken noch vor kurzem nicht das mindeste wußte.

Von der Stellung der Unehelichen im Rahmen der Säuglingssterblichkeit war schon oben (S. 73) die Rede. Neuerdings hat man nicht ohne Erfolg versucht, in Spezialuntersuchungen eine gewisse Klarheit über die Gestaltung des Unehelichenfaktors in den späteren Lebensaltern zu schaffen. Doch scheitern weitergehende Bemühungen daran, daß der Staat in den großen bevölkerungstatistischen Erhebungen und Aufschreibungen, von der Geburten- und Säuglingssterbestatistik abgesehen, das Moment der ehelichen oder unehelichen Abstammung aus naheliegenden und billigenwerten Gründen allgemein ausschaltet.

Literatur: wie zu § 11, ferner: Haacke, Die Ehelosen; Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. F., 42. Band. Jena 1911. — Lindner, Die unehelichen Geburten als Sozialphänomen. Leipzig 1900. — Rauhe, Die unehelichen Geburten als Sozialphänomen. München 1913. — Spann, Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M. Dresden 1905.

## § 12. Sittennängel.

Über den Grad sittlicher Tüchtigkeit eines Volkes auf Grund greifbarer, in Zahlen umsetzbarer Tatsachen zu urteilen, bietet naturgemäß noch weit größere Schwierigkeiten, als sie hinsichtlich der körperlichen Tüchtigkeit zu beobachten waren. Man muß sich darum mit der Hervorhebung einiger ihrer Symptome begnügen, und zwar hier aus Raumrücksichten der wichtigsten darunter. Diese sind: Kriminalität, Alkoholismus, geschlechtliche Erkrankung, Prostitution und Selbstmord. Welche Fülle beiläufig auch moralstatistischer Elemente außerdem zahlreiche Nachweise der Wirtschaftsstatistik (z. B.

Konturs-, Arbeits- und Konsumstatistik) enthalten, hat neuerdings besonders von Mahr mehrfach dargetan.

Aus der Häufigkeit, Eigenart, Schwere und Ursache von Verbrechen und Vergehen lassen sich zweifellos Schlüsse auf die Moralität oder richtiger Immoralität des Volkes ziehen, aber im einzelnen ist die größte Vorsicht in der Bewertung des Materials am Platze, das uns die Kriminalstatistik hierfür bietet. Diese berücksichtigt nur die gesühnten, nicht aber die Gesamtheit der vorgekommenen Gesetzesverletzungen, und ebenso ist sie nicht in der Lage, die für ein zutreffendes Urteil geradezu ausschlaggebenden Motive des Handelns oder Unterlassens ausreichend klarzustellen. Namentlich internationale Vergleichen begegnen größten Bedenken, weil nicht nur an sich der Kreis strafwürdiger Vergehungen in den verschiedenen Ländern verschieden abgegrenzt ist, sondern auch die Quote der ungestraft bleibenden Vergehen und Verbrechen sehr auseinandergeht. Weiter erzeugen bei sonst durchaus gleicher Güte der Moral einer, der Strafrecht andererseits doch Volkscharakter und Sitte sowie wirtschaftliche, politische und allgemein kulturelle Verhältnisse ganz verschiedene „Kriminalitäten“. Schließlich hat sich nicht selten im Laufe der Zeiten bei im wesentlichen unveränderter Gesetzgebung die Praxis der Strafverfolgung geändert. Letzteres ist z. B. für die Beurteilung des erheblichen Rückgangs der Kriminalität, die aus der englischen und der französischen Statistik zu erhellen scheint, in Betracht zu ziehen. Für Deutschland hat sich im Gegensatz dazu in den letzten Jahrzehnten ein, durch formale Gründe nicht erklärbares Steigen der Kriminalität gezeigt. Von dem, im engeren Zusammenleben der Menschen gegebenen Anreiz zu mancherlei Vergehen und Verbrechen abgesehen, wird es auf ein Sinken des Sittlichkeitsniveaus zurückzuführen sein. Diese Auffassung gewinnt an Gewicht, wenn die Bewegung in den

einzelnen Gruppen der strafbaren Taten verfolgt wird.

In Deutschland werden jährlich 5 bis 600 000 (1911: 552 556) Personen wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Reichsgesetze verurteilt. Auf je 10 000 strafmündige Personen kamen derartige Verurteilungen im Durchschnitte von 1882/91 rund 110; 1902/1911 dagegen rund 125.

Dabei haben die Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen und die Amtspflichten im allgemeinen ab-, diejenigen gegen Personen, öffentliche Ordnung, Staat und Religion aber zugenommen. Die jährlichen Verurteilungen wegen Mordes und Totschlags sind seit Anfang der 80er Jahre ungefähr auf dem Stand von jährlich 300 geblieben. Gestiegen sind dagegen u. a. die Verurteilungen wegen Raubes und räuberischer Erpressung von 400 auf 700, wegen gefährlicher Körperverletzung von 50 000 auf 90 bis 100 000, wegen Unzucht und Notzucht von 3000 auf über 5000, wegen Hausfriedensbruchs von 15000 auf 20 bis 25 000. Dieses Bild stark gesteigerter Gewalttätigkeits- und Sittlichkeitsdelikte wirkt sehr unerfreulich, insbesondere wenn der Anteil der jugendlichen Personen bedacht wird<sup>1)</sup>. Übrigens lassen die Kriminalstatistiken auch anderer Länder eine Zunahme namentlich der Sittlichkeitsverbrechen erkennen. Es liegt nahe, dafür ähnliche Ursachen wie für den oben behandelten Rückgang der Fruchtbarkeit anzunehmen.

Zahlreiche Verbrechen und Vergehen werden im Rausche begangen. Kriminalität und Alkoholismus hängen darum eng zusammen. Umsänglicher Alkoholgenuß führt aber darüber hinaus zur Vergeudung wirtschaftlicher Güter, zur Ver-

<sup>1)</sup> 1911 waren z. B. von den 5584 wegen Unzucht oder Notzucht Verurteilten 1014 unter 18 Jahre alt.

minderung der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere auch der Wehrfähigkeit des Volkes. Er schädigt weiter die Nachkommenschaft, erhöht die Sterblichkeit und vermehrt die Zahl der Unfälle und Selbstmorde. Leider bietet die Statistik nur geringen Anhalt zur internationalen Vergleichung wie zur Erkenntnis der Entwicklung. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade auf diesem Gebiete eine, wenn auch wohlmeinende Tendenz oft zur Färbung der Tatsachen geneigt ist. Vor den von solcher Seite mannigfach gezogenen, allzu pessimistischen Schlüssen muß gewarnt werden. So darf z. B. aus dem in den letzten Jahrzehnten gesteigerten Zugang an chronischen Alkoholikern in den allgemeinen Krankenhäusern nicht ohne weiteres eine Zunahme der Trunksucht gefolgert werden, da er zweifellos in der Hauptsache (von Mahr) durch die bedeutende Vermehrung und Vergrößerung der Heilanstalten sowie durch die Verallgemeinerung der Heilpflege infolge der gesamten neuzeitlichen charitativen und sozialpolitischen Entwicklung hervorgerufen ist. Mehr, wenn auch ebenfalls nur bedingt Zutreffendes besagen die (nie völlig genauen) Erhebungen über den Alkoholkonsum in den einzelnen Ländern. Bei der Vergleichung ihrer Ergebnisse muß man sich namentlich davor hüten, die Art des alkoholhaltigen Getränkes und die wesentlichen Unterschiede, die auch bei gleichnamigen Getränken in deren Alkoholgehalt zwischen den einzelnen Ländern und Landesteilen bestehen, unberücksichtigt zu lassen. Ferner besteht ein Mangel darin, daß die Berechnungen sich stets auf den Kopf des Einwohners beziehen, während große Teile von diesen als Alkoholkonsumenten gar nicht in Frage kommen. Jedoch ist die richtige Abgrenzung der letzteren praktisch so schwierig, daß man doch immer wieder zu der alten Darstellungsmethode zurückkehrt. Nach neueren einschlägigen Zusammenstellungen entfallen auf den Kopf des Einwohners an Bier in Groß-

britannien 125 l, in Deutschland 99 l<sup>1)</sup>, in den Vereinigten Staaten 79 l, in Frankreich 36 l, in Norwegen 14 l, in Italien 1 $\frac{1}{4}$  l. Hinsichtlich des Branntweins beträgt die Kopfquote in Dänemark 6,4 l, in Holland und Frankreich je 3,5 l, in Deutschland 3,0 l<sup>1)</sup>, in den Vereinigten Staaten 2,7 l, in Großbritannien 2,3 l, in Norwegen 1,5 l, in Italien 0,7 l. Der Weinkonsum schließlich ist in Frankreich auf rund 170 l, in Italien auf rund 100 l, in der Schweiz auf rund 70 l, in Österreich-Ungarn auf annähernd 20 l, in Deutschland auf rund 7 l, in Großbritannien auf rund 2 l zu beziffern; die anderen Staaten bleiben weit zurück. Deutschland gehört somit jedenfalls nicht zu den Ländern, in denen wenig getrunken wird, und wenn auch alle drei Spalten rückläufige Ziffern aufweisen, so besagt doch die eine Tatsache genug, daß nach der Schätzung des „Reichsarbeitsblatts“ noch heute in Deutschland alljährlich für Alkoholika etwa 3 Milliarden Mark ausgegeben werden. Das ist doppelt so viel, wie sämtliche Ausgaben für Heer und Marine, mehr als viermal so viel, wie die Aufwendungen für die öffentliche Arbeiterversicherung, und etwa fünfmal so viel, wie die Ausgaben für die öffentlichen Volksschulen betragen.

Nicht ungünstig haben sich in Deutschland während der letzten Jahrzehnte die venerischen Krankheiten entwickelt. Zwar werden in den Krankenhäusern Deutschlands jährlich rund 30 000 Personen wegen Syphilis und rund 25 000 wegen Gonorrhöe — an sich recht beklagenswerte Mengen, wozu die Fülle der Geschlechtskranken außerhalb der Krankenhäuser (darunter etwa 20% verheiratet!) hinzutritt — neu aufgenommen, aber doch ist die Syphilis zweifellos in erheblicher

<sup>1)</sup> 1910 wurden im Deutschen Zollgebiet einschl. Luxemburg 64,1 Mill. hl Bier getrunken, d. h. 99 l auf den Kopf der Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt 1895/1901 dagegen 113 l). In Bayern betrug diese Kopfquote 228, in Württemberg 164, in Baden 129, im Norddeutschen Brausteuergebiet 78. Der Branntweinverbrauch (ausschl. desjenigen zu gewerblichen usw. Zwecken) stellte sich auf 2,0 Mill. hl, d. h. 3 l auf den Kopf der Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt 1895/1901 dagegen 4,3 l).

Abnahme begriffen, die Durchseuchung mit Gonorrhöe vermutlich gegenwärtig in Deutschland ziemlich stationär. Genaueres Zahlenmaterial liegt leider wiederum nicht vor. Die im April 1900 in Preußen durchgeführte Zählung der wegen Geschlechtskrankheiten in ärztlicher Behandlung Befindlichen ist mit rund 30 000 männlichen und 10 000 weiblichen Erkrankten in der ganzen Monarchie sicher erheblich hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben. Fest steht jedoch einerseits, daß die Großstädte dem platten Lande gegenüber besonders belastet sind, und andererseits, daß Deutschland in der einzigen internationalen Statistik, die vorliegt, nämlich hinsichtlich des Zugangs an venerischen Erkrankungen im Heer, unter allen in Betracht gezogenen Ländern die besten Verhältnisse aufweist. Nicht weniger verdient die Tatsache Hervorhebung, daß die Zugangsziffer im Verhältnis zur Kopfstärke der deutschen Armee während des letzten Vierteljahrhunderts fast auf die Hälfte gesunken ist. Darin ist eine Folge freilich nicht etwa zunehmender geschlechtlicher Enthaltksamkeit zu sehen, sondern vielmehr das Ergebnis einer erfolgreicher gewordenen Verhütung venerischer Ansteckung durch militärisch-sanitäre wie auch privat-vorbeugende Maßnahmen.

Der Anteil der Prostitution, der öffentlichen wie der geheimen, an den venerischen Erkrankungen ist bekannt. Die Frage nach der zweckmäßigsten Stellungnahme des Staates ihr gegenüber bildet darum eines der wichtigsten Probleme der Bevölkerungspolitik. Sie ist aber kaum lösbar, solange es an jeder auch nur einigermaßen sicheren Unterlage über den Umfang der Prostitution wie in anderen Ländern so auch in Deutschland fehlt. Sicher ist nur, daß die in Bordellen internierte Prostitution zurzeit in Abnahme begriffen ist, während die geheime, d. h. den Wohlfahrtsbehörden unbekannt Prostitution stark zunimmt. Trotzdem hat die Kontrolle der offenen, d. h. polizeilich eingeschriebenen Dirnen an

der Abnahme der schweren Geschlechtskrankheiten ihren unbestreitbaren Anteil. Über die Herkunft und den früheren Beruf der Dirnen sowie über die Motive des Übergangs zur Prostitution liegen mancherlei Untersuchungen vor, mit jedoch wenig befriedigenden Ergebnissen. Daß die Prostituierten entgegen weit verbreiteter Annahme keine hohe, sondern eine verhältnismäßig niedrige Kriminalität aufweisen, ist neuerdings zutreffenderweise dargetan worden.

Auch über die Verbreitung des Selbstmordes, einer im Sinne der geltenden Ethik unsittlichen und unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte meist auch unökonomischen Handlung<sup>1)</sup>, sind wir nur mäßig orientiert, weil vielfach eine, dem Grade nach räumlich und zeitlich verschiedene Neigung der Nächstbeteiligten besteht, den Selbstmord als Unglücksfall erscheinen zu lassen. Oft ist auch dem Beobachter die einwandfreie Konstatierung, ob natürliches oder gewaltsames Hinscheiden vorliegt, unmöglich. Immerhin kann folgendes festgestellt werden: In den einzelnen Ländern ist die Selbstmordhäufigkeit (auf die Einwohnerzahlen bezogen) außerordentlich verschieden, ohne daß es gelungen wäre, die Ursachen dessen einigermaßen klarzustellen. Sicher erscheint nur, daß der Stärke des religiösen Einflusses (zugunsten der Katholiken), des Volkscharakters sowie der Siedelungsweise (zugunsten der großen Städte) nicht unwesentliche Bedeutung beikommt, sowie daß weiter ein bemerkenswerter Parallelismus zwischen der Selbstmordhäufigkeit und der Häufigkeit der Ehelösungen (vgl. oben S. 114) besteht und daß schließlich der Selbstmord während der letzten Jahrzehnte, von deren „Mortuositas“ so oft die Rede ist, in fast allen Ländern zugenommen

<sup>1)</sup> Im „Standard“ (Jahrgang 1909) bezeichnete der Bischof von Durham, Monte, den Selbstmord einmal als das bezeichnendste Beispiel für die „Ebbe der nationalen Lebenskraft“, dessen Ursachen zumeist in „der neurasthenischen Hoffnungslosigkeit, dem erdrückenden Bewußtsein von den Folgen des Lasters und dem Mangel an religiöser Überzeugung“ gelegen seien.

hat, mit Ausnahme eigentlich nur Norwegens, dessen energischer Kampf gegen den Alkohol auch den Selbstmord zu einer Seltenheit gemacht hat, sowie Deutschlands, wo die Ziffer sich seit langem ziemlich stationär hält, freilich auf einer Höhe, die nur von wenigen anderen Ländern übertroffen wird. Nach den neuesten Durchschnittsdaten, die vorliegen, stellen sich die Selbstmordziffern (Selbstmorde auf je 10 000 Einwohner) wie folgt: Schweiz 2,3, Frankreich 2,3, Dänemark 2,3, Deutsches Reich 2,2, Japan 2,0, Ungarn 1,8, Österreich 1,7, Australien 1,2, Belgien 1,2, Schweden 1,2, England 1,0, Holland 0,6, Norwegen 0,6, Italien 0,6, Schottland 0,5, Serbien 0,5, Irland 0,3. In England ist der Selbstmord wie dessen Versuch ein strafbares Delikt. Die Reihe zeigt, daß andere Länder ohne diese Strafbestimmung noch günstiger dastehen. Innerhalb Deutschlands sind wegen besonders hoher Selbstmordziffern Mittel- sowie das zentrale Norddeutschland, wegen des Gegenteils der Westen, Osten und Süden zu nennen. Die absolute Zahl der Selbstmörder betrug 1911 im ganzen Reichsgebiete 14 181, wovon 10 783 männlichen und 3398 weiblichen Geschlechts. Auf je 10 000 Einwohner entfielen 2,17 Selbstmorde und auf je 1000 männliche Selbstmörder 315 weibliche.

Literatur (außer der im Texte des § 2 aufgeführten): Utschafenburg, Das Verbrechen und seine Abwehr. Heidelberg 1903. — Baer-Laquer, Die Trunksucht und ihre Abwehr, 2. Aufl. Berlin 1907. — Blaschko, Artikel „Prostitution“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., VI. Band. Jena 1910. — von Mahr, Sozialstatistik (Statistik und Gesellschaftslehre, 3. Band); Tübingen, seit 1909 im Erscheinen begriffen. — Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik. Jena 1906. — Kost, Der Selbstmord als sozialstatistische Erscheinung. Köln 1905. — Schneider, Die Prostituierte und die Gesellschaft. Leipzig 1908. — Wassermann, Begriffe und Grenzen der Kriminalstatistik. Leipzig 1909. — Beiträge zur Alkoholfrage; Reichsarbeitsblatt, 4., 7. und 8. Jahrgang. Berlin 1906, 1909 und 1910.

## § 13. Siedelungsweise.

Aus den vorausgegangenen Paragraphen, in denen mehrfach auf die Verschiedenheiten zwischen Stadt und Land hingewiesen werden mußte, erhellt ohne weiteres die große Bedeutung, welche die Siedelungsweise des Volkes für dessen physisches, geistiges und sittliches Gedeihen besitzt. Die Wahrheit des Wortes, daß die großen Städte dem übrigen Lande im Guten wie im Schlechten stets voraneilen, hat auch in den bisherigen Ausführungen eine Bestätigung gefunden. Unter diesen Umständen ist es von besonderer Bedeutung, daß während der letzten Jahrzehnte in keinem Lande Europas der Prozeß der „Verstädtlichung“, d. h. der zunehmenden populationistischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Konzentration in größeren Städten derartige Fortschritte gemacht hat wie in Deutschland. Während des Zeitraums 1880 bis 1900 hat z. B. die Bevölkerung der Wohnorte mit mehr als 40000 Seelen im Durchschnitt Europas um rund 70% zugenommen, in Deutschland dagegen um 130,5%.

Noch 1880 war das Deutsche Reich weniger städtisch als seine Nachbarländer, ja auch weniger städtisch als z. B. die Türkei und Italien. Heute trifft dies lediglich hinsichtlich Großbritanniens und der wegen ihres geringen kontinentalen Umfangs hier kaum vergleichbaren Niederlande noch zu. Von je 1000 Einwohnern bewohnten Orte mit mehr als 40000 Seelen in:

	1880	1900		1880	1900
Großbritannien und			Belgien . . . . .	171	214
Irland . . . . .	344	439	Türkei (europäisch). . . . .	156	200
Niederlande . . . . .	202	286	Italien . . . . .	128	174
Deutsches Reich . . . . .	124	230	Frankreich . . . . .	149	158
Dänemark . . . . .	138	224			

Schärfer noch tritt diese Entwicklung bei einem Blick auf die Großstädte insbesondere hervor. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fehlte Deutschland in der Reihe der (damals 12)

Großstädte Europas fast ganz; nur an drittlezter und letzter Stelle war es mit Berlin (1800: 172 132 Seelen) und Hamburg (1811: 106 983) vertreten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts kam Breslau hinzu. Kurz danach überschritten Köln und München die Grenze der ersten Hunderttausend, bis 1870 ferner noch Dresden, Königsberg und Leipzig. Von da aber geht es mit Riesenschritten vorwärts. 1880 gibt es 15 Großstädte in Deutschland, 1890 26, 1900 33, 1905 41, 1910 48, eine Zahl, die in Europa nur von Großbritannien übertroffen wird<sup>1)</sup>. Wohnten 1871 noch zwei Drittel des deutschen Volkes auf dem Lande (d. h. nach dem Sprachgebrauch der Statistik in Orten mit weniger als 2000 Seelen), dagegen noch nicht ein Zwanzigstel in Großstädten (d. h. in Orten mit mehr als 100 000 Seelen), so hat sich heute das Verhältnis in sein Gegenteil und noch darüber hinaus gekehrt. Die 25 Millionen, um die das deutsche Volk in dieser Zeit gewachsen ist, sind allein den Städten zugute gekommen. Dies läßt Tabelle 8 deutlich erkennen.

Tabelle 8.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach Ortsgrößenklassen 1871 und 1910.

Es wohnten in Gemeinden mit ... Einwohnern	1871		1910	
	absolut	in % der Gesamtbevölkerung	absolut	in % der Gesamtbevölkerung
weniger als 2000	26 219 352	63,9	25 954 587	40,0
2000 bis 100 000	12 870 903	31,3	25 148 058	38,7
mehr als 100 000	1 968 537	4,8	13 823 348	21,3
insgesamt	41 058 792	100,0	64 925 993	100,0

<sup>1)</sup> Die amerikanische Union hat 50, Großbritannien 50, Indien 31, Rußland 22, China 18, Frankreich 15, Italien 18, Japan 9 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Mehr als ein Fünftel des gesamten deutschen Volkes wohnt also heute in Gemeinden mit über 100.000 Seelen.

Innerhalb des Deutschen Reichs sind die städtischsten Gebietsteile die Rheinprovinz, Westfalen, Sachsen und Brandenburg. Innerhalb der Rheinprovinz wiederum ist das Gebiet der intensivsten Verstädtlichung von jeher der Regierungsbezirk Düsseldorf, dessen Einwohner fast zu zwei Fünfteln in Großstädten sitzen.

Diese Siedelungsweise der Bevölkerung und die ihr zugrunde liegende mächtige Verschiebung wäre unmöglich gewesen, wenn nicht zu dem einen dabei mächtig wirksamen Faktor, der Wanderung vom Lande in die Stadt, ein zweiter nicht minder bedeutsamer gekommen wäre, die Wanderung von Land zu Land: zum „Zug in die Stadt“ der „Zug nach dem Westen“.

Vielleicht keines Volkes Eigenart ist durch diese Binnenwanderungen wie in der Vergangenheit so besonders in der Gegenwart stärker beeinflusst worden als diejenige des deutschen Volkes. Nicht mit Unrecht hat der Abgeordnete Sobrecht am 13. Januar 1902 im Preussischen Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen, daß die deutsche Wanderungsbewegung im letzten halben Jahrhundert eine weit tiefer gehende Umwälzung des Volksganzen herbeigeführt habe, als selbst in den stärksten Phasen der Völkerwanderung.

Der Umfang dieser „Binnen-“ oder richtiger Innenwanderungen kann mangels statistischer Unterlagen nicht genau beziffert werden. Eine Vorstellung davon gibt aber immerhin die Tatsache, daß die Zahl der gemeldeten Zugezogenen in allein 81 Städten, die hierüber an das Statistische Jahrbuch deutscher Städte berichten, im Jahre 1910 rund 2,8 Millionen betrug und daß man, wohl noch zu niedrig, die Gesamtzahl derer, die innerhalb Deutschlands jährlich ihren

Wohnsitz wechseln, auf weit über 4 Millionen hat schätzen können.

Mit ziemlicher Genauigkeit kann die Statistik die Ergebnisse der Binnenwanderungen für die einzelnen Gebietsteile nachweisen, indem sie gelegentlich der Volkszählungen durch Vergleich der von der natürlichen Vermehrung herbeigeführten Geburtenüberschüsse mit der Bewegung der Einwohnerzahlen die Volksmengen berechnet, welche hier und dort durch Ab- und Zuwanderung gewonnen oder verloren worden sind.

Am prägnantesten, freilich nicht für das Reichsgebiet, sondern nur für Preußen geben zunächst eine allgemeine Vorstellung von den Wirkungen der Wanderungen die seit 1880 angestellten Ermittlungen über das Verhältnis von Geburtsort und Wohnort in Tabelle 9.

Tabelle 9.

Die Gebürtigkeit der Bevölkerung Preußens  
1880 bis 1905.<sup>1)</sup>

Von je 10000 in Preußen gezählten Personen waren geboren	1880	1890	1900	1905
in der Zählgemeinde . . . . .	5763	5375	5094	4961
sonst im Zählkreis . . . . .	1686	1597	1442	1363
sonst in der Zählprovinz. . . . .	1671	1837	1854	1898
sonst in Preußen . . . . .	} 802	} 1107	1170	1270
sonst im Deutschen Reich . . . . .			311	344
im Auslande . . . . .	78	84	129	164

Die Entwurzelung des Menschen aus heimischem Boden ist somit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter vorwärts gegangen. Die Zahl derjenigen, die am Tage der Volkszählung am Ort ihrer Geburt oder wenigstens in dessen nächster Nachbarschaft (Zählkreis) wohnen, ist in ständigem Sinken begriffen; dagegen hat sich der Anteil derer, die aus von ihrem

<sup>1)</sup> Für 1910 stehen die gleichartigen Biffern noch nicht fest.

Wohnorte weiter entfernten Gebieten stammen, immer mehr vergrößert. Nicht zum mindesten auch infolge der ständig verbesserten Verkehrsmittel führen die Wanderungen den Menschen heute — freilich nur, soweit er früher nicht lieber ins Ausland ging — viel weiter von der Heimat weg als vor zehn oder zwanzig Jahren.

Daraus ergibt sich ganz naturgemäß der so oft und von so mancher Seite beklagte Gegensatz zwischen Reichsteilen, welche bei diesen Wanderungen an Einwohnern gewinnen, und solchen, die an Einwohnern verlieren. Darüber, welche Gebiete auf dieser Seite und welche auf jener stehen, gibt die Volkszählung von 1910 für das letztvergangene Jahrzehnt Aufschluß, hinsichtlich der preussischen Provinzen insbesondere Tabelle 10.

Tabelle 10.

Wanderungsgewinne und -verluste der preussischen Provinzen im Jahrzehnt 1905/10.

Provinz	Mehr zu- als ab (+) oder mehr ab- als zugewandert (-)	
	1905/10 absolut	jährlich in % der Einwohnerzahl
Ostpreußen . . . . .	— 95 864	— 9,37
Westpreußen . . . . .	— 89 353	— 10,68
Stadt Berlin . . . . .	— 51 539	— 5,01
Brandenburg . . . . .	+ 360 530	+ 18,91
Pommern . . . . .	— 75 276	— 8,85
Posen . . . . .	— 87 681	— 8,58
Schlesien . . . . .	— 74 373	— 2,93
Sachsen . . . . .	— 87 395	— 5,76
Schleswig-Holstein . . . . .	+ 3 854	+ 0,49
Hannover . . . . .	— 13 971	— 0,98
Westfalen . . . . .	+ 76 081	+ 3,93
Hessen-Nassau . . . . .	+ 2 931	+ 0,27
Rheinland . . . . .	+ 86 485	+ 2,55
Hohenzollern . . . . .	— 1 281	— 3,68

Wenige Gebietssteile sind es hiernach, die einen wesentlichen Wanderungsgewinn aufweisen, während die große Mehrheit ständig weit mehr Personen und damit wirtschaftliche Kräfte ab- als zuziehen sieht. Hauptfächliche Abwanderungsgebiete sind Posen, West- und Ostpreußen, Pommern, sowie die in vorstehender Übersicht nicht aufgenommenen beiden Mecklenburg und die Thüringischen Staaten, im letzten Jahrzehnt auch, obschon in geringerem Maße, ganz Süddeutschland.

Vornehmliche Zuwanderungsgebiete sind neben den Stadtstaaten und Berlin, dessen Aufnahmefähigkeit freilich lezthin versiegt ist<sup>1)</sup> und an dessen Stelle die im Kreise herumgelagerten Gemeinden Groß-Berlins getreten sind (Brandenburg!), eigentlich nur die westfälischen Industriebezirke Recklinghausen, Gelsenkirchen und Dortmund, die Umgegend Cölns sowie vor allem der hochindustrielle Regierungsbezirk Düsseldorf. Das räumlich wenig umfangreiche Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist, von rein-städtischen Agglomerationen abgesehen, also der einzige beträchtliche, dafür aber um so größere Abnehmer jener anderen Gebiets-

<sup>1)</sup> Die Stadt Berlin hat zwar (dank der natürlichen Bevölkerungsbewegung) im Jahrzehnt 1905/10 noch um 31 109 zugenommen, dies bedeutet aber gegen die vorausgegangene Periode 1900/05 (+ 151 800) einen wesentlichen Rückgang. Eine ganze Reihe von Straßen nimmt bereits seit langem an Einwohnerzahl ständig ab, infolge der Ersetzung von Wohnhäusern durch Geschäftsgebäude. Dieser Vorgang der „Aushöhlung“ der Großstädte — oder, wie man ihn in Erinnerung daran, daß die Londoner „City“ das typische Beispiel gegeben hat, auch nennt, der Citybildung — kann heute in fast allen großen in rascher Entwicklung befindlichen Städten beobachtet werden. Hier hat er früher (z. B. schon in den 70er Jahren), dort später eingesetzt. Schwitt hat berechnet, daß die „Citystraßen“ von 27 Großstädten, für die ihm Angaben vorlagen, 1900 noch 232 627, 1910 dagegen nur 182 769 Einwohner zählten. In Groß-London ist die ganze Grafschaft London (City of London und Metropolitan Police) bereits in der Bevölkerungsabnahme begriffen. Es wurden ermittelt:

	Einwohner		Zu- oder Abnahme in %
	1901	1911	
Grafschaftsdistrikt von London . . . . .	4 536 267	4 522 961	— 0,29
Außenring von London . . . . .	2 045 135	2 730 002	+ 33,49
Groß-London . . . . .	6 581 402	7 252 963	+ 10,20

teile, die man als Produktionsstätten für Massenabsatz in Menschen bezeichnen kann.

Diese Binnenwanderungen sind es, die neben der verschiedenen Anziehungskraft der einzelnen Reichsteile auf die Einwanderung von außen und neben den Unterschiedlichkeiten in dem natürlichen Bevölkerungswachstum (vgl. oben S. 57) jene Verschiebungen im bevölkerungsmäßigen Schwergewicht Deutschlands herbeigeführt haben und ständig herbeiführen, von denen oben (S. 35) die Rede war.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Allendorf, Der Zuzug in die Städte. Jena 1901. — Hansen, Die drei Bevölkerungsstufen. München 1889. — Kuczynski, Der Zug nach der Stadt. München 1897. — Most, Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung. Band I. (Sammlung Götschen, Nr. 617.) Berlin 1912. — Schott, Die Citybildung in den deutschen Großstädten; Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, XIV. Jahrgang. Breslau 1907. — Derselbe, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reichs 1871 bis 1910. Breslau 1912. — Wirminghaus, Artikel Binnenwanderungen; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, III. Band. Jena 1909.

#### § 14. Religions-, Sprach- und Staatsangehörigkeitsgliederung.

Die Volkszählung und zum Teil die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung bieten eine in den meisten Staaten mit größerer oder geringerer Regelmäßigkeit ausgenutzte Gelegenheit, auch über die Gliederung der Bevölkerung nach Religion, Sprache und Staatsangehörigkeit Klarheit zu gewinnen.

Was den ersten Punkt anlangt, so hat freilich die Religionsstatistik oft (vgl. auch oben S. 47 und 117) zu falschen und voreiligen Schlüssen geführt, und für den Produzenten wie für den Konsumenten der Statistik empfiehlt sich darum eine gewisse Zurückhaltung auf diesem Gebiete. Von der ganzen Erdbevölkerung (1,6 Milliarden; vgl. S. 23) sind nach

Zählung und Schätzung annähernd zwei Fünftel (650 Millionen) Christen, je zwischen 200 und 250 Millionen Mohammedaner, Brahmanen und Anhänger des Konfutse, etwa 140 Millionen Buddhisten, rund 13 Millionen Juden<sup>1)</sup>, der Rest Heiden anderer als der erwähnten Arten. Von den Christen gehören wiederum annähernd die Hälfte der katholischen, drei Zehntel der protestantischen und zwei Zehntel der griechisch-orthodoxen Kirche an. In Euro'pa leben etwa 195 Millionen Katholiken, 115 Millionen Protestanten, 120 Millionen Griechisch-Orthodoxe, 10 Millionen Juden (davon allein 6 in Rußland, 2,2 in Osterreich-Ungarn, 0,6 in Deutschland) und 8,6 Millionen Mohammedaner [davon allein 4,2 in Rußland und 3,1 in der Türkei<sup>2)</sup>] nebeneinander. Protestantische Mehrheiten finden sich nur in Deutschland, Großbritannien, Holland, der Schweiz und den nordischen Ländern. Die Konfessionsgliederung des Deutschen Reichs ist aus Tabelle 11 zu ersehen.

Tabelle 11.

Religionsbekenntnisse im Deutschen Reich  
1871 und 1910.

	absolut	%	absolut	%
Evangelische . . . . .	25 581 685	62,3	39 991 421	61,6
Römisch-Katholische . .	14 869 412	36,2	23 821 453	36,7
andere Christen . . . . .	82 158	0,2	283 946	0,4
Israeliten . . . . .	512 153	1,3	615 021	1,0
andere . . . . .	13 304	0,0	214 152	0,3
	41 058 712	100,0	64 925 993	100,0

<sup>1)</sup> Davon lebt fast ein Zehntel allein in New York mit Vororten, wo die Juden — eine Folge der überaus starken Einwanderung in die Vereinigten Staaten, namentlich aus Rußland, in den beiden letzten Jahrzehnten — heute rund ein Viertel (1) der ganzen Bevölkerung ausmachen. Gerh. Schulze nennt im „Berliner Tageblatt“ vom 11. 6. 1911 New York angesichts dessen die „größte Judenstadt der Welt“.

<sup>2)</sup> Nach dem Gebietsumfang von 1911.

Seit 1871 hat sich das Bild fürs Reichsganze nicht wesentlich verschoben. Nur ist die Quote der Katholiken von 36,2 auf 36,7% zuungunsten der Evangelischen und der Juden gestiegen, der ohnehin geringe Anteil der Letztgenannten gleichzeitig von 1,3% auf 1,0% gesunken. Nicht unerhebliche Verschiebungen hat während der letzten Jahrzehnte dagegen die Konfessionsgliederung der einzelnen Staaten und Gebietsteile innerhalb des Deutschen Reichs erfahren; darf doch in der Mischung der Konfessionen eines der wichtigsten und auch erfreulichsten Ergebnisse der modernen Binnenwanderungen gesehen werden, ganz besonders für Deutschland mit seinen ursprünglich konfessionell in sich einheitlichen, gegen das andere Hauptbekenntnis meist mehr oder weniger hermetisch abgeschlossenen Bezirken. So ist während des Zeitraumes 1871 bis 1910 die katholische Minderheit z. B. in Preußen von 33,6 auf 36,3% der Gesamtbevölkerung gewachsen, in Sachsen von 2,1 auf 4,9%, in Hessen von 27,9 auf 31,0%, in Mecklenburg-Schwerin von 0,2 auf 3,3%, in Braunschweig von 2,2 auf 5,2%. Umgekehrt ist im selben Zeitraum der Anteil der evangelischen Bevölkerung in Bayern von 27,6 auf 28,2%, in Baden von 33,6 auf 38,6%, in Elsaß-Lothringen von 17,5 auf 21,8% gestiegen. Fast überall nehmen die konfessionellen Minderheiten verhältnismäßig zu, die Mehrheiten verhältnismäßig ab. Am schärfsten tritt diese Entwicklung bei Betrachtung einzelner Gemeinwesen mit starkem Zuzug zutage. Als Beispiel mag die Stadt Düsseldorf dienen, wo zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Evangelischen 10%, zur Zeit der Reichsgründung rund 20%, 1910 dagegen bereits über 30% der Bevölkerung stellten.

Die Verstärkung des katholischen Anteils an der Reichsbevölkerung im allgemeinen, deren soeben Erwähnung getan wurde, hängt zum Teil zusammen mit der gleichzeitigen Zunahme nichtdeutscher Elemente. Als Kriterium

der letzteren wird ihre nichtdeutsche Muttersprache angesehen.

Der Begriff der Muttersprache ist schwer zu bestimmen. Die preussische Zählungsanweisung versteht darunter diejenige Sprache, welche dem Menschen von Jugend an am geläufigsten ist und in welcher er denkt. In Oesterreich wird nach der Umgangssprache, d. h. nach derjenigen, deren sich der einzelne „im gewöhnlichen Verkehr“ bedient, gefragt. Die Meinungen darüber, welcher Methode der Vorzug einzuräumen ist, sind geteilt.

Für das Deutsche Reich als Ganzes ist die Volkszählung nur einmal für Zwecke der Sprachenstatistik verwandt worden. Darnach wurden am 1. Dezember 1900 bei einer Einwohnerzahl von 56,37 Millionen 51,89 Millionen = 92,0% mit deutscher Muttersprache und 4,23 Millionen = 7,5% mit fremder Muttersprache ermittelt<sup>1)</sup>. Unter letzteren befanden sich 3 086 489 Polen, ferner 211 679 Franzosen, 142 049 Masuren, 141 061 Dänen, 106 305 Litauer und 100 213 Kasuben, 93 032 Wenden, 80 361 Holländer, 64 382 Mähren, 65 930 Italiener und 43 016 Tschechen. Die übrigen Nationalitäten blieben dahinter wesentlich zurück und machten zusammen noch nicht 100 000 Köpfe aus. Abgesehen von seiner Ost-, West- und Nordmark stellt sich das Reich als ziemlich geschlossenes deutsches Sprachgebiet dar, was für die Einheitlichkeit und damit auch Intensität des wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Strebens naturgemäß von großer Bedeutung ist. In der Minderheit befinden sich die Deutschsprechenden innerhalb des Reichs nur in der Provinz Posen, von deren Einwohnern 1910 806 720 deutscher, dagegen 1 278 890 polnischer Sprachangehörigkeit waren. Da die fremden Sprachgebiete außer Elsaß-Lothringen sämtlich zur preussischen Monarchie gehören, so läßt sich in Ermangelung einer weiteren Reichsstatistik aus den periodisch-wieder-

<sup>1)</sup> Der Rest hatte neben der deutschen auch eine fremde Muttersprache angegeben (Doppelsprachige).

holten Erhebungen Preußens zugleich auch ein Bild von der Entwicklung der nationalen Fremdkörper in Deutschland gewinnen. Tabelle 12, die hierzu dient, läßt die „Doppelsprachigen“ (1910: 241 254) unberücksichtigt. Besondere Beachtung verdient die außerordentliche Zunahme der Polen in den westlichen Regierungsbezirken Arnberg, Düsseldorf und Münster, die für den deutschen Charakter mancher Ortschaft bereits eine ernste Gefahr bedeutet.

Tabelle 12.

## Fremdsprachige in Preußen 1890 bis 1910.

	1890	1900	1910
	a) Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abnehmend		
Friesen . . . . .	45 187	20 640 <sup>1)</sup>	24 499
Dänen . . . . .	138 135	136 193	141 510
Wenden . . . . .	65 254	64 225	64 766
Litauer . . . . .	117 637	106 230	93 933
Wallonen . . . . .	10 972	11 750	11 683
	b) Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zunehmend:		
Polen . . . . .	2 765 101	3 063 490	3 500 621
(darunter im Rheinisch-Westf. Industriegebiet)	(28 391)	(113 869)	(247 028)
Russen . . . . .	54 433	100 212	108 927
Masuren . . . . .	100 126	130 866	203 760
Tschechen . . . . .	16 867	24 940	} 107 461
Mährer . . . . .	57 202	64 242	

1910 ist die Zahl der polnischsprechenden Einwohner Preußens auf 3 500 621 gleich 8,7% der Gesamtbevölkerung gestiegen<sup>2)</sup>. Davon entfallen auf den Rheinisch-Westfälischen

<sup>1)</sup> Rückgang infolge Veränderung der Zählweise.

<sup>2)</sup> Die Prozentzahl ist allerdings 1910 etwas geringer als 1905 (8,9), aber es muß nach der ganzen Sachlage die Frage offen bleiben, ob dieser Verschiebung wirklich ein Fortschritt der Germanisierung (vgl. unten S. 170) oder aber nur eine genauere Erfassung der vor dem vielfach mit als „Polen“ gezählten Russen und Masuren zugrunde liegt.

Industriebezirk allein 247 028, d. h. also eine fast zehnmal so große Menge wie 1890.

Die Gesamtzahl aller Deutschsprechenden der Erde kann gegenwärtig auf rund 100 Millionen angenommen werden. Davon entfallen rund 25 Millionen auf das nichtdeutsche Europa, rund 11 Millionen auf Amerika und rund 1 Million auf andere Erdteile.

Nur zum geringen Teile sind die Fremdsprachigen gleichzeitig auch Staatsangehörige fremder Staaten (Reichsausländer). Deren Zahl ist jedoch, infolge der oben (S. 82) vermerkten verstärkten Einwanderung vom Auslande, seit etwa 15 Jahren in schnellem Steigen begriffen. Tabelle 13 gibt die einschlägigen Ergebnisse der deutschen Volkszählungen seit 1871 wieder<sup>1)</sup>.

Tabelle 13.

## Ausländer im Deutschen Reich 1871 bis 1910.

	Fremde Staatsangehörige	
	absolut	% der Gesamtbevölkerung
1871	206 755	5,04
1895	486 190	9,30
1900	778 698	13,81
1905	1 028 560	16,96
1910	1 259 873	19,40

Fast elf Zwölftel dieser Reichsausländer sind Staatsangehörige Österreich-Ungarns (667 159), Hollands (144 175) Rußlands (137 697), Italiens (104 204) und der Schweiz (68 257). Mit größeren Ziffern sind ferner noch vertreten die Dänen (26 233), Franzosen (19 140) und Briten (18 319), die Angehörigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika

<sup>1)</sup> Über den Einfluß des Termins der Volkszählungen auf die Zahlen der Fremden vgl. oben S. 84.

(17 572), die Luxemburger (14 356) und die Belgier (13 455). Die größte Zunahme während des letzten Jahrzehnts haben die Österreicher und Ungarn (+ 276 095), Russen (+ 90 730), Holländer (+ 56 090) und Italiener (+ 34466) erfahren.

Unter den einzelnen Gebietsteilen des Reichs sind am stärksten mit Reichsausländern Elsaß-Lothringen, Königreich Sachsen und an dritter Stelle die Rheinprovinz durchsetzt.

Die oben (S. 84) mitgeteilten Zahlen der Fremdbürtigen (im Ausland Geborenen) stellen sich durchweg etwas höher als diejenigen der Fremdbürger. Jene sind demnach zum Teil von Geburt oder durch spätere Aufnahme Reichsangehörige. Ganz ungleich größer ist aber die Differenz, die umgekehrt zwischen den Reichsgebürtigen und den Reichsangehörigen im Auslande vorliegt. Während am 1. Januar 1900, wie ebenfalls oben (S. 84) mitgeteilt, rund  $3\frac{1}{2}$  Millionen in Deutschland Geborener im Auslande lebten, wurden an Staatsangehörigen des Deutschen Reichs im Auslande am gleichen Tage nur 1 Million gezählt. Das ist eine tief beschämende Tatsache, die zeigt, wie leicht der Reichsdeutsche im Auslande noch geneigt ist, seine rechtliche Zugehörigkeit zum Heimatstaat und mit dem äußeren Bande nur zu oft das innere aufzugeben. Freilich haben dabei auch die engherzigen Bestimmungen unseres Staatsangehörigkeitsgesetzes, infolgederen zahlreiche Deutsche ihrer Reichszugehörigkeit wider Willen und unbewußt verlustig gegangen sind, sowie manche Unterlassungssünden des Heimatstaates selbst eine Rolle gespielt. Es verdient ernstlich erwogen zu werden, wie diesen beträchtlichen Verlusten, hinsichtlich derer das Deutsche Reich eine bedauerliche Ausnahmestellung unter den Vändern einnimmt, zu steuern ist. Die Mahnung des Großen Kurfürsten „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“ ist jedenfalls auch heute noch längst nicht gegenstandslos geworden.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Bredt, Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Leipzig 1909. — Gasse, Das Deutsche Reich als Nationalstaat. München 1904. — Krose, Artikel Religionsstatistik; Staatslexikon, her. von Bachem, 3. Auflage, 4. Band. Freiburg i. B. 1911. — Pieper, Kirchliche Statistik Deutschlands, 2. Ausgabe. Tübingen 1900. — Zahn, Die Deutschen im Auslande und die Ausländer im Deutschen Reich; Ergänzungsheft zu den Vierteljahrshäften zur Statistik des Deutschen Reichs. Berlin 1905.

---

## C. Bevölkerungspolitik.

### § 15. Quantitätspolitik.

Bevölkerungspolitik ist die Summe aller Bestrebungen des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften, Zahl und Art der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen zu beeinflussen. Je nachdem der erste oder der zweitgenannte Gesichtspunkt im Vordergrund steht, ist sie Quantitäts- oder Qualitätspolitik. Ihre wichtigste Grundlage bilden die Ergebnisse der Bevölkerungslehre. Aber schon lange vor deren Ausbildung hat sich der Staat zu Eingriffen auf dem Gebiete des Bevölkerungswesens veranlaßt gesehen, um (wirkliche oder vermeintliche) Mißstände zu beseitigen oder hintanzuhalten.

In der Quantitätspolitik haben von jeher zwei Gesichtspunkte, bewußt oder unbewußt, teils mit, teils gegeneinander im Vordergrund gestanden: Der Wunsch des Staates nach möglichst vielen, militärisch und wirtschaftlich wertvollen Volksgenossen einerseits, die Sorge um die Anpassung ihrer Zahl an die vorhandene Menge der Unterhaltsmittel andererseits. Letztere ist bereits in der Epoche des Naturzustandes, wie Julius Wolf die erste Periode der Bevölkerungsgeschichte nennt, wirksam gewesen. Solange man sich damit begnügte, als Jäger, Fischer und Nomade die Gaben der Natur lediglich zu sammeln, nicht zu verarbeiten, erschien die Ausstoßung und Ausrottung überschüssiger Bevölkerungsteile, insbesondere von Kindern, Kranken und Greisen oft

wirtschaftlich von Vorteil und wurde nicht selten geübt. Dieses geschah aber instinktiv. Von einer Bevölkerungspolitik als einem planmäßigen Vorgehen der organisierten Gesellschaft kann hier noch nicht gesprochen werden.

Sobald der Staat aus seinen primitivsten Anfängen heraus festere Formen gewinnt, verfolgt er im Interesse seiner Heeresmacht und im Interesse auch der Erhaltung des herrschenden Standes die entgegengesetzte Richtung, trotzdem charakteristischerweise die ersten theoretischen Vertreter der Bevölkerungswissenschaft, Plato und Aristoteles, die wirtschaftlichen und politischen Nachteile weniger des Mangels, als vielmehr des Überflusses an Menschen erörtern. Ihren individualistischen Tendenzen gegenüber ließ sich der altgriechische Staat die Erhaltung der Bürgerfamilien angelegen sein. Namentlich in Sparta dienten hierzu ein staatliches Gebot der Heirat, Vorzugsrechte der Väter mit mehr als zwei Söhnen und dementsprechend Minderung der Ehrenrechte für Unverheiratete. Daß in noch stärkerem Maße der Militärstaat Rom eine starke Volksvermehrung begünstigen mußte, liegt auf der Hand. In der Republik freilich fehlte, von Ausnahmen und von der letzten Zeit abgesehen, der Anlaß zu besonderen Maßnahmen der Regierung. Dagegen hat Augustus durch eine Reihe scharfer Gesetze gegen Ehe- und Kinderlosigkeit beides zu bekämpfen versucht. Jedoch blieb diesen und ähnlichen Maßnahmen seiner Nachfolger der Erfolg versagt. Das Kaiserreich ging an seiner Sitten- und im Zusammenhang damit nicht zuletzt an seiner Kinderlosigkeit zugrunde. Strafparagrafen also haben sich schon bei ihrer ersten Anwendung in der Bevölkerungspolitik für deren Zwecke nicht bewährt. Dagegen ist bekannt, in wie glücklicher Weise andere antike Staaten vorübergehenden Bevölkerungsüberfluß durch Ableiten in neu gegründete Kolonien zu beseitigen und damit gleichzeitig ihre politische und wirtschaft-

liche Macht auszubreiten verstanden. Alles in allem trugen die bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Altertums den Charakter des Vereinzelten, und sie entbehrten, ohne fest umrissene theoretische Begründung, nur zu oft der Zielsicherheit.

Gleiches trifft auch auf das Mittelalter zu, in dem der Staat diesen Fragen überhaupt nur wenig Interesse entgegenbrachte. Eine geradezu ausschlaggebende Bedeutung im System der staatlichen Politik und Verwaltung gewannen sie aber, sobald sich im modernen Staat jener erste Komplex bestimmter wirtschaftspolitischer Anschauungen herausbildete, die man unter der Bezeichnung Merkantilismus zusammenzufassen pflegt. Der Merkantilismus ersetzt die lokale Wirtschaftspolitik durch die staatliche. Die Förderung des Volkswohlstandes wird von ihm als die wichtigste Aufgabe des Staates erkannt, als Maßstab des Wohlstandes der Reichtum an Geld angesehen. Diesen Reichtum zu vermehren ist eine Handelspolitik berufen, die darauf ausgeht, in möglichst großem Umfange mehr fertige Waren aus- als einzuführen, da der Überschuß der Ausfuhr Geld ins Land bringt. Zur Durchführung solcher Handelspolitik ist gewerbliche Arbeit erforderlich, die ihrerseits wieder, wenn anders sie emporblühen soll, einer großen Zahl von Menschen bedarf. König Friedrich II. von Preußen faßte die Quintessenz dessen in die Worte zusammen: „Der wahre Reichtum eines Volkes liegt in der Zahl seiner Bewohner.“

Diese Anschauungsweise war der Niederschlag der sich bildenden, modernen nationalökonomischen Wissenschaft. Sie entsprach zugleich auch dem jene Zeit — von der Reformation bis weit in das 18. Jahrhundert hinein — beherrschenden Sittlichkeitsideal. In Erneuerung der biblischen Mahnung „Seid fruchtbar und mehret euch“ hatten schon die Reformatoren, vor allem Luther, großen Kinderreichtum als Gottes Segen verkündet und etwaige Besorgnisse wegen der Er-

nahrung der Nachkommen als ein Zeichen geringen Gottvertrauens zurückgewiesen. Diesen Standpunkt der Theologie machte sich der Staat zunutze und begnügte sich nicht damit, die Seelenzahl seines Landes durch Verhinderung von Auswanderung — sei es durch direkte Auswanderungsverbote, sei es durch besondere Erschwerung der Auswanderung vermittels hoher Abgaben — einerseits und durch Beförderung der Einwanderung anderseits vor dem Rückgang zu bewahren, sondern er suchte auch eine Steigerung der Geburtenziffer mit den verschiedensten Mitteln zu erreichen. Zu diesen gehörten u. a. ungünstige Behandlung der älteren ledigen Männer im Rechte; Erhöhung des Mindesteintrittsalters in den Mönch- und Nonnenstand; milde Behandlung der unverheirateten Mütter und Fürsorge für die unehelichen Kinder (Aufhebung der kirchlichen Bußen für unverheiratete Schwangere und Begründung von Findelhäusern); Gewährung von Prämien und Steuererleichterungen an frühzeitig Heiratende; Abkürzung des Trauerjahres u. dgl. Namentlich in Spanien, Frankreich und Preußen hat die merkantilistische Bevölkerungspolitik konsequente Ausgestaltung erfahren. Noch Napoleon I. schätzte diejenige Frau am höchsten, welche die meisten Kinder hatte. Und er hatte recht. War doch die Bevölkerung der europäischen Staaten (vgl. oben S. 24) zu jenen Zeiten außerordentlich gering. Namentlich Deutschland hatte im Dreißigjährigen Kriege über die Hälfte seiner Bevölkerung verloren, und der Siebenjährige Krieg, danach die Zeiten der Revolution und des Napoleonischen Kaiserreichs erforderten neue Massen an Menschenopfern.

Trotzdem fand sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts eine Reihe von Bevölkerungstheoretikern, die gegenüber der herrschenden Praxis in der Bevölkerungspolitik glaubten, auf Gefahren aufmerksam machen zu sollen, die aus ihrer Weiterführung früher oder später entstehen müßten. Als sich dann

mit der Umgestaltung der gewerblichen Technik um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts proletarische Volksschichten bildeten, die dauernd oder vorübergehend der staatlichen und kommunalen Armenpflege anheimfielen, erstand in dem Engländer Thomas Robert Malthus (1766 bis 1834) der Mann, der, im Gegensatz zu dem Optimismus der vorausgegangenen Jahrhunderte, den Bevölkerungsproblemen ausgesprochen pessimistisch entgegentrat und durch die schonungslose Konsequenz sowie die unerbittliche Logik seiner Schlüsse einen geradezu ungeheuren Einfluß zunächst auf die Bevölkerungstheorie, dann aber auch auf die Bevölkerungspolitik auszuüben vermochte. Seine Anschauungen mußten der ganzen nachfolgenden Diskussion über die Bevölkerungsfragen um so mehr die Richtung geben, als hier zum erstenmal mit Erfolg versucht wurde, die Wirksamkeit der für die Bevölkerungsentwicklung maßgebenden Faktoren in einem „Bevölkerungsgesetz“ von geradezu verblüffender Einfachheit zusammenzufassen.

Malthus' Hauptwerk „Essay on the principle of population“ (verdeutschte Jena 1905, hsg. von Waentig) erschien 1798 in erster, 1803 in völlig umgearbeiteter und für alles Weitere maßgebender Ausgabe.

An der Hand eines außerordentlich umfangreichen Materials entwickelt er darin etwa folgenden Gedankengang: In allem animalischen Leben — bei den Tieren wie bei den Menschen — ist beständig die Tendenz zur Vermehrung über die verfügbaren Unterhaltungsmittel hinaus wirksam. Die Gründe dafür liegen in der Natur der Sache. Tiere und Menschen vermehren sich, wenn keine Hemmnisse dem entgegen treten, in mit der Zeit zunehmender Schnelligkeit, in geometrischer Progression, bis ins Ungemessene. Die Bodenerzeugnisse, die grundlegenden Lebensmittel, dagegen lassen sich, da in der Bodenbearbeitung jedes Mehr an Arbeit und Kapital über einen bestimmten Grad hinaus nach dem von Ricardo

(1772 bis 1823) entwickelten „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“ eine nicht immer schneller, sondern vielmehr immer langsamer zunehmende Ertragssteigerung bringt, höchstens etwa in gleichbleibendem Umfange, also in arithmetischer Progression, und nur bis zu einer gewissen Grenze vermehren.

Da nun die Existenz der Bevölkerung an die Existenz von Nahrungsmitteln gebunden ist, muß eine ungehemmte Bevölkerungszunahme früher oder später zu einem Mißverhältnis zwischen Bevölkerung und Nahrungsmitteln führen, d. h. also zu einer „Überbevölkerung“ (vgl. oben S. 20) mit ihrem Gefolge von Elend und Not, das vorhandenes Leben zerstört und den Fortschritt der Kultur verhindert. Zur Hintanhaltung solcher höchst unerwünschten Entwicklung ist es notwendig, das Bevölkerungswachstum rechtzeitig vor Eintritt der Überbevölkerung durch zweckmäßige vorbeugende Maßnahmen zu hemmen. Hierfür aber kann (die Anwendung der Präventivtechnik zur Verhütung der Empfängnis im heutigen Umfange war Malthus unbekannt) nur in Betracht kommen die Überwindung des Sinnentriebes, die Enthaltung von der Ehe sowie vom geschlechtlichen Verkehr, kurz die „moral restraint“, d. h. sittliche Enthaltsamkeit. Zu deren Förderung und Pflege ist auch der Staat berufen, indem er denen, deren Mittel die Erhaltung einer Familie aus eigener Kraft nicht erlauben, die Eheschließung verbietet oder doch erschwert und anstatt der merkantilistischen Förderung der Volksvermehrung ihre Hemmung, zum mindesten unter bestimmten Voraussetzungen, zum Leitsatz der Bevölkerungspolitik macht.

Die Malthusische Lehre fiel auf fruchtbaren Boden. Nach der „Populationistik“ der vorausgegangenen Periode überkam das angehende 19. Jahrhundert die Überbevölkerungsangst, und wie gefordert begnügten sich namentlich die Staaten Deutschlands nicht, die früheren auf Begünstigung der

Eheschließung und der Kindererzeugung gerichteten Bestimmungen aufzuheben, sondern man ging vielfach von dem einen Extrem in das andere über. Zahlreiche Staaten, wie insbesondere Württemberg, Bayern und Hannover (dagegen nicht Preußen), erließen Gesetze, durch welche die Berechtigung zur Eheschließung vom Nachweis eines verhältnismäßig hohen Alters, eines bestimmten Vermögens, eines gesicherten Einkommens oder einer festen Erwerb Gelegenheit usw. abhängig gemacht wurde. Diese Gesetzgebung hat keine erfreulichen Resultate gezeigt. Viel Menschenglück ist dadurch vernichtet, viel Tüchtigkeit dadurch lahm gelegt worden. Dagegen griffen Konkubinat und außerehelicher Geschlechtsverkehr gewaltig um sich. Das eigentliche Ziel aber wurde nicht erreicht. Wie oben (S. 41) gezeigt, war alles in allem eine Steigerung der Geburtenfrequenz und der Bevölkerungsvermehrung während ihrer Geltungszeit zu beobachten. Erst durch das Norddeutsche Bundesgesetz vom 4. Mai 1868, dessen Bestimmungen später für das deutsche Reichsgebiet Gesetzeskraft erhielten, sind alle polizeilichen und gesetzlichen Beschränkungen der Ehe bis auf wenige, unbedeutende Ausnahmen aufgehoben worden.

Inzwischen war die Malthus'sche Lehre Gegenstand des lebhaftesten Streites in der nationalökonomischen Wissenschaft geworden. Die Mehrzahl der Bevölkerungstheoretiker stellte sich auf ihre Seite und mühte sich um ihre Ausbreitung, freilich nicht immer in glücklicher Weise, da mancher den Kern der Malthus'schen Darlegungen nicht richtig verstand, sich an Nebensächlichkeiten hielt oder die praktischen Folgerungen ins Ungeheuerliche übertrieb. Auf diese Weise haben nicht wenige Jünger des Malthus zu dessen falscher Beurteilung in der Allgemeinheit selbst beigetragen. Von denen, die sich hiervon freihielten, seien aus England David Ricardo (1772 bis 1823) und John Stuart

Mill (1806 bis 1873), aus Frankreich Simonde de Sismondi (1773 bis 1842), aus Belgien der berühmte Statistiker Adolphe Quetelet (1796 bis 1874), aus Deutschland insbesondere Karl Heinrich Rau (1792 bis 1875) und Robert von Mohl (1799 bis 1875) genannt. Die letzten beiden haben als gefeierte akademische Lehrer namentlich viel für die Verbreitung der Malthus'schen Anschauungen in der studierenden Jugend und damit in der jüngeren Generation überhaupt gewirkt. Auch in der Gegenwart stehen hochbedeutende Lehrer der Nationalökonomie mit Malthus auf gleichem Boden. So haben unter vielen anderen Adolph Wagner und Heinrich Diez erklärt: „Malthus hat in allem Wesentlichen recht.“

Aber auch an entschiedenen Kritikern hat es der Malthus'schen Lehre nicht gefehlt. Es mag abgesehen werden von den Gegnern ihrer angeblichen „Unsittlichkeit“. Diese verkennen, daß Malthus' Darlegungen und Forderungen ein hoher sittlicher Ernst innewohnt, und machen ihn aus Unkenntnis seiner selbst verantwortlich für die Verirrungen derer, die fälschlicherweise seinen Namen als „Neomalthusianer“ tragen. Diese Neomalthusianer unserer Zeit stellen in völliger Abweichung von ihrem angeblichen Meister erstens nicht die Wohlfahrt der Gesamtheit, sondern das egoistische Interesse des einzelnen in den Vordergrund und empfehlen zweitens nicht das sittlich hochstehende Opfer „moralischer Enthaltbarkeit“, sondern ohne jede Einschränkung die in vorbehaltloser und allgemeinsten Anwendung der Unsittlichkeit Vorschub leistenden Präventivmittel zur Verhütung der Empfängnis. In einer eigens dazu 1877 ins Leben gerufenen „Malthusian League“; und in einer Zeitschrift „The Malthusian“ sowie neuerdings in einer ganzen Reihe nationaler Organisationen und internationaler Kongresse wird dafür Propaganda gemacht. Über die Erfolge all dieser Bestrebungen unterrichten

die sinkenden Geburtenziffern in den Kulturländern (vgl. oben S. 41).

Andere Gegner des Malthus bestreiten die Richtigkeit der mathematischen Formulierung seiner Hauptthese. Diese aber kann aufgegeben werden, ohne daß die Grundanschauung über die einander entgegenlaufende Vermehrungsfähigkeit der Menschheit auf der einen, der Nahrungsmittel auf der anderen Seite irgendwie berührt wird. Jedoch auch die Richtigkeit dieser Grundanschauung wird angegriffen. Was zunächst die nach Malthus unbegrenzte Vermehrungsfähigkeit der Menschheit anlangt, so vertreten, wie wir bereits oben (S. 45) sahen, naturwissenschaftliche Behandler des Bevölkerungsproblems wie namentlich Doublet und Spencer den Standpunkt, daß der Kulturfortschritt gewissermaßen automatisch die Zeugungsfähigkeit der Menschheit verringere. Sozialisten wie der Engländer Godwin (1756 bis 1836), die Franzosen Fourier (1772 bis 1837) und Broudhon (1809 bis 1865), sowie die Deutschen Friedrich Engels (1820 bis 1895) und Karl Marx (1818 bis 1883) haben daraus die Folgerung gezogen, daß bei einer Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne und einer Hebung der untersten gesellschaftlichen Schichten das Bevölkerungsproblem von selbst gelöst werden wird. Schon oben (vgl. S. 46) ist jedoch darauf hingewiesen worden, daß das angebliche Naturgesetz vom umgekehrten Parallelismus zwischen Zeugungsfähigkeit und Kulturhöhe unbewiesen ist. Damit entfallen auch alle bevölkerungspolitischen Folgerungen daraus.

Eine dritte Gruppe läßt zwar die Malthus'sche Annahme hinsichtlich der Bevölkerungsvermehrung bestehen, sie weist aber darauf hin, daß die Erweiterung des Nahrungsspielraums ganz anderer Ausdehnungen fähig sei, als Malthus annahm. Henry Carey (1793 bis 1879), Friedrich List (1789 bis 1846), Franz Dppenheimer (geb. 1864) und

Eugen Dühring (geb. 1833) vor allem haben darauf hingewiesen, daß der technische Fortschritt die „Bevölkerungskapazität“ immer weiter ausdehne und auch bei unveränderten Naturhilfsquellen eine dauernd ausreichende Beschaffung von Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse verbürge. Das letzte halbe Jahrhundert hat denn auch dank einer außerordentlichen Verbesserung der Landwirtschaft und gewerblichen Technik, sowie der Ausgestaltung der Verkehrsmittel und infolge all der Erfindungen, deren manche mit einem Schlage für Millionen neue, vordem ungeahnte Arbeits-, Erwerbs- und Ernährungsmöglichkeiten schuf, den Ausführungen namentlich Dührings Recht gegeben, der es „Jahrtausende vortwegnehmen“ nennt, in unserer Zeit von einer Überbevölkerungsgefahr zu sprechen. Durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte ist die Besorgnis auch eines der bedeutendsten der modernen Bevölkerungspolitiker, Rümelin (1815 bis 1889), der in den 80er Jahren bereits Deutschland für überbevölfert erklärte, ad absurdum geführt worden.

Angesichts all dessen hat neuerdings in höchst beachtlicher Weise und in kritischer Wertung der verschiedenen Einwände gegen die Malthusische Lehre Julius Wolf in Breslau (jetzt in Charlottenburg) geglaubt, dem „Bevölkerungsgesetze“ eine neue Fassung geben zu sollen, indem er sagt:

„Das Maß der Vermehrung der Unterhaltsmittel auf der einen, der Menschenzahl auf der anderen Seite und danach das Verhältnis beider bestimmt sich in verschiedenen Epochen ganz verschieden. In der letzten Zeit war eine der geometrischen angenäherte Vermehrungstendenz auf Seite der Unterhaltsmittel, eine der arithmetischen angenäherte Vermehrungstendenz auf Seite der Bevölkerung vorhanden. Ist die Gewähr für Fortsetzung der quasi-geometrischen Vermehrungstendenz auf Seite der Unterhaltsmittel auch nicht gegeben, so macht sich doch auf Seite der Bevölkerung das Streben der Anpassung und Überanpassung an die Masse der Unterhaltsmittel, d. h. die Tendenz auf arithmetisches und noch geringeres Wachstum immer mehr geltend, so daß die Wahrscheinlichkeit eines Zurückbleibens des

Bevölkerungsfortschritts hinter dem der Masse der Unterhaltsmittel bestehen bleibt."

Diese Formulierung ist allerdings, soweit sie Tatsachen feststellt, zweifellos richtig, und ebenso hat Wolf mit dem Hinweis recht, daß damit das Gegenteil der von Malthus vorausgesagten Erscheinung eingetreten sei. Aber der Kern des von Malthus formulierten bleibt doch auch hiervon unberührt. Entkleidet man dieses der durch die Zeitverhältnisse bedingten, also zufälligen Einkleidung, so kann es heute etwa folgendermaßen gefaßt werden: „Es besteht ein naturnotwendiger Gegensatz zwischen der unbegrenzten Vermehrbarkeit des organischen Menschen und der Unvermehrbarkeit der unorganischen Natur, die er mittelbar und unmittelbar zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht. Die Entwicklungsreihen der Bevölkerungszunahme einerseits, der Zunahme der Subsistenzmittel im weitesten Sinne andererseits können darum wohl zeitweilig parallel, ja zeitweise auch auseinanderlaufen, irgendwann aber einmal müssen sie sich schneiden. Dieser Augenblick muß früher oder später bei jedem Bevölkerungskomplex auf gegebenem Grund und Boden eintreten, d. h. Übervölkerung mit ihren notwendigen Folgen von Not und Elend: Alles dies, wenn nicht der Wille des Menschen die gefährliche Entwicklung hemmt.“ Daß der auf Einschränkung der Geburten gerichtete Wille der Menschen vor hundert Jahren zu seiner Durchführung sittlicher Überwindung bedurfte, heute dagegen nur die Kenntnis allgemein verbreiteter Praktiken ohne Verzicht auf irgend einen Genuß voraussetzt; daß ferner dieser Wille heute nicht nur dann wirksam wird (wie wir sahen), wenn die Bevölkerungsvermehrung für das Gesamtgefüge der Volkswirtschaft, „unzweifelhaft im Begriff ist, aus einer Wohlstands- eine Elendsursache zu werden“ (Diezel), sondern ganz allgemein und unabhängig hiervon: all dies be-

sagt nichts gegen Malthus, der sonach in der Tat „in allem Wesentlichen recht hat“, sondern bezeichnet nur in charakteristischer Weise das Kulturniveau unserer Zeit.

Die Bevölkerungstheorie nimmt wie jede Wissenschaft in ihrer Idealausgestaltung Ewigkeitswert für sich in Anspruch. Für ihre Wichtigkeit ist es darum unerheblich, ob ihre Voraussagungen in Jahrzehnten, Jahrhunderten oder erst Jahrtausenden zutreffen. Die Bevölkerungspolitik dagegen ist nach Zeit und Ort verschieden. Sie ist als staatliche Maßnahme dazu berufen, der Gegenwart zu dienen, und der Staatsmann braucht sich nicht den Kopf künftiger Generationen zu zerbrechen. Ebensovienig braucht er sich darum zu sorgen, ob und inwieweit in anderen Ländern der Erde unnormale Bevölkerungsverhältnisse vorhanden sind oder drohen, wenn nur das eigene Gemeinwesen gesunde Bahnen innehält. Unter diesen Gesichtspunkten wird die deutsche Bevölkerungspolitik ihre entscheidende Richtung aus der Beantwortung der Frage zu empfangen haben, ob für die heimische Volkswirtschaft eine weitere starke Bevölkerungsvermehrung von Vorteil oder von Übel ist. Die Frage muß in erstem Sinne entschieden werden. Deutschland ist während der letzten Jahrzehnte groß und mächtig geworden nicht trotz, sondern wegen seiner starken Volkszunahme, und irgendwelche Anlässe zu Übervölkerungsorgen liegen nicht vor, solange noch die neuhinzutretenden Millionen eines Volkes die Möglichkeit haben, produktiv zu wirken, d. h. höhere Werte zu produzieren als zu konsumieren. Daß diese Voraussetzung aber für Deutschland in vollem Maße zutrifft, zeigt die Steigerung des Nationalvermögens, der Löhne, der Sparkasseneinlagen und der allgemeinen Lebenshaltung einerseits, die Heranziehung großer ausländischer Arbeitermassen und der Rückgang der deutschen Auswanderung (vgl. oben S. 82) andererseits. Mag darum unter Umständen eine geringere

Kinderzahl für den einzelnen bequemer sein, für die Volkswirtschaftspolitik ist nicht der einzelne und sein individueller Vorteil, sondern das Wohl der Gesamtheit das „Maß aller Dinge“.

Demgegenüber hat man freilich gerade in den letzten Jahren auf die mehrfach eingetretene Arbeitslosigkeit großen Umfangs hingewiesen und dazu bemerkt, die immer wiederkehrende Erscheinung, daß Tausende der Mitbürger keine Arbeitsgelegenheit zu finden vermögen, sei der beste Beweis für eine Überbevölkerung: Tatsächlich handelt es sich jedoch hierbei nicht um Folgen einer Überbevölkerung, sondern lediglich um Folgen einer neuen wirtschaftlichen Organisation, die in weltwirtschaftlicher Verkettung häufiger als früher Krisen hervorruft — Krisen, welche die unleugbaren Fortschritte der Lebenshaltung im ganzen nicht aufzuhalten vermögen. Von Überbevölkerung ist Deutschland heute und in absehbarer Zeit weit genug entfernt, um sich über die Gefahr nicht unnütze, rein theoretische Bedenken machen zu brauchen. Diese sind um so weniger am Platze, als die wirtschaftliche wie auch politische Bedeutung der Volkszahl, wie wir oben (S. 22) sahen, ständig zunimmt und zunehmen muß, eine Verminderung der Volkskräfte darum leicht im Wettkampfe der Nationen trübe Folgen zeitigen mag, namentlich gegenüber den emporstrebenden Volkswirtschaften Osteuropas, Ostasiens und Amerikas. Aus all dem ergibt sich als grundlegende Forderung für die Bevölkerungspolitik der Gegenwart: Vermehrung der Geburten und Minderung der Sterblichkeit, damit Steigerung der Volkszunahme. Das wichtigere, freilich aber auch weit schwierigere der beiden so miteinander verbundenen Probleme ist die Vermehrung der Geburten oder, anders ausgedrückt, die Bekämpfung des Geburtenrückganges.

Daß sich die moderne Bevölkerungspolitik nicht mit der

Hoffnung zufrieden geben darf, der Geburtenrückgang werde in absehbarer Zeit „von selbst“ einer Zunahme wieder Platz machen, ist bereits früher (S. 41) ausgeführt worden. Die pessimistische Anschauung, wonach die dem Geburtenrückgange zugrunde liegenden Kräfte „Anwartschaft auf Dauer“ (Wolf) haben, dürfte nur zu berechtigt sein. Vielleicht trifft auch die weitergehende, noch pessimistischere Annahme zu, daß alles Mühen, dieser Bewegung Einhalt zu tun, vergeblich sei, weil die „Bedingungen der Geburtenquote tief im Bereiche des Einzelwillens liegen und keine Gesetzgebung sie ändern wird“. Wäre es an dem, so würde damit, wie ebenfalls schon oben (S. 65) bemerkt, der Anfang vom Ende deutscher und überhaupt mitteleuropäischer Weltmacht- und Weltwirtschaftsstellung gegeben sein. Wenn aber so viel auf dem Spiele steht, darf einer um das Wohl des Vaterlandes besorgten Staatsverwaltung kein Versuch zur Bekämpfung des Übels zu mühevoll erscheinen. Und das Beispiel Frankreichs, wo heute alle Marmrufe der Patrioten ungehört verhallen und wo die Arbeiten der eingesetzten „Bevölkerungskommission“ einen glatten Nichterfolg gezeitigt haben, mahnt, damit nicht zu warten, bis es zu spät ist.

Angesichts dessen muß es tief beklagt werden, daß bis in die allerletzte Zeit hinein die Reichs- und Staatsbehörden der Frage des Geburtenrückganges Interesse überhaupt nicht entgegengebracht, ja sogar die Sachlage nach Möglichkeit zunächst zu verschleiern und zu beschönigen versucht haben. Erst Juni 1912 hat sich der Preußische Minister des Innern zu einem Erlaß an die Regierungspräsidenten veranlaßt gesehen, Erhebungen über die Ursachen des Geburtenrückganges anzustellen. Die Ursachen liegen freilich (vgl. oben S. 56) so klar zutage, daß in dieser Beziehung die eingeforderten Berichte nicht viel Neues gezeitigt haben werden.

Jede Bekämpfung des Geburtenrückganges muß davon

ausgehen, daß es nach früher (S. 56) Ausgeführten im wesentlichen psychologische Momente sind, welche den Geburtenrückgang verursachen. Die Psyche eines Volkes kann aber im wesentlichen nur beeinflusst werden durch die Erziehung. Schule und Haus müssen darum planmäßig Hand in Hand gehen in einer Erziehung zur Ehe, zur Vaterlandsliebe und zur Religion<sup>1)</sup>. Es heißt, soweit möglich, die heute vielfach verbreitete Überschätzung des Materiellen und die Unterschätzung der ideellen Werte des Familienlebens zu beseitigen oder doch zu vermindern; in weiten Kreisen der Bevölkerung (nicht zuletzt des Mittelstandes) die Jugend beiderlei Geschlechts vor der Angewöhnung übermäßiger Bedürfnisse zu hüten; großen nationalen Gesichtspunkten in der Denk- und Anschauungsweise des einzelnen wieder Geltung zu verschaffen; nicht zuletzt auf jede nur irgend denkbare Weise die religiös sittliche Lebensauffassung und den Willen zur strengen Pflichterfüllung bei Kindern und Erwachsenen zu fördern. Im Zusammenhange damit ist mehrfach darauf hingewiesen worden, wie wichtig eine Unterstützung der inneren Mission sei, anderseits aber auch, wie es bei der ganzen Angelegenheit nicht darauf ankomme, daß die religiöse Unterweisung an Umfang, sondern vor allem darauf, daß sie an Innerlichkeit und an lebendiger Kraft gewinne. Weiter kommt die Bekämpfung der neomalthusianischen Propaganda durch eine Antipropaganda in Vorträgen, Presse, Literatur und Organisationen in Betracht, welche letztere nach dem Muster der Malthusiani-

<sup>1)</sup> Oben (S. 47) war dargetan, daß die Konfession als solche keinen Einfluß auf die Geburtenfrequenzen habe. Es würde aber einen schlimmen Fehlschluß bedeuten, daraus folgern zu wollen, daß auch die Religion dafür unerheblich sei. Es kommt zwar auch hier nicht darauf an, was, wohl aber wie man glaubt. Oben berg schreibt mit Recht: „Den tiefgreifenden Einfluß der Religion und der Kirche auf das Verhalten der Eheleute in Überebe zu stellen, setzt ein Maß von Weltfremdheit voraus, das die Diskussion ausschließt. . . Die Religion ist nicht nur eine Macht über den Menschen, sondern für ihn auch eine Quelle der Kraft. Sie diszipliniert den Geschlechtstrieb und züchtet zugleich die reflexionslose Entschlossenheit zur Übernahme der Last einer großen Ainderzähl.“

sehen Liga (S. 147) ins Leben gerufen werden könnten. So empfiehlt insbesondere Borntraeger in seinem oben (S. 76) angeführten Buche „eine willensstarke deutsche Organisation zur rückhaltlosen Bekämpfung der Geburtenbeschränkung, die etwa zu nennen wäre ‚Deutscher Bund für Volkserhaltung‘“. Voraussetzung für den Erfolg solcher Organisationen wäre freilich, daß sie sich von allen parteipolitischen und konfessionellen Nebenzwecken freihielten. Leider sind bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß solche Nebenzwecke bei Behandlung der Frage des Geburtenrückgangs anfangen Geltung zu gewinnen.

Die „innere“ Bekämpfung des Geburtenrückgangs muß im Vordergrund stehen. Nur wo sie Wurzel zu fassen vermag, wird von äußeren Maßnahmen in Verwaltung und Gesetzgebung etwas zu erwarten sein. Diese selbst sind sehr vielgestaltig.

Der mehrfach erhobenen Forderung freilich, die Eheschließungen durch rechtliche Benachteiligung der Junggesellen (geringere Berücksichtigung bei Besetzung von Stellen im Reichs- und Staatsdienst; Erhebung von Junggesellensteuern nach dem Muster einiger kleiner deutscher Bundesstaaten; längere Dienstpflicht; vermehrte Heranziehung zum Schöffendienst und zu anderen ehrenamtlichen Pflichtämtern; vermindertes Verfügungsrecht über das Vermögen) stehen wesentliche Bedenken gegenüber. Wenn verhältnismäßig milde zugegriffen wird, ist der Erfolg sehr fraglich. Im entgegengesetzten Falle wären so in die Augen fallende Ungleichheiten in der Behandlung ganzer Gruppen von Staatsbürgern die Folge, daß derartige Vorschriften sich nur schwer den geltenden Anschauungen anpassen würden.

Weit erwägenswerter sind Maßnahmen positiven Inhalts, die das Ziel haben, eine hohe Kinderzahl weniger als

bisher als Last empfinden zu lassen. Im einzelnen käme etwa folgendes in Betracht:

1. Steuergesetzgebung: Ausgestaltung der Einkommensteuergesetzgebung in ganz anderem Maße wie bisher und durch alle Steuerklassen hindurch zugunsten kinderreicher Familien; Einführung des gleichen Prinzips in die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung; Niedrighaltung aller Abgaben und indirekten Steuern, welche die Lebensmittel über ein aus anderen Gesichtspunkten etwa unbedingt notwendig erscheinendes Maß verteuern.

2. Gewerbe- und Schulgesetzgebung: Bei aller Anerkennung der Vorzüge, die einer Einschränkung der Kinder- und Heimarbeit, sowie einer Verlängerung der Schulzeit innewohnen, Berücksichtigung auch des Umstandes, daß durch alle diese Maßnahmen das Selbst- und Mitverdienen der Kinder ausgeschaltet oder doch wenigstens gemindert wird; sorgfames Erwägen dieses Gesichtspunktes angesichts weiterer Reformwünsche.

3. Ausgestaltung der sozialen Versicherung durch:

a) Mutterschaftsversicherung zugunsten namentlich der beruflich tätigen Mütter;

b) Kinderversicherung mit Versicherungszwang für die der Alters- und Hinterbliebenen- sowie der Angestelltenversicherung unterworfenen Kreise; Aufbringung der Mittel durch Beiträge der Versicherten und des Reichs; Gewährung von „Familienrenten“ an die Versicherten, sobald eine bestimmte Kinderzahl erreicht ist, in ihrer Höhe mit dieser steigend;

c) Ausdehnung der obligatorischen Leistungen der Krankenkassen auf die ärztliche Behandlung und die Pflege im Wochenbette für die Ehefrau der Mitglieder, ferner bei Schwangerschaftsbeschwerden; möglichst weitgehende Übernahme der Familienversicherung;

d) Abstufung der Rentenleistungen aus der Reichsversicherungsordnung nach der Zahl der vorhandenen Kinder unter 15 Jahren nicht nur in der durch § 1291 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Weise beim Invalidengeld und bei der Waisenrente, sondern auch bei der Unfallrente, bei dem Krankengeld sowie bei dem Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung.

4. Ausgestaltung und Verbesserung des Gehalts, der dem steigenden Gehalte des Beamten zugrunde liegt, durch Abstufung der Beamtengehälter nicht nur nach der Zahl der Dienstjahre, sondern auch nach der Zahl der vorhandenen Kinder unter 15 Jahren; Übertragung des Grundsatzes auch auf Angestellte und Arbeiter (Familien-

zulagen); Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses an verheiratete und insbesondere kinderreiche Beamte.

5. Prämierung kinderreicher Familien aus öffentlichen Geldern, gegebenenfalls in Rentenform (ein in Frankreich schon mehrfach erwogener Gedanke).

6. Organisation der Wöchnerinnenpflege und der Fürsorge für Gebärende als einer Aufgabe sozialer Fürsorge (Errichtung von Wöchnerinnenheimen; Gewährung von Hauspflege usw.).

7. Schaffung guter und billiger Wohnungen auf gemeinnütziger Grundlage für kinderreiche Familien.

8. Mit Rücksicht darauf, daß die Geburtenziffer auf dem Lande größer ist als in der Stadt und aus leicht erklärlichen Gründen<sup>1)</sup> die ländlichen Gegenden den auf Geburtenrückgang hinzielenden Tendenzen bislang stärkeren Widerstand entgegengestellt haben als die städtischen (vgl. oben S. 57), großzügige Ausgestaltung der ländlichen Wohlfahrtspflege nicht nur im östlichen, sondern auch im westlichen und südlichen Deutschland sowie vor allem innere Kolonisation; Stärkung des Bauernstandes durch Förderung des Genossenschaftswesens und des Kleinbesizes; Schaffung von Rentenstellen, Parzellierung großer Güter, Unterstützung der Gartenstadtbewegung; Belebung der Heimatliebe und der Anhänglichkeit an die heimische Scholle.

9. Bekämpfung der marktschreierischen Reklame für die Mittel zur Verhütung der Konzeption durch unnachsichtliche Verfolgung der Verfasser und Verbreiter von Anzeigen und Schriften, die Interessenten nicht etwa auf besonderen Wunsch, sondern unangefordert zugehen und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden; reichsgesetzliche Überweisung des alleinigen Verkaufsrechts solcher Mittel an die Apotheken zum Zwecke ihrer Entziehung aus dem allgemeinen Verkehr; solange dieses noch nicht möglich ist, Erschwerung des Handels durch polizeiliche Verordnungen; Verbot oder doch jedenfalls hohe Verzollung der Einfuhr aus dem Auslande<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Wert der künftigen Arbeitskraft des Kindes hier höher; leichtere Fußlegung in Acht und Luft; geringere Gelegenheit zu kostspieligen Genüssen; Festhalten an der Tradition; langsamere Verbreitung der Kenntnisse von der Konzeptionsverhütung; Nichtgeltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschränkung der Kinderarbeit.

<sup>2)</sup> Eine bemerkenswerte und mannigfach nachgeahmte Verwaltungsmaßregel bedeutete eine Verfügung des Düsseldorfser Regierungspräsidenten Dr. Kruse vom Juni 1912, in der darauf hingewiesen wird, daß die namentlichen Veröffentlichungen der Geburten in den Tagesblättern auf Grund der ständesamtlichen Nachrichten den Händlern mit Mitteln zur Verhütung der Konzeption erwünschtes Adressenmaterial liefern; infolgedessen werden die Flussichtsbehörden der Ständesämter ersucht, dafür Sorge zu tragen, „daß diese namentlichen Veröffentlichungen wie etwaige Auskünfte in der Folge unterbleiben“.

10. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Abtreibung wird auch mehrfach gefordert,<sup>1</sup> doch ist nach den bisherigen Erfahrungen davon nichts Wesentliches zu erwarten. Viel wichtiger ist:

11. Die Gewinnung der Ärzte und Hebammen als Helfer zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs, vor allem der ersteren als der Berater unzähliger Frauen, die empfangen haben oder die sich vor der Empfängnis fürchten.

Das alles sind im einzelnen kleine Mittel, deren Wirkungsmöglichkeit nicht überschätzt werden darf. Andererseits können sie sich doch, wenn eines in das andere greift, zu einer wirksamen Bevölkerungspolitik ausgestalten, wenn mit ihnen Hand in Hand geht eine Hebung der allgemeinen Kultur, der wirtschaftlichen Lage, der Geistes- aber auch nicht minder der Herzensbildung der großen, minderbemittelten Bevölkerungsklassen. Es gilt einmal, deren Nahrungsspielraum zu erweitern und zum andern, auf eine nationalpolitisch erfreuliche Verwendung der vermehrten Substanzmittel hinzuwirken, damit bald wieder jene Gesinnung zur Gemeinüberzeugung Deutschlands werde, die aus der beherzigenstwertten Inschrift eines Porzellantellers des Nordischen Museums zu Stockholm spricht: „Glücklicher Erfolg den Schiffen, beständiger Gang den Wiegen des Vaterlands!“

Mehrere der besprochenen Maßnahmen verfolgen neben dem Ziele der Bekämpfung des Geburtenrückgangs auch gleichzeitig ein zweites. Wohnungsfürsorge und Wöchnerinnenpflege z. B. dienen nicht minder auch der Verminderung der Sterblichkeit. Welche Erfolge die in dieser Richtung wirksamen Bemühungen bereits in den letzten Jahrzehnten erzielt haben, ist oben (S. 63) dargetan worden, gleichzeitig aber auch, wieviel noch namentlich in Deutschland zu tun übrigbleibt. Es darf nach wie vor die Säuglingsfürsorge nicht von der Tagesordnung verschwinden, und das, was seitens einzelner Städte durch Errichtung von Säuglingsfürsorgestellen, Gewährung von Stillprämien, Er-

richtung von Milchkühen, Überwachung und Regelung der Milchversorgung geschehen ist, muß für die Arbeit in den vielen Gegenden unseres Vaterlandes, wo der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit noch kaum eingesetzt hat, zum Muster dienen. Daneben tritt die Bekämpfung der Tuberkulose durch Errichtung von Erholungs- und Heimstätten, sowie von eigenen Krankenhäusern oder doch wenigstens Krankenhausabteilungen für Tuberkulose im vorgeschrittenen Stadium, ferner von ländlichen Kolonien und Walderholungsstätten, von Musik- und Fürsorgestellen, schließlich durch Organisation der Hauspflege und Verbreitung des Verständnisses für die Tuberkulose in weiteren Volksschichten usw. Mit all dem wie mit Hilfe immer durchgreifenderer Abwehr der ansteckenden Krankheiten, weiterer Ausgestaltung der Schulgesundheitspflege, dauernder Verdichtung des Netzes gut eingerichteter und geleiteter Krankenanstalten, nicht zuletzt auch durch die Errungenschaften des modernen Städtebaus und der öffentlichen Hygiene im weitesten Sinne des Wortes wird es möglich sein, die Sterbeziffer auch Deutschlands noch weiter herabzumindern. Freilich darf nach oben (S. 64) Ausführtem die Erfolgsmöglichkeit in dieser Richtung auch nicht überschätzt werden. Die Grenze des Erreichbaren ist doch vielleicht bereits näher gerückt, als man gern glauben möchte. —

Jene Umwälzung in den bevölkerungspolitischen Anschauungen um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, von der oben (S. 145) die Rede war, hat auch eine Änderung der Stellungnahme des Staates zur Auswanderung zur Folge gehabt. Der Grundsatz der Auswanderungsfreiheit als eines allgemeinen Menschenrechtes, den die französische Verfassung von 1791 verkündet hatte, fand während der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts Aufnahme in das öffentliche Recht auch fast aller deutschen Staaten. Mit den polizeilichen Beschränkungen fielen die finanziellen, und die konstituierende

Nationalversammlung votierte am 20. Juli 1848 in Frankfurt a. M.: „Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.“

Je mehr dann in der Folgezeit die Auswanderung, namentlich über See (vgl. oben S. 82), zunahm, um so mehr mußte es als Pflicht des Staates erscheinen, die Auswanderungsfreiheit nicht in eine völlige Teilnahmslosigkeit gegenüber den auswandernden Volksgenossen ausarten zu lassen, sondern vielmehr Maßnahmen zu treffen, damit die Auswanderungslustigen ihren Entschluß unter möglichst günstigen Bedingungen ausführen können, daß sie gerade dorthin wandern, wo der Heimatstaat an einer starken Vertretung seines Volkstums Interesse hat, daß sie weiter in ihren neuen Niederlassungen durch die Fürsorge des Mutterlandes Unterstützung finden und, in engen Beziehungen mit ihm, Pioniere des heimischen Handels werden. In dieser Beziehung freilich ist in Deutschland bislang nur wenig geschehen. Nachdem die Reichsverfassung die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern als der Gesetzgebung des Reiches unterliegend erklärt hat, ist erst am 9. Juni 1897 ein Reichsgesetz über das Auswanderungswesen zustande gekommen. Es beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf eine Regelung des Geschäftsbetriebs der Auswanderungsunternehmen und -agenten. Darüber hinaus besteht eine von der Deutschen Kolonialgesellschaft verwaltete, aber durch das Reich finanzierte „Zentralauskunftsstelle für Auswanderer“ in Berlin, und neuerdings haben die Bestrebungen auf Erschwerung des Verlustes der Reichsangehörigkeit (vgl. oben S. 138) zu einer Revision der Staatsangehörigkeitsgesetzgebung geführt. Im übrigen dürfte das Reich durch schnelle und durchgreifende Gewährung des Schutzes an alle Deutschen im Auslande, durch Fürsorge für sie auf kirchlichem und Schulgebiete, ferner durch Förderung der deutsch-ausländi-

sehen Vereinstätigkeit sowie der deutsch-ausländischen Presse zur Erhaltung des Deutschtums in Nationalgefühl, Sprache und Weltwirtschaft zukünftig gern weit mehr tun, als es bisher der Fall ist. Vorbildlich ist nach dieser Richtung mannigfach die Auswanderungsgesetzgebung und die Auswanderungspolitik Großbritanniens. Die mehrfach hervorgetretenen Bestrebungen auf internationale Regelung der Materie haben Erfolge bislang nicht gezeitigt.

Der Auswanderungsfreiheit entspricht in allen Kulturländern die Einwanderungsfreiheit. Jedoch hat diese in den bedeutendsten Einwanderungsländern insofern eine Einschränkung erfahren, als die Besorgnis vor Verschlechterung der Rasse, moralischer Schädigung der Allgemeinheit und (namentlich soweit die organisierte Arbeiterschaft in Frage kommt) unerwünschter Konkurrenz u. a. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada, Australien und (1905) Großbritannien eine Gesetzgebung zutage gefördert hat, welche die Einwanderung unerwünschter Elemente (Unbemittelte, Kranke, Idioten, Verbrecher, Prostituierte usw.) hindert oder doch erschwert<sup>1)</sup>. Auch für das Deutsche Reich wird bald die Zeit gekommen sein, da der dauernden und periodischen Zuwanderung von jährlich vielen Tausenden fremder, sittlich oft nicht einwandfreier Elemente (vgl. oben S. 83) verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

In engem Zusammenhange mit der Auswanderungspolitik steht die Kolonialpolitik. So wünschenswert es sein mag, durch die Leitung der Auswanderer in fremde Gebiete

<sup>1)</sup> Bei einer Besprechung des in der amerikanischen Arbeiterschaft sehr populären Vorschlages, die ost- und südeuropäische Einwanderung möglichst ganz zu verbieten, macht Duessel in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1911, Bd. I) S. 453, darauf aufmerksam, daß solches Verbot die Union allerdings vor dem sonst angelegentlich Geburtenrückganges der herrschenden Rasse (vgl. oben S. 56) nicht unwahrscheinlichen Schicksale des „Versinkens im slawischen Völkermeere“ bewahren, gleichzeitig aber die Gefahr heraufbeschwören würde, daß das Wachstum der Regerebevölkerung einen mächtigen Impuls empfangen und im Verlaufe von etwa 80 Jahren das Land in einen Negerstaat umwandeln könnte.

neue Absatzgebiete für die heimische Industrie zu gewinnen, die beste Lösung der Auswanderungsfrage ist dann gegeben, wenn eigene Kolonien als Ansiedelungsgebiete dienen können. Derartige Kolonisationen bedeuten gewissermaßen die „*Vielfältigung eines Kulturvolkes*“ (Besch). Außerdem werden durch gute überseeische Besitzungen neue Möglichkeiten zur Teilnahme am Welthandel und an der Weltwirtschaft, sowie Lebensmittel, Kolonialwaren und Rohstoffe gewonnen, die der Produktion des Mutterlandes und damit der allgemeinen Wohlfahrt in diesem zugute kommen. Leider hat Deutschland erst so spät an die Erwerbung von Kolonien gehen können, daß es sich mit Resten begnügen mußte, die sich zwar dank deutscher Tüchtigkeit und Ausdauer teilweise nicht ungünstig entwickeln, aber doch in ihrem Gesamtwerte weit hinter den Besitzungen anderer, kleinerer Staaten zurückbleiben. Um so wichtiger ist darum gerade für das Deutsche Reich die Gewinnung ausschlaggebenden wirtschaftlichen Einflusses in fremder Staatshoheit unterstehenden Ländern, die damit zu „*uneigentlichen*“ Kolonien werden. Anatolien, Ostasien und Südamerika sind in dieser Beziehung besonders wichtige Arbeitsgebiete.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Die zu §§ 4 (S. 76) und 5 (S. 84) genannten Arbeiten, insbesondere diejenigen von Borntraeger, Diebel, Geffken, Münckmeier, Most, Oldenberg und Wolf; ferner: von Bortkiewicz, Die Bevölkerungstheorie; in der Schmoller-Festschrift „Die Entwicklung der Deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.“ Leipzig 1908. — Budge, Das Malthusische Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte. Karlsruhe 1912. — Köbner, Einführung in die Kolonialpolitik. Jena 1908. — Landsberg, Geburtenrückgang und Sozialpolitik; Archiv für Sozialpolitik, II. Bd. Berlin 1913. — Loening, Artikel Auswanderungsgesetzgebung in Deutschland; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, II. Band. Jena 1909. — Marcuse, Die Beschränkung der Geburtenzahl, ein Kulturproblem (Vertreter des Neumalthusianismus). München 1913. — Rohrbach, Deutschland unter den Welt-

völkern, 3. Auflage. Berlin-Schöneberg 1911. — Rümelin, Reden und Aufsätze, Neue Folge. Freiburg i. B. Tübingen 1888. — Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1911.

### § 16. Qualitätspolitik.

Die in vorstehendem Paragraphen geschilderten Maßnahmen beeinflussen neben der Zahl auch die Art der Bevölkerung günstig. Die gleiche Wirkung hat letzten Endes auch schlechthin jede richtig orientierte Staatspolitik nach außen und innen, mag nun im einzelnen dabei der Macht-, Rechts- oder allgemeine Kulturzweck im Vordergrund stehen. Daneben gibt es aber noch eine Fülle staatlicher Maßnahmen und Einrichtungen, bei denen die Hebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nicht nebenher, in zweiter Reihe, sondern unmittelbar und in erster Linie bezweckt wird. Ihre Gesamtheit bildet den Inhalt der Qualitätspolitik.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes bemißt sich in erster Linie nach seiner leiblichen, körperlichen und sittlichen Gesundheit. Alle Pflege und Förderung dieser Gesundheit ist soziale Hygiene.

Das Maß der leiblichen Gesundheit hängt unter sonst gleichen Verhältnissen davon ab, wie die Masse des Volkes sich nährt, wie sie wohnt, wie sie sich kleidet und wie sie arbeitet. Ob zunächst die Ernährung des deutschen Volkes nach Ausmaß und Beschaffenheit billigen Anforderungen genügt, ist umstritten. Den häufigen Behauptungen, es herrsche in weitesten Bevölkerungskreisen eine „Unterernährung“, stehen nicht weniger Feststellungen gegenüber, wonach in Gegenwart wie in absehbarer Zukunft im allgemeinen keine Rede davon sein kann. Die Zunahme der Lebensdauer und die Minderung der Sterblichkeit (vgl. oben S. 60 und 75) scheinen für die zweite Anschauung zu sprechen. Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß zum mindesten in gewissen Volksschichten er-

hebliche Mängel des Nahrungswesens herrschen. Sie bestehen einmal in einem Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und der Preisgestaltung wichtiger Nahrungsmittel, zum andern in der vielfach zu beobachtenden, unrationellen Verwendung des für die Ernährung verfügbaren Geldbetrages beim Einkauf wie bei der Zubereitung der Speisen. Die Abhilfe des erstbezeichneten Fehlers ist Sache der allgemeinen Sozialpolitik, die dem namentlich durch Ausgestaltung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung bereits weitgehend Rechnung getragen hat, ferner und vor allem der Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik, welche bei aller Rücksichtnahme auf die Förderung der heimischen Landwirtschaft die Hintanhaltung preisverteuernder Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel und deren möglichst billige Beförderung vom Orte der Produktion zum Orte der Konsumtion ins Auge zu fassen hat. Die Frage, inwieweit ferner die öffentlichen Körperschaften berufen seien, den preiserhöhenden Zwischenhandel dadurch auszuschalten, daß sie selbst an deren Stelle treten oder mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln genossenschaftliche Organisationen der Konsumenten mit gleichem Zwecke unterstützen, ist noch offen. Der Zug der Zeit scheint auf ihre Bejahung hinzudrängen; doch darf nicht vergessen werden, daß dem auch wichtige Gesichtspunkte — Erhaltung eines selbständigen gewerblichen Mittelstandes und Ablehnung eines Kommunismus, der die besten Kräfte des Volkes, Selbstverantwortlichkeitsbewußtsein und Unternehmungsgeist, zu schädigen droht — entgegen stehen. Dem zweitbezeichneten Mangel wird einerseits durch Verbreitung der Erkenntnis rationeller Ernährung, andererseits durch Schulung des weiblichen Teils der breiten Volksschichten zu hauswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abzuhelpen sein. Jene wäre eine Hauptaufgabe des von mancher Seite geforderten „Reichsnahrungsamtes“, dem die Gemeinden „Ge-

meindenahrungsämter“ zur Seite stellen sollen. Dieser dient der Haushaltsunterricht, welcher bereits in allen größeren, aber auch in vielen kleineren deutschen Gemeinden ein segensreich wirkender Zweig des Volksschulunterrichts geworden ist und nebenher auch in Kochkursen für Erwachsene, meist von Frauenvereinen veranstaltet, gepflegt wird. Neuerdings sind starke Bestrebungen am Werke, um ihn für alle schulentlassenen Mädchen ein Jahr oder zwei Jahre hindurch im Rahmen oder nach dem Muster der Fortbildungsschule obligatorisch zu machen.

Allgemein anerkannt ist auch die Notwendigkeit und nicht minder die Möglichkeit, die Wohnungsverhältnisse der Masse zu verbessern. Von wie entscheidender Bedeutung die Boden- und Wohnungspolitik des Staats und der Kommunen für die körperliche und darüber hinaus auch für die geistige und sittliche Gesundheit des Volkes ist, bedarf hier keiner Erörterung. Die in Erkenntnis dessen einzuschlagenden Wege werden in anderen Bändchen dieser Sammlung (vgl. Literaturnachweis auf S. 171) geschildert:

Noch wenig beachtet sind dagegen bis in die allerneueste Zeit hinein die Mißstände in der Kleidung geblieben. Die Gefahren, die daraus namentlich der körperlichen Entwicklung der Jugend drohen, dürfen nicht unterschätzt werden, und es ist zu begrüßen, daß leztthin Bewegungen einsetzen, die eine Reform der herrschenden Sitten und hier und da ein regulierendes Eingreifen des Staats (selbstverständlich auf dem Wege der Erziehung und nicht etwa polizeilicher Maßnahmen) fordern. Im wesentlichen freilich haben sie sich bisher auf die Frauenkleidung beschränkt und — ob mit Recht, mag füglich bestritten werden — die Männerkleidung fast unberücksichtigt gelassen.

Das vierte Gebiet der Fürsorge für die körperliche Gesundheit des Volkes bietet reichere Ausbeute. Die Sorge vor

einer Degeneration der handarbeitenden Schichten und einer vorzeitigen Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit hat neben der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, die gerade unter diesem Gesichtspunkte namentlich die von Betriebsunfall oder Krankheit Betroffenen gegen die verderblichen Folgen dessen sichern will, die deutsche Arbeiterschutzesetzgebung gezeitigt, welche in ihren Anfängen auf die dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgeht, ihre volle Ausgestaltung aber erst im neuen Deutschen Reiche erfahren hat. Ihr bisheriges Ergebnis ist Minderung der gesundheitlichen Gefährdung insbesondere der industriellen Arbeiter durch Betriebsgefahren, sowie der Frauen und Kinder durch allzulange Arbeitszeit. Neuerdings hat sich die gleiche Gesetzgebung auch an die besonders schwer faßbaren, aber vielfach um so größeren Mißstände in der Hausindustrie durch Erlass eines Heimarbeitengesetzes (20. Dezember 1911) gewagt. Dagegen ist der Arbeiterschutz hinsichtlich der Handelsangestellten noch nicht weit durchgeführt, und sicherlich bestehen auch in sonstigen Teilen der Bevölkerung, die bislang besonderer Arbeiterschutzesbestimmungen entbehren, sozialhygienische Mißbräuche mancher Art. Allerdings darf bei Erwägung solcher Erweiterungen des Arbeiterschutzes, abgesehen von oben in anderem Zusammenhange (S. 156) erwähnten Momenten, nicht vergessen werden, daß damit in fast jedem Falle eine mittelbare oder unmittelbare Belastung der Arbeitgeber eintritt, deren Tragfähigkeit im Hinblick auf den Wettkampf der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte stets sorgsam zu berücksichtigen ist — nicht zuletzt im Interesse der Arbeiter selbst, deren wirtschaftliche Lage in Zukunft zum guten Teile von dem Ergebnisse dieses Wettkampfes abhängen wird.

Ein Glied der Arbeiterschutzesmaßnahmen bildet auch die Gewährung ausreichender Erholung von der Arbeit. Abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen über das Ausmaß

der Arbeitszeit, ist da einerseits der vor allem bei zahlreichen Gemeinden, aber auch in der Privatindustrie schnell in Aufnahme gekommene Erholungsurlaub für Angestellte und Arbeiter von Belang, andererseits die Gesamtheit der Bemühungen zur Förderung einer gesundheitlich einwandfreien Ausnutzung der Erholungszeit. Dazu gehören namentlich die Förderung des Turnens, des Sports und des Wanderns, die Schaffung öffentlicher Grünanlagen, die Einrichtung von Volksbädern und auch von Volksbildungsanstalten, über welche letztere noch unten (S. 168) zu sprechen ist.

All dies dient zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bevölkerung und ist geeignet, Erkrankungen vorzubeugen. Die notwendige Ergänzung dessen bieten Bemühungen, welche die Bekämpfung ganz bestimmter, am Volkskörper in besonderem Maße zehrender Krankheitserscheinungen im Auge haben. Diese Bemühungen sind die gleichen, deren oben (S. 158) als solcher, die auf Abminderung der Sterblichkeit hinzielen, Erwähnung getan wurde. Neben der dort bereits erwähnten Säuglingsfürsorge, Schwindsuchtsbekämpfung und Schulgesundheitspflege seien hier noch besonders die Aufgaben hervorgehoben, die dem Staat in Ansehung der Nerven- und Geisteskrankheiten sowie der verkrüppelten Volksgenossen (vgl. oben S. 103 und 102) erwachsen. Hinsichtlich jener kommt es vor allem auf eine körperlich und geistig gesunde Erziehung der heranwachsenden Jugend, daneben auf ausreichende Beschaffung modern ausgestalteter und geleiteter Irrenanstalten und Nervenheilstätten, an denen es immer noch fehlt, an. Ebenso bietet die Errichtung von Krüppelheimen, deren es in Deutschland noch nicht 40 bei annähernd 500 000 Krüppeln gibt, und die weitere Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für infolge Verkrüppelung oder aus son-

stigen Ursachen beschränkt Erwerbsfähige eine besonders dringliche Forderung der Sozialhygiene.

Solche Maßnahmen ebenso wie zahlreiche andere, die hier zu nennen wären — wie namentlich Ausbau der allgemeinen Krankenanstalten, Regelung des Desinfektions-, Arzte-, Zahnärzte- und Apothekerwesens —, wollen die körperliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nicht nur steigern, sondern sie sollen auch erhalten, was an Leistungsfähigkeit überhaupt vorhanden ist. In dieser Grundauffassung steht die soziale Hygiene im Gegensatz zur Rassenhygiene, deren letztes Ziel in der Herbeiführung einer hochqualifizierten Auslese durch „Ausmerzen der schwachen und schwächlichen Individuen“ beruht. Diese Forderung ist abzulehnen, weil, abgesehen von der kaum zu tragenden Verantwortung im einzelnen Falle, sie den „Menschen lediglich als ein Naturprodukt auffaßt und den Fortschritt der Kultur einseitig in die Steigerung der körperlichen Fähigkeiten verlegt“. So wichtig diese letzteren auch sein mögen, ihre Mängel können ausgeglichen werden durch geistige Fähigkeiten, die nicht selten erst langsam reifen

Aus dieser Erwägung heraus ergibt sich gleichzeitig die Wichtigkeit der Förderung auch der geistigen Qualität des Volkes als einer staatlichen Aufgabe. Schule i. w. S. und Volksbildung i. e. S. sind hier die beiden Arbeitsgebiete, auf deren erstem Deutschland vorbildlich, auf deren zweitem es noch weit hinter anderen Ländern zurückgeblieben ist. Hier bleibt noch außerordentlich viel zu tun, mag man nun an die Verbreitung guter Bücher durch Volksbibliotheken, Besehallen oder billige Ausgaben, an Vorlesungen und Unterrichtskurse oder an die Hebung der künstlerischen Bildung durch Darbietung billiger und guter, musikalischer und theatralischer Vorführungen, an Museumsführungen und Wanderausstellungen oder — um noch eines der neuesten Mittel der

Volksebildung zu nennen — an die Kulturbarmachung des Lichtspieltheaters für diese Zwecke denken. Bislang haben Staat und Gemeinde in dieser Hinsicht fast alles privaten Vereinigungen überlassen, deren Mittel nur gering sind und deren Wirksamkeit meist auf kleine Teile der Großstädte beschränkt bleibt, während die öffentlichen Körperschaften mit verhältnismäßig geringem Aufwande leicht Großes zu leisten vermöchten. Dabei darf freilich niemals vergessen werden, daß alle wahre Bildung nicht nur Herzens-, sondern auch, ja vor allem Charakterbildung ist. Die Durchdringung des ganzen Volkes, insbesondere der heranwachsenden Jugend, mit religiös-sittlichem Geiste, mit den starken Kräften des Pflicht- und Selbstverantwortlichkeitsbewußtseins, des Gemeinheitsgefühls und nicht zuletzt auch einer das ganze Sein erfüllenden Freude an der Arbeit, an der Natur, an der Familie und an all dem, was das tägliche Leben jedem Stande und Berufe bietet, muß darum erster Grundsatz wie aller Volksebildungsbestrebungen, so auch aller öffentlichen und privaten Erziehung sein. Diese Bestrebungen finden eine wesentliche Stütze in der Pflege des Heimatgefühls, dessen Schwinden in allerneuester Zeit mannigfache Reformversuche gezeitigt hat, nicht zuletzt in all jenen Maßnahmen, die eine ländliche, bodenständige Bevölkerung zu erhalten suchen, und deren bereits oben (S. 175) gedacht worden ist.

Mit dem Heimatgefühl geht das Nationalgefühl Hand in Hand, und darum ist Schutz des eigenen Volkstums die letzte, gleichzeitig aber auch mit die wichtigste bevölkerungspolitische Aufgabe des Staates. Über dessen Maßnahmen zur Erhaltung des Volkstums der Auswanderer im Auslande sowie der zur Besiedelung der eigenen Kolonien fortgezogenen Staatsangehörigen wurde schon oben (S. 160) einiges gesagt. Aber auch innerhalb seines Gebietes hat der Staat das eigene Volkstum überall zu schützen und zu fördern, da es die Grund-

lage seiner Macht ist. Der Erfüllung dieser Aufgabe dient einerseits die ständige Beaufsichtigung der zu Hunderttausenden ins Deutsche Reich hereinströmenden Einwanderer aus kulturell niedrigstehenden Völkern und Volksschichten, die, wie schon oben (S. 161) hervorgehoben, leicht ungünstig auf die sich mit ihnen mengenden Eingewanderten wirken können. Deshalb wird namentlich auch darauf zu achten sein, daß sich nicht etwa die zur vorübergehenden Beschäftigung einwandernden polnischen, russischen, italienischen, kroatischen und tschechischen Arbeiter in größerer Zahl dauernd festsetzen. Andererseits und vor allem gilt es, die in den östlichen, westlichen und nördlichen Grenzmarken des Reichs noch befindlichen fremden Volksteile dem Deutschtum zu gewinnen. Leider sind die Erfolge namentlich im Osten trotz einer schon mehr als ein Jahrhundert dauernden deutschen Herrschaft nur sehr gering. Die Ursachen dessen liegen namentlich in der Unstetigkeit der dortigen Germanisierungspolitik. Die persönlichen Empfindungen der polnischen Bevölkerung müssen künftig mehr als bisher geschont, gleichzeitig aber auch die verfügbaren Machtmittel künftig mit weit weniger Schwanken und Zaudern angewandt werden, wenn sich Widerstand gegen die vom Staate zur Verstärkung des deutschen Volkstums getroffenen Anordnungen geltend macht.

So gestaltet sich die Bevölkerungspolitik zu einer Gesundheits-, Bildungs-, Moral-, Siedelungs- und Heimatpolitik aus, die hier nur in einigen Grundzügen gekennzeichnet werden konnte, die letzten Endes aber das für die geistige Blüte, die wirtschaftliche Entfaltung und die politische Macht ausschlaggebende Betätigungsgebiet des Staats darstellt.

Literatur (außer der im Texte des § 2 angeführten): Bernhard, Die preußische Polenpolitik; im Sammelwerke „Handbuch der Politik“, II. Band. Berlin 1912. — van der Borcht, Grundzüge der Sozialpolitik. Leipzig 1904. — Fischer, Grundriß der sozialen Hygiene. Berlin 1913. — Friß, Das moderne Volks-

bildungswesen. Leipzig 1909. — Grotjahn-Raup, Handwörterbuch der sozialen Hygiene. Leipzig 1912. — Gasse, Die Besiedelung des deutschen Bodens. München 1905. — Derselbe, Die Zukunft des deutschen Volkstums. München 1907. — Most, Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung, Band II: Wirtschafts- und Sozialpolitik (Sammlung Götschen, Nr. 662). Berlin 1913. — Pohle, Die Wohnungsfrage (Sammlung Götschen, Nr. 495 und 496). Leipzig 1910. — Potthoff, Soziologie und Verwaltung; Annalen des Deutschen Reichs, 45. Jahrgang. München 1912. — Rubner, Volksernährungsfragen. Leipzig 1908. — Schallmayer, Vererbung und Nuzlese im Lebenslauf der Völker, 2. Auflage. Jena 1910.

# Register.

(Die Zahlen bezeichnen die Seiten.)

- Absterbeordnungen 76.  
 Abtreibung 158.  
 Abwanderung 86, 129.  
 Afrika: Bevölkerung 23;  
     Einwanderung 81, 82;  
     Geschlechter 87.  
 Agglomeration 131.  
 Ägypten: Bevölkerungsdichte 33.  
 Alkoholismus 47, 120.  
 Alkoholkonsum 121.  
 Allendorf 132.  
 Altersgliederung 43, 71, 89.  
 Altersstatistik 89.  
 Amerika: Bevölkerung 23,  
     28; Deutschsprechende  
     137; Einwanderung 81,  
     82; Geschlechter 86; vgl.  
     auch Vereinigte Staaten.  
 Analphabeten 105.  
 Andorra: Fläche und Be-  
     völkerung 24.  
 Angestelltenversicherung  
     156, 164.  
 Anthropometrie 96.  
 Antikatharistener 147.  
 Arbeiterschutzgesetzgebung  
     70, 166.  
 Arbeiterversicherung 156,  
     164, 166.  
 Arbeitsstatistik 119.  
 Aristoteles 11, 141.  
 Arnsherg, Reg.-Bez.: Po-  
     len 136.  
 Aschaffenburg 125.  
 Asien: Bevölkerung 23; Ge-  
     schlechter 86.  
 Augustus 141.  
 Ausländer in Deutschland  
     83, 137.  
 Außenwanderungen 78.  
 Australien: Bevölkerung 23;  
     Einwanderung 81, 82,  
     161; Geburten 41, 43, 47,  
     53, 65; Geschlechter 86;  
     Selbstmorde 125.  
 Auswanderung 43, 77, 86,  
     87, 90.  
 Auswanderungspolitik 88,  
     143, 159.  
 Auswanderungsstatistik 78.  
 Baden: Bevölkerung 34, 35;  
     Konfessionen 134; Sterb-  
     lichkeit 71.  
 Ballod 99.  
 Bayern: Bevölkerung 34,  
     35; Bevölkerungspolitik  
     146; Blinde 101; Gebur-  
     ten 57; Konfessionen 134;  
     Säuglingssterblichkeit 74;  
     Sterblichkeit 71; Unehel-  
     iche 117.  
 Bebel 45.  
 Becker 76.  
 Belgien: Bevölkerung 24;  
     Bevölkerungsdichte 33;  
     Ehelösungen 114; Ehe-  
     schließungen 109, 110;  
     Fläche 24; Geburten 39,  
     43, 48; Geburtenüber-  
     schuß 60; Geschlechter 87;  
     Säuglingssterblichkeit 73;  
     Selbstmorde 125; Siede-  
     lungsweise 126; Sterb-  
     lichkeit 60; Todesursachen  
     72; Totgeburten 38; Un-  
     eheliche 116.  
 Berlin 57, 71, 101, 114, 117,  
     127, 130, 131.  
 Bernhard 170.  
 Bernoulli 7, 12, 93.  
 Bertillon 6, 50, 55, 76.  
 Berufsmortalität 69.  
 Bevölkerung 5.  
 Bevölkerungsart 84.  
 Bevölkerungsbewegung 16,  
     86.  
 Bevölkerungsdichte 30, 49.  
 Bevölkerungsgesetze 48, 56,  
     66, 112, 144, 149.  
 Bevölkerungslehre 7, 19.  
 Bevölkerungspolitik 7, 140,  
     151.  
 Bevölkerungsschwerpunkt  
     35.  
 Bevölkerungsstand 19.  
 Bevölkerungsstatistik 7.  
 Bevölkerungstheorie 141,  
     151.  
 Bevölkerungsvermehrung,  
     natürliche 36, 58.  
 Bevölkerungswissenschaft 5,  
     141.  
 Bevölkerungszahl 19.  
 Bierkonsum 121.  
 Biesalski 102.  
 Bildungsgrad 105.  
 Bildungspflege 168.  
 Bildungsstatistik 106.  
 Binnenwanderungen 77,  
     87, 90, 128, 134.  
 Blinde 100.  
 Blod 93.  
 Blödsinn 103.  
 Boedch 76.  
 Böhmert 59.  
 v. d. Borcht 170.  
 Borntraeger 57, 76, 162.  
 Borstkiel 14, 76, 162.  
 Brachelli 18.  
 Brahmanen 133.  
 Brandenburg: Bevölkerung  
     84, 85; Binnenwanderun-  
     gen 130; Ehelösungen 114;

- Siedelungsweise 128; Sterblichkeit 71, 74.  
 Traubenweinfonsum 122.  
 Trassiten: Einwanderung 82; Fläche 21.  
 Trauschweig: Konfessionen 184.  
 Vredt 189.  
 Brentano 14, 44, 49, 50, 54, 76, 99, 111, 115.  
 Brownell 46.  
 Buddhisten 133.  
 Budge 162.  
 Carey 148.  
 Cauderker 76, 110, 115.  
 Center of population 35.  
 China: Bevölkerung 25, 28; Bevölkerungsdichte 33; Fläche 20, 25.  
 Citybildung 131.  
 Coghlan 47, 65.  
 Cöln 127, 131.  
 Conrad 13, 17, 41, 66, 93.  
 Couring 11.  
 Dade 99.  
 Dänemark: Alkoholkonsum 122; Auswanderung 83; Bevölkerung 28; Eheschlösungen; 114; Eheschlösungen 109; Fläche 24; Geburten 39; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Freie 104; Selbstmorde 125; Säuglingssterblichkeit 73; Siedelungsweise 126; Sterblichkeit 60; Uneheliche 116, 117.  
 Daubet 56.  
 Degeneration 44, 98, 166.  
 Del Vecchio 51.  
 Demologie 7.  
 Demographie 7.  
 Deutsche im Ausland 84, 137, 138.  
 Deutsches Reich: Alkoholkonsum 122; Altersgliederung 91, 92, 98; Analphabeten 106; Ausländer 137; Auswanderung 81, 82, 83; Bevölkerung 24, 26; Bevölkerungspolitk 151, 168; Binnenwanderungen 128, 184; Blinde 100; Eheschlösungen 114; Eheschlösungen 108, 109, 110; Familienstand 115, 116, 117; Fläche 24; Fremdbürtige 83; Fremdsprachige 185; Geburten 39, 40, 41, 42, 48, 57, 65, 152; Geburtenüberschuß 60, 65; Geschlechter 87; Geschlechtskrankheiten 123; Gesundheitszustand 98; Großstädte 126; Freie 104; Konfession 133; Kriminalität 119; Krüppel 102; Ortsgrößenzklassen 127; Reichsangehörige im Ausland 138; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Siedelungsweise 126; Sprachenstatistik 135; Sterblichkeit 60, 66; Taubstumme 102; Tauglichkeitsziffer 98; Todesursachen 72; Totgeburt 88.  
 Deutschsprechende auf der Erde 187.  
 Diebel 14, 52, 76, 147, 150, 162.  
 Doppelsprachige 185.  
 Dortmund 131.  
 Doublebah 45, 148.  
 Dresden 127.  
 Düring 149.  
 Düsseldorf, Reg.-Bez.: Bevölkerungsdichte 33; Binnenwanderungen 181; Polen 186; Siedelungsweise 128.  
 Düsseldorf, Stadt 134.  
 Ehe 107.  
 Eheliche Fruchtbarkeit 42, 107, 119, 117.  
 Ehelich Geborene 116.  
 Eheschlösungen 118.  
 Eheschlösungen 36, 108.  
 Einwanderung 77, 86, 90, 94, 143, 161.  
 Einwanderungspolitk 161, 170.  
 Einwanderungsstatistik 78.  
 Elsaß-Lothringen: Auslan-
- der 138; Bevölkerung 34, 35; Geburten 57; Konfessionen 184; Sterblichkeit 71.  
 Elfter 14.  
 Engels 148.  
 England s. Großbritannien.  
 Entbindungen 37.  
 Erdbevölkerung 23, 86.  
 Erdoberfläche 20.  
 Ernährung 168.  
 Europa: Auswanderung 81; Bevölkerung 23, 24; Geburtenrückgang 41; Geschlechter 86; Großstädte 122; Konfession 133; Sterblichkeit 60, 74; Verarbeiteter 84.  
 Evangelische 114, 138.  
 Familienrenten 156.  
 Familienstand 87, 70, 125.  
 Ferenczy 84.  
 Firk 10, 14, 17, 41, 76.  
 Fischer 170.  
 Fläche 19.  
 Fortpflanzungsfähigkeit 43, 44.  
 Fourier 148.  
 Frankreich: Alkoholkonsum 122, 123; Altersgliederung 90, 91, 92, 98; Analphabeten 106; Bevölkerung 25, 26, 28; Bevölkerungspolitk 143, 157; Eheschlösungen 114; Eheschlösungen 109, 110, 111; Familienstand 116; Fläche 21, 25; Geburten und Geburtenrückgang 38, 39, 40, 41, 42, 43, 64, 98, 153, 157; Geburtenüberschuß 60, 64; Geschlechter 87; Kriminalität 119; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Siedelungsweise 126; Sterblichkeit 60, 68; Tauglichkeitsziffer 98; Todesursachen 72; Totgeburt 88; Wabenergewinn 88.  
 Frauenüberschuß 86, 88.  
 Fremdbürtige 88.  
 Fremdbürtige 88, 84.

- Fremdenverkehr 77.  
 Friedrich II. 142.  
 Friß 171.  
 Fruchtbarkeit, eheliche 42, 107, 113, 117; uneheliche 117.  
 Gebietsumfang 20.  
 Geborene 37.  
 Gebrechen 99.  
 Gebrechlichenfürsorge 99, 167.  
 Geburten 36.  
 Geburtenrückgang 41, 95, 152.  
 Geburtenstatistik 36.  
 Geburtenüberschuß 58, 60, 64.  
 Geburtenziffer 38, 42.  
 Gebürtigkeit 78, 129.  
 Geburlichkeit 38.  
 Geffden 84, 162.  
 Geisteskrankheiten 103, 167.  
 Geistesmängel 103.  
 Gelsenkirchen 131.  
 Germanisierung 170.  
 Geschlechtsbestimmung 85.  
 Geschlechtsgliederung 37, 71, 84, 101, 102, 107, 125.  
 Geschlechtskrankheiten 46, 122.  
 Gesundheit 96.  
 Gesundheitspolitik 163.  
 Gdwin 148.  
 Goetßch 84.  
 Gottstein 102.  
 Graunt 76.  
 Greater Britain 21, 28.  
 Griechenland: Bevölkerung 25, 28; Bevölkerungspolitik 141; Fläche 25; Geburten 39; Geburtenüberschuß 61; Geschlechter 87; Sterblichkeit 61.  
 Groß-Berlin 131.  
 Großbritannien: Alkoholkonsum 121, 122; Altersgliederung 92; Auswanderung 81, 83; Auswanderungspolitik 161; Bevölkerung 25, 27, 28; Blinde 101; Eheschungen 114; Eheschließungen 109, 110; Einwanderung 82; Familienstand 110; Fläche 20, 25; Geburten und Geburtenrückgang 38, 39, 41, 43, 52, 65; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Konfessionen 133; Kriminalität 119; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Siedelungsweise 126; Sterblichkeit 60; Un-eheliche 116, 117.  
 Großstädte 57, 88, 95, 114, 123, 126.  
 Grotzahn 171.  
 Guatemala 33.  
 Gumbinnen, Reg.-Bez.: Blinde 101.  
 Haade 118.  
 Haiti 33.  
 Halbalphabeten 105.  
 Halle 76.  
 Hamburg 34, 35, 71, 101, 117, 127.  
 Handelspolitik 164.  
 Hannover: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130; Geburten 57; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71.  
 Hansen 132.  
 Haffe 189, 171.  
 Haushaltungsunterricht 165.  
 Haushofer 10, 14.  
 Heimatliebe 137, 169.  
 Heimatpolitik 169.  
 Heiratlichkeit 109.  
 Heiratsalter 109.  
 Heiratsförderung 143.  
 Heiratsgesetze 141, 145, 146.  
 Heiratsstatistik 36.  
 Heiratsziffer, allgemeine 108; besondere 109.  
 Hesse 102, 110.  
 Hessen: Bevölkerung 34, 35; Geburten 57; Konfessionen 134; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71.  
 Hessen-Rassau: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71.  
 Hövrecht 128.  
 Hofader 85.  
 Hoffmann 93.  
 Holland s. Niederlande.  
 Idiotismus 103.  
 Innenwanderungen 77, 128.  
 Irland s. Großbritannien.  
 Irrenanstaltsstatistik 104.  
 Jrrsinn 103.  
 Italien: Alkoholkonsum 122; Auswanderung 44, 83; Bevölkerung 25; Blinde 101; Eheschungen 114; Eheschließungen 109; Fläche 25, 28; Geburten 38, 39, 48; Geburtenüberschuß 61; Geschlechter 87; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Siedelungsweise 126; Sterblichkeit 61, 65; Taubstumme 102; Todesursachen 72; Uneheliche 116, 117.  
 Jbernois 66.  
 Japan: Bevölkerung 25, 28; Bevölkerungsdichte 33; Fläche 25; Geburten 39; Geburtenüberschuß 61; Selbstmorde 125; Sterblichkeit 61.  
 Juden 48, 101, 114, 133.  
 Jugendliche Verbrecher 120.  
 Junggesellensteuer 155.  
 Kurajdel 18, 24, 27, 71.  
 Kanada 161.  
 Katholiken 47, 114, 121, 133.  
 Kaup 171.  
 Kler 50, 55.  
 Kinderprämien 157.  
 Kindersterblichkeit 71, 73, 88, 93.  
 Kirchhoff 5.  
 Kleidung 165.  
 Knabenüberschuß 85.  
 Köbner 162.  
 Kolb 24.  
 Kolonien und Kolonialpolitik 28, 29, 79, 141, 161.  
 Konfessionen 47, 116, 121, 132.  
 Königsberg 126.

- Konfessionsstatistik 119.  
 Konsumstatistik 119.  
 Körperliche Entwicklung 96.  
 Krankenanstaltsstatistik 121.  
 Krankheitsstatistik 96.  
 Kränklichkeit 96, 97.  
 Krete 25.  
 Kretinismus 101, 103, 105.  
 Kriminalität, allgemeine 119; der Prostituierten 123; der Verheirateten 107.  
 Kriminalstatistik 119.  
 Kruse 139.  
 Krüppelfürsorge 167.  
 Krüppelstatistik 102.  
 Kruse 157.  
 Kuchynski 76, 99, 132.  
 Land und Stadt s. Stadt und Land.  
 Landsberg 162.  
 Lebendgeburten 87.  
 Lebensdauer 72, 75, 95.  
 Lebenserwartung 75.  
 Leibniz 11.  
 Leipzig 127.  
 Leroy-Deaulieu 49, 51.  
 Lexis 13, 14, 76.  
 Liberia 93.  
 Liechtenstein 25.  
 Lindner 118.  
 List 12, 148.  
 Literatur, allgemeine 11.  
 Lœning 162.  
 Lungenschwindsucht 72, 159, 167.  
 Luther 142.  
 Luxemburg 25, 33.  
 Malthus 12, 144.  
 Männerüberschuß 87.  
 March 18.  
 Marcuse 162.  
 Mary 148.  
 Mayr 8, 13, 17, 66, 68, 69, 111, 119, 121.  
 Mecklenburg: Binnenwanderungen 131; Blinde 101; Konfessionen 134; Uneheliche 117.  
 Merkantilsinn 11, 142.  
 Meriko 87.  
 Militärjahrsstatistik 98, 106.  
 Militärische Sanitätsstatistik 98, 123.  
 Mill 147.  
 Mischler 30, 41.  
 Mohl 7, 147.  
 Monbert 14, 49, 50, 55, 56, 67, 76, 111, 115.  
 Monaco 25, 33.  
 Mönckmeier 84, 102.  
 Montenegro 25.  
 Montesquieu 11.  
 Moralpolitik 169.  
 Moral restraint 145, 147.  
 Morbidität 96.  
 Mortalität 59.  
 Moule 124.  
 München 127.  
 Münster, Reg.-Bez.: Geburten 47; Polen 136; Uneheliche 117.  
 Mutterschaftsversicherung 156.  
 Muttersprache 135.  
 Nabobnik 115.  
 Nährfläche 19, 30.  
 Nahrungsämter 164.  
 Napoleon I. 143.  
 Natalität 88.  
 Nation 5.  
 Natürliche Bevölkerungsbewegung 36.  
 Neumann 59, 67, 76.  
 Neomalhusianismus 147, 154.  
 Neusüdwales 43.  
 New York 133.  
 Niederlande: Bevölkerung 25, 26, 28; Eheschließungen 114; Eheschließungen 109, 110; Fläche 25; Geburten 39, 43, 53; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Konfessionen 133; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Siedungsweise 126; Sterblichkeit 60, 63; Totgeburten 38; Uneheliche 116, 117.  
 Norwegen: Alkoholkonsum 122; Auswanderung 38; Bevölkerung 25, 28; Eheschließungen 114; Eheschließungen 109, 110; Geburten 39; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Sterblichkeit 60, 63; Totgeburten 38; Uneheliche 116, 117.  
 Ostasien 29, 81; s. auch China und Japan.  
 Österreich (Österreich-Ungarn): Alphabeten 106; Auswanderung 44, 83; Blinde 101; Bevölkerung 25, 26, 27, 28; Eheschließungen 114; Eheschließungen 109, 110; Familienstand 116; Fläche 25; Geburten 39, 40, 43, 48; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Juden 133; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Sprachenstatistik 135; Taubstumme 102; Todesursachen 72; Uneheliche 116, 117; Weinkonsum 122.  
 Ostindien 88.  
 Ostpreußen: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130, 131; Sterblichkeit 71; Taubstumme 102.  
 Pashy 50.  
 Pesh 14, 162.  
 Peterfilie 107.  
 Betty 11, 76.  
 Philippovich 18, 19.  
 Pieper 139.  
 Plato 11, 141.  
 Pohle 171.  
 Polen 47, 135, 136, 170.  
 Pommeri: Bevölkerung 84, 35; Binnenwanderungen 130; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71; Taubstumme 102.  
 Populationsistik 7.  
 Portugal: Bevölkerung 25, 28; Fläche 25; Geburten 39, 40; Geburtenüber-

- schuß 61; Geschlechter 87; Sterblichkeit 61.  
 Posen, Prov.: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130, 131; Fremdsprachige 135; Geburten 57; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71; Taubstumme 102.  
 — Reg.-Bez.: Geburten 47. Potthoff 171.  
 Preußen: Analphabeten 106; Bevölkerung 27; Bevölkerungsdichte 32, 33; Bevölkerungspolitik 143, 146; Binnenwanderungen 129; Blinde 100; Fremdsprachige 136; Eheschlösungen 114; Eheschließungen 111; Gebirgigkeit 129; Geschlechtskrante 123; Freie 104, 105; Konfessionen 134; Lebensdauer 72, 75; Rekrutierungsstatistik 98, 99; Säuglingssterblichkeit 74; Sprachenstatistik 135, 136; Taubstumme 102; Todesursachen 72.  
 Pruzien 66, 76, 102, 104, 107, 111, 115.  
 Produktive Bevölkerung 93, 96.  
 Prostitution 123.  
 Proudhon 148.  
 Pyskta 58.  
 Qualitätspolitik 163.  
 Quantitätspolitik 140.  
 Quersel 161.  
 Quetelet 147.  
 Rassen 44, 47, 71, 87, 116.  
 Rassenhygiene 168.  
 Rassen Selbstmord 56, 65.  
 Regel 35.  
 Rau 147.  
 Raachberg 14, 16, 27, 35.  
 Rauhe 118.  
 Reddinghausen 131.  
 Reglerierungen 15, 16.  
 Reichsangehörige im Ausland 133.  
 Reichsgesundheitsamt 97.  
 Reichsnahrungsamt 164.  
 Rekrutenstatistik 98, 99, 106.  
 Religion in der Bevölkerungspolitik 154.  
 Religionsstatistik 132; im übrigen s. Konfessionen.  
 Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet 131, 136.  
 Rheinprovinz: Ausländer 138; Bevölkerung 33, 34, 35; Binnenwanderungen 130; Blinde 101; Polen 136; Siedelungsweise 128.  
 Ricardo 145, 146.  
 Robberfuß 20.  
 Rohrbach 162.  
 Rom 141.  
 Roosevelt 56.  
 Roscher 13.  
 Rosenfeld 102.  
 Rost 76, 115.  
 Rubin 50, 55.  
 Rumänien: Bevölkerung 25, 26; Eheschlösungen 114; Eheschließungen 108; Fläche 25; Geburten 39; Geburtenüberschuß 61; Geschlechter 87; Säuglingssterblichkeit 73; Sterblichkeit 61.  
 Rümelin 8, 13, 56, 68, 95, 149, 163.  
 Rußland: Auswanderung 33; Bevölkerung 25, 27, 28, 29; Bevölkerungsdichte 33; Familienstand 116; Fläche 20, 25; Geburten 39, 40, 67; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Juden 133; Säuglingssterblichkeit 73; Sterblichkeit 60, 67.  
 Sachsen, Agr.: Ausländer 138; Bevölkerung 34, 35; Blindenstatistik 100; Geburten 57; Konfessionen 134; Säuglingssterblichkeit 74; Siedelungsweise 128; Sterblichkeit 71; Uneheliche 117.  
 — Prov.: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130; Geburten 57; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71.  
 Sadler 85.  
 Saisonwanderung 77.  
 Salvador 33.  
 San Marino 25.  
 Säuglingsfürsorge 73, 158, 167.  
 Säuglingssterblichkeit 73, 118.  
 Schallmayer 171.  
 Scheel 93, 112.  
 Scheidungsziffern 114.  
 Schjerning 99, 103.  
 Schlesen: Bevölkerung 31, 35; Binnenwanderungen 130; Geburten 57; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71.  
 Schleswig-Holstein: Bevölkerung 34, 35; Binnenwanderungen 130; Geburten 57; Säuglingssterblichkeit 74; Sterblichkeit 71; Taubstumme 102.  
 Schmöller 12, 13, 50, 58, 63, 68, 73, 89.  
 Schnapper-Urdt 6, 14, 37.  
 Schott 131, 132.  
 Schottland s. Großbritannien.  
 Schulgesundheitspflege 159, 167.  
 Schullern 18.  
 Schulze 133.  
 Schweden: Auswanderung 33; Bevölkerung 25, 28; Eheschlösungen 114; Eheschließungen 109, 110; Fläche 25; Geburten 39, 43, 53, 65; Geburtenüberschuß 60, 65; Geschlechter 87; Freie 104; Säuglingssterblichkeit 73; Sterblichkeit 60; Totgeburten 38.  
 Schweiz: Bevölkerung 25; Eheschlösungen 114; Eheschließungen 109, 110; Fläche 25; Geburten 39, 43; Geburtenüberschuß 60; Geschlechter 87; Konfessionen 133; Säuglingssterblichkeit 73; Selbstmorde 125; Sterblichkeit 60.

- Schwindfucht s. Lungen-  
schwindfucht.  
Sedendorff 11.  
Selbstmord 124.  
Serbien: Bevölkerung 25,  
28; Eheschließungen 114;  
Eheschließungen 108;  
Fläche 25; Geburten 39;  
Geburtenüberschuß 61;  
Geschlechter 87; Säug-  
lingssterblichkeit 73;  
Selbstmorde 125; Sterb-  
lichkeit 61.  
Serling 99.  
Sexualproportion 85.  
Siam 83.  
Siedlungspolitik 157, 169.  
Siedlungsweise 126.  
Siemondi 147.  
Sittenmangel 118.  
Sittlichkeitsverbrechen 120.  
Smith 12.  
Sommersterblichkeit 74.  
Soziale Hygiene 168.  
Soziale Versicherung 156.  
Sozialpolitik 156, 164.  
Spanien: Auswanderung  
44; Bevölkerung 25, 28;  
Bevölkerungspolitik 143;  
Eheschließungen 109;  
Fläche 25; Geburten 89,  
40, 48; Geburtenüber-  
schuß 61; Geschlechter 87;  
Säuglingssterblichkeit 73;  
Sterblichkeit 61; Todes-  
ursachen 72.  
Spann 118, 168.  
Spencer 45, 148.  
Sport 167.  
Sprachenstatistik 185.  
Staatsangehörigkeit 187.  
Stadt und Land 57, 70, 87, 90,  
95, 99, 101, 114, 123, 126.  
Stationäre Bevölkerungen  
26.  
Statistik 7.  
Sterbetafeln 76.  
Sterbewahrscheinlichkeit 75.  
Sterbeziffer 59, 61.  
Sterblichkeit 59, 60, 66, 77,  
158.  
Sterblichkeitsstatistik 86, 60,  
97.  
Sundbäck 24, 62, 76, 94, 110.
- Sudan 35.  
Stilmilch 12, 24, 110, 112.  
Talaquist 50.  
Taubstumme 100, 101.  
Tauglichkeit, militärische 98.  
Thüringen: Binnenwande-  
rungen 131; Blinde 101;  
Prentinismus 105.  
Todesursachen 72.  
Totgeburten 87, 88.  
Tuberkulosebekämpfung 159,  
167; s. auch Lungen-  
schwindfucht.  
Türkei: Bevölkerung 25,  
26; Fläche 26; Siebe-  
lungsweise 126.  
Turnen 167.
- Überbevölkerung 19, 30, 145,  
149, 150, 152.  
Umgangssprache 185.  
Unehelich Geborene 87, 78,  
116. **143**  
Ungarn: Auswanderung 44;  
Bevölkerung 25, 28;  
Blinde 101; Eheschließungen  
114; Eheschließungen 108,  
110; Familienstand 116;  
Fläche 25; Geburten 89,  
48, 48; Geburtenüber-  
schuß 60; Geschlechter 87;  
Irre 104; Säuglings-  
sterblichkeit 73; Selbst-  
morde 125; Sterblichkeit  
60; Taubstumme 102; s.  
auch Österreich (Österreich)-  
Ungarn).  
Unterbvölkerung 19.
- Venerische Krankheiten 122.  
Vereinigte Staaten von  
Amerika: Alkoholkonsum  
122; Altersgliederung  
92, 98; Bevölkerung  
25, 27, 28, 29; Bevölle-  
rungsdiichte 83; Ehe-  
schließungen 114; Einwande-  
rung 77, 80, 81, 84; Ein-  
wanderungsgeese 161;  
Familienstand 116; Fläche  
20, 25; Geschlechter 87.  
Verkehrspolitik 164.  
Verrihn-Stuart 50, 55.
- Verstädlichung 126.  
Verzeichnungen 15, 16.  
Volksbildung 105, 168.  
Volksbüchigkeit s. Bevölle-  
rungsdiichte.  
Volksernährung 168.  
Volksstum 169.  
Volkszählungen 16, 78, 89,  
100, 106, 129, 132, 137.
- Wagner 13, 31, 32, 41, 48,  
51, 67, 68, 73, 76, 147.  
Wandearbeiter 77, 84, 170.  
Wanbergewinn und -verlust  
78, 82, 180.  
Wanderungen 86, 77, 128.  
Waentig 144.  
Wappeneis 12, 98.  
Webb 51, 56.  
Wehrpflichtige Bevölkerung  
91, 98.  
Weinkonsum 122.  
Weltreiche 21, 29.  
Westergaard 50, 56.  
Westfalen: Bevölkerung 34,  
35; Binnenwanderungen  
130; Geburten 57; Säug-  
lingssterblichkeit 74;  
Sterblichkeit 71.  
Westpreußen: Bevölkerung  
84, 35; Binnenwande-  
rungen 130, 131; Säug-  
lingssterblichkeit 74; Sie-  
delungsweise 128; Sterb-  
lichkeit 71; Taubstumme  
102.  
Wintersterblichkeit 74.  
Wirminghaus 132.  
Wohlfandstheorie 49, 66,  
111.  
Wohnfläche 19, 80.  
Wohnungsfürsorge 165.  
Wolf 14, 46, 52, 53, 55, 56,  
57, 65, 77, 140, 149, 153,  
162.  
Württemberg: Bevölkerung  
34, 35; Blinde 101; Säug-  
lingssterblichkeit 74;  
Sterblichkeit 71.
- Zählungen 15.  
Zahn 14, 15, 86, 79, 139.  
Zollpolitik 164.  
Zuwanderung 86, 129.





Moft, Bevölkerungswiffenschaft